



76. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 18. Dezember 2014

Mitteilungen der Präsidentin.....7741

Ergänzung der Tagesordnung.....7741

**1 Entsendung von fünf Mitgliedern
durch gesellschaftlich relevante
Gruppen in die Medienkommission
der Landesanstalt für Medien durch
den Landtag NRW gemäß § 93 Absatz
4 Landesmediengesetz NRW**

Unterrichtung
durch die Präsidentin
des Landtags

Drucksache 16/76347741

Daniel Schwerd (PIRATEN)
(Erklärung gem. § 47 Gescho)7742

Ergebnis7743

**2 Empfehlungen des „Runden Tisches
G8/G9“**

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7612

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7633

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/76357744

Ministerin Sylvia Löhrmann7744
Klaus Kaiser (CDU)7748
Renate Hendricks (SPD)7750
Yvonne Gebauer (FDP).....7753
Sigrid Beer (GRÜNE)7755

Monika Pieper (PIRATEN)..... 7758

Ministerin Sylvia Löhrmann..... 7761

Monika Pieper (PIRATEN)..... 7764

Ergebnis..... 7764

**3 Mobiles Internet flächendeckend
ausbauen – Nordrhein-Westfalen
braucht Referenzprojekt für
flächendeckende LTE-Versorgung**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7473

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7627 7765

Hendrik Wüst (CDU) 7765
Alexander Vogt (SPD)..... 7766
Matthi Bolte (GRÜNE)..... 7767
Ralph Bombis (FDP) 7768
Daniel Schwerd (PIRATEN)..... 7769
Minister Garrelt Duin 7770

Ergebnis..... 7770

4 Jungen fit für die Zukunft machen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7493 7771

Regina Kopp-Herr (SPD) 7771
Walter Kern (CDU)..... 7771
Josefine Paul (GRÜNE)..... 7772
Angela Freimuth (FDP) 7773
Marc Olejak (PIRATEN)..... 7774
Minister Thomas Kutschaty 7775

Ergebnis 7775

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – BauGB-AG NRW

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6131 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7642

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr
Drucksache 16/7561

zweite Lesung 7775

Sarah Philipp (SPD)..... 7776
Bernhard Schemmer (CDU)..... 7777
Daniela Schneckenburger (GRÜNE) 7777
Holger Ellerbrock (FDP) 7779
Oliver Bayer (PIRATEN)..... 7780
Minister Michael Groschek 7781
Bernhard Schemmer (CDU)..... 7781

Ergebnis 7782

6 Werra- und Weserversalzung: nachhaltige Lösung zum Schutz der Umwelt

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7546 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7628 7782

Jürgen Berghahn (SPD) 7782
Hans Christian Markert (GRÜNE) 7783
Kai Abruszat (FDP)..... 7784
Hubertus Fehring (CDU)..... 7785
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) 7787
Minister Johannes Remmel 7788

Ergebnis 7790

7 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/7579

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7629

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7630

dritte Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Strafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – StVollzG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4155

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/7578

dritte Lesung 7790

Dietmar Schulz (PIRATEN) 7791

Ergebnis..... 7792

8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7147

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7554

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7610

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7621

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7643

dritte Lesung.....7792

Marc Herter (SPD).....7792
Dr. Marcus Optendrenk (CDU).....7792
Ralf Witzel (FDP).....7793
Dietmar Schulz (PIRATEN).....7794
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans7795
Stefan Zimkeit (SPD).....7796
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE).....7797
Dr. Wilhelm Droste (CDU).....7798

Ergebnis7799

Namentliche Abstimmung
siehe Anlage

Nächste Sitzung7800

Anlage.....7801

**Namentliche Abstimmung über den
Gesetzentwurf Drucksache 16/7147 –
TOP 8 (Gesetz zur Änderung des
Gesetzes über die Festsetzung des
Steuersatzes für die
Grunderwerbsteuer)**

Entschuldigt waren:

Minister Johannes Remmel
(ab 17 Uhr)
Minister Guntram Schneider
Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren
(ab 13 Uhr)

Guido van den Berg (SPD)
Martin Börschel (SPD)
(ab 14:30 Uhr)
Hubertus Kramer (SPD)
Jochen Ott (SPD)
(ab 14:30 Uhr)
Cornelia Ruhkemper (SPD)
Ina Spanier-Oppermann (SPD)
(ab 13 Uhr)

Serap Güler (CDU)
Christian Haardt (CDU)
Wilhelm Hausmann (CDU)
Lothar Hegemann (CDU)
(ab 12 Uhr)
Theo Kruse (CDU)
Claudia Middendorf (CDU)
Peter Preuß (CDU)
(ganztagig/zur namentlichen
Abstimmung anwesend)

Reiner Priggen (GRÜNE)
Jutta Velte (GRÜNE)

Dr. Gerhard Papke (FDP)
Susanne Schneider (FDP)

Birgit Rydlewski (PIRATEN)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen, der 76. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **14 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute feiert jemand seinen **Geburtstag**, nämlich Herr Kollege **Brockes** von der Fraktion der FDP. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstag!

(Allgemeiner Beifall)

Sie haben heute das große Glück, Ihren Geburtstag am letzten Plenartag des Jahres zu feiern, der voraussichtlich nicht so lange dauern wird. Dann haben Sie noch Gelegenheit, privat zu feiern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **vor Eintritt in die Tagesordnung** teile ich Ihnen mit, worauf sich die Fraktionen zwischenzeitlich einvernehmlich verständigt haben.

Auf Antrag aller im Landtag vertretenen Fraktionen haben wir als **neuen Tagesordnungspunkt 1** aufgenommen: „**Entsendung von fünf Mitgliedern durch gesellschaftlich relevante Gruppen in die Medienkommission der Landesanstalt für Medien durch den Landtag NRW gemäß § 93 Absatz 4 Landesmediengesetz NRW**“. Eine Aussprache wird hierzu nicht geführt.

Darüber hinaus wurden, wie gestern schon angekündigt, folgende Gesetzentwürfe zur dritten Lesung in die Tagesordnung aufgenommen, und zwar als **neuen Tagesordnungspunkt 7** mit Redezeitblock I „**Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen**“, Drucksache 16/5413 (Neudruck), in Verbindung damit „**Gesetz zur Regelung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Strafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – StVollzG NRW)**“, Drucksache 16/4155, und als **neuen Tagesordnungspunkt 8** – ebenfalls mit Redezeitblock I – „**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer**“, Drucksache 16/7147.

Zu dieser Änderung der Tagesordnung sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Die Live-Tagesordnung wird sogleich entsprechend geändert im Netz erscheinen.

Damit treten wir in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

1 Entsendung von fünf Mitgliedern durch gesellschaftlich relevante Gruppen in die Medienkommission der Landesanstalt für Medien durch den Landtag NRW gemäß § 93 Absatz 4 Landesmediengesetz NRW

Unterrichtung
durch die Präsidentin
des Landtags
Drucksache 16/7634

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Medienkommission ist neben dem Direktor weiteres Organ der Landesanstalt für Medien. Ihr obliegen alle maßgeblichen Entscheidungen nach § 94 Landesmediengesetz Nordrhein-Westfalen.

Die Amtszeit der ordentlichen Mitglieder der Medienkommission und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter beträgt sechs Jahre. Die gegenwärtige Amtszeit der Medienkommission endet gemäß § 127 Abs. 1 des Landesmediengesetzes NRW am 1. März 2015.

Der Gesetzgeber hat durch das 14. Rundfunkänderungsgesetz die Zusammensetzung der Medienkommission für zukünftige Amtsperioden neu geregelt. Unter anderem werden nach § 93 Abs. 4 Satz 1 Landesmediengesetz NRW fünf Mitglieder durch gesellschaftlich relevante Gruppen entsandt, die in der Gesamtsicht mit den nach § 93 Abs. 1 bis 3 Landesmediengesetz NRW bestimmten entsendeberechtigten Stellen die Vielfalt der aktuellen gesellschaftlichen Strömungen und Kräfte in Nordrhein-Westfalen widerspiegeln.

Verbänden und sonstigen nicht öffentlich-rechtlichen Organisationen, die nicht bereits nach § 93 Abs. 3 Landesmediengesetz NRW entsendeberechtigt sind, ist nach dem Gesetz die Gelegenheit einzuräumen, sich für die jeweils nachfolgende Amtsperiode beim Landtag um einen Sitz in der Medienkommission zu bewerben. Das Bewerbungsverfahren und die Bewerbungsfristen sind im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen und im Onlineangebot des Landtags sowie der Landesanstalt für Medien bekannt gemacht worden.

Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens lagen insgesamt 13 Bewerbungen vor, die insgesamt die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllten. Die Liste der Bewerbungen ist allen Fraktionen bei Eingang der einzelnen Bewerbung sowie im Nachgang in einer Gesamtübersicht zur Verfügung gestellt worden. Dieses Verfahren war zuvor zwischen den Fraktionen einvernehmlich verabredet worden. Es handelt sich um folgende Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge:

1. Alevitische Gemeinde Deutschland
2. Bundesverband der Film- und Fernsehregisseure, Verband Deutscher Drehbuchautoren
3. Chaos Computer Club

4. Cultural Commons Collecting Society
5. Deutscher Mieterbund Nordrhein-Westfalen
6. DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion
7. Europa-Union NRW
8. freifunk rheinland e.v.
9. GkWare e.K.
10. Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e.V., Schwules Netzwerk NRW e.V.
11. Mehr Demokratie NRW
12. Verband Deutscher Schriftsteller Landesverband NRW
13. Verband lokaler Rundfunk in Nordrhein-Westfalen e.V.

Der Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen, beschließt gemäß § 93 Abs. 4 Satz 5 Landesmediengesetz mit Zweidrittelmehrheit, welche der Bewerber für die neue Amtsperiode einen Sitz in der Medienkommission erhalten. Dazu möchte und muss ich vorab ergänzende Hinweise geben:

Erstens. Die gesetzlich vorgesehene Zweidrittelmehrheit ist nach meiner Auffassung als Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen zu werten; denn eine höhere Anforderung – zwei Drittel der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder des Landtags – kommt nur bei ausdrücklicher Anordnung in Betracht. Daran fehlt es vorliegend.

Zweitens. Das Wahlverfahren ist ansonsten gesetzlich nicht geregelt. Die Abstimmung über die zu entscheidenden Gruppen kann durch das übliche Verfahren des Handaufhebens gemäß § 43 Abs. 1 unserer Landtagsgeschäftsordnung – ich fände es schon schön, wenn die Vertreter der Landesregierung auch zuhören würden – durchgeführt werden. Dabei stehen alle Bewerber zur Abstimmung.

Drittens. Der Abstimmungsvorgang selbst soll so ablaufen, dass die Gruppen einzeln aufgerufen und zur Abstimmung gestellt werden. Da lediglich fünf Gruppen gewählt werden können, hat jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete insgesamt auch nur fünf Stimmen. Wird in der Abstimmung von einer Gruppe eine Zweidrittelmehrheit erreicht, ist diese gewählt. Das führt dazu, dass beim Einzeldurchgang aller Bewerber nach Erreichen der fünften gewählten Gruppe der Wahlvorgang beendet werden muss; denn der sechste vergebene Sitz führte zur Unzulässigkeit des Beschlusses.

Ich gehe davon aus, dass sich gegen diesen Modus – so wie eben vorgetragen – kein Widerspruch hier im Parlament erhebt. – Das ist so.

Viertens. Da das Wahlverfahren auch zur Frage der Reihenfolge der zur Abstimmung zu stellenden Bewerber nicht gesetzlich geregelt ist, ist noch die Frage nach der Reihenfolge des Aufrufs miteinander

zu klären. Grundsätzlich kommt der Aufruf der Bewerber in alphabetischer Ordnung infrage.

Die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben einen Antrag gestellt, nach einer näher bezeichneten, nicht alphabetischen Reihenfolge für die ersten fünf Bewerber abzustimmen. Ich werte dieses Begehren als Antrag zur Geschäftsordnung den Wahlvorgang betreffend. Die Fraktion der Piraten hat einen Wahlvorschlag für fünf Gruppen unterbreitet, den ich nach Rücksprache mit der Fraktion ebenfalls als Vorschlag zur Geschäftsordnung werte.

Da es sich um zwei unterschiedliche Vorschläge handelt, in welcher Reihenfolge der Aufruf der ersten fünf Bewerber zur Abstimmung vorzunehmen ist, möchte ich vor der eigentlichen Abstimmung in der Sache und über die zu bestimmenden Bewerber darüber abstimmen lassen, in welcher Reihenfolge abzustimmen ist. Hier ist der Antrag der Fraktion der Piraten zeitlich vor dem Antrag der übrigen Fraktionen eingegangen. Deshalb stelle ich diesen Antrag als Erstes zur Abstimmung.

Vor dieser Abstimmung wird das Wort vom Herrn Kollegen Schwerd gemäß § 47 unserer Geschäftsordnung gewünscht.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Redezeit kurz zu dem Vorgang äußern, den wir heute spontan als ersten Tagesordnungspunkt behandeln.

Gestern Nachmittag wurde ein Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung vorgelegt. Es ist völlig unverständlich, warum dieser Antrag so kurzfristig erfolgen musste. Die einzige Erklärung ist, dass Sie beinahe die Frist versäumt hätten, die der Landtag nach § 127 des Landesmediengesetzes NRW einzuhalten hat.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schwerd, darf ich Sie kurz unterbrechen? Der § 47, auf den Sie sich berufen, heißt „Erklärung zur Abstimmung“. Er bietet Ihnen einen ganz schmalen Grat, sich zu ihrem Abstimmungsverhalten, das gleich erfolgt, zu äußern und nicht eine Sachdebatte dazu zu führen. Ich bitte Sie, diesen schmalen Grat nicht zu verlassen.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Hier wird heute – und das ohne Debatte – eine riesige Chance vertan. Es hätte die Möglichkeit gegeben, Vertreter der Netzgemeinde in die Medienkommission zu entsenden und damit Millionen von Internetnutzern in NRW eine Stimme zu geben. Es haben sich genug Gruppen aus dem Bereich der neuen Medien beworben. Man hätte den Chancen und Risiken des Wandels zur digitalen Informationsgesellschaft Rechnung tragen können.

Aber das wollen Sie offensichtlich gar nicht! Sie haben einen billigen Deal gemacht

(Zurufe von der SPD: Heh!)

und sind mit der CDU eine ganz große Koalition eingegangen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schwerd, Herr Kollege Schwerd ...

Daniel Schwerd (PIRATEN): Sie ignorieren die Internetnutzer ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schwerd, ich habe Ihnen das Mikrofon ausgeschaltet, weil Sie nicht zuhören, wenn ich versuche, Sie zu unterbrechen.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Ich habe Sie auf die engen Grenzen von § 47, auf den Sie sich ausdrücklich berufen haben – eine Erklärung zu Ihrem eigenen Abstimmungsverhalten – hingewiesen.

(Zuruf)

– Ich rede im Moment mit Herrn Kollegen Schwerd. – Sie führen aber eine inhaltliche Debatte über das Verfahren. Sie haben jetzt noch die Gelegenheit, Ihr persönliches Abstimmungsverhalten zu benennen und zu erklären. Bitte steigen Sie nicht wieder in die Sachdebatte ein!

Daniel Schwerd (PIRATEN): Okay. – Wir haben mehrere Vertreter der Netzgemeinde auf dieser Liste. Wir haben einen Wahlvorschlag vorgelegt, der diese entsprechend berücksichtigt. Es wäre durchaus möglich oder sogar angezeigt gewesen, davon einen zu berücksichtigen.

(Zurufe von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenn Sie mit dem Parlament so umgehen!)

Das Spielchen, das hier läuft, ist unwürdig. Sie machen uns mit diesem Vorgehen lächerlich. Sie machen die Landesmedienanstalt damit lächerlich, und Sie führen damit Ihr eigenes Gesetz ad absurdum.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf: Unglaublich!)

Präsidentin Carina Gödecke: Eigentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir eine sehr klare und sehr eindeutige Geschäftsordnung. An vielen Stellen ist sie in der Tat interpretationsfähig. Es ist für das sitzungsleitende Präsidium, für die sitzungsleitende Präsidentin oder den Präsidenten nicht immer einfach, zu erkennen, ob die Möglichkeiten der

einzelnen Paragraphen genutzt, ausgenutzt oder instrumentalisiert werden.

Ich sichere dem Parlament zu, dass wir genau diese persönliche Erklärung, die nach § 47 angemeldet war, exemplarisch noch einmal benutzen werden, um mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin und den Geschäftsführern darüber zu reden, ob wir unsere Geschäftsordnung an einzelnen Stellen, was die Frage persönlicher Erklärungen angeht, noch klarer zu fassen haben. Denn sonst treten immer wieder Situationen wie die eben erlebte auf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das war die Erklärung von Herrn Kollegen Schwerd.

Wir sind aber eigentlich, wenn Sie sich noch erinnern, an der Stelle, an der es darum geht, für welchen der beiden miteinander konkurrierenden Anträge, in welcher Reihenfolge über die Bewerber abzustimmen ist, wir uns entscheiden. Ich hatte vorgetragen, dass der Antrag der Piraten – ein konkreter Wahlvorschlag – zeitlich vor dem Antrag der übrigen Fraktionen eingegangen ist.

Wer dafür ist, in der Reihenfolge des **Vorschlags der Piraten gemäß dem der Unterrichtung vom 17. Dezember 2014 Drucksache 16/7634 beigefügten Schreiben abzustimmen**, der möge die Hand heben. – Das sind die Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem soeben von mir eben festgestellten Abstimmungsergebnis der Antrag der Fraktion der Piraten auf Abstimmung nach dem benannten Vorschlag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den gemeinsamen **Vorschlag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gemäß dem der Unterrichtung vom 17. Dezember 2014 Drucksache 16/7634 beigefügten Schreiben**. Wer sich für diese Reihenfolge und dieses Abstimmungsverfahren ausspricht, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Einzelne Piraten. Wer möchte sich enthalten? – Weitere drei Enthaltungen bei den Piraten. Damit ist der Verfahrensvorschlag, wie ihn SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vorgelegt haben, mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Damit können wir nach diesem Verfahrensvorschlag, den Sie eben angenommen haben, vorgehen. Wir stimmen daher nach folgender Reihenfolge ab:

Erstens: Alevitische Gemeinde Deutschland e. V. LV NRW.

Zweitens: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion.

Drittens: Europa-Union NRW

Viertens: Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e. V./Schwules Netzwerk NRW e. V.

Fünftens: Verband Deutscher Schriftsteller Landesverband NRW

Sechstens: Bundesverband der Film- und Fernsehregisseure e. V./Verband Deutscher Drehbuchautoren e. V.

Siebtens: Chaos Computer Club e. V.

Und so weiter. Die Reihenfolge kennen Sie.

Nun zum eigentlichen Wahlvorgang! Aus der Liste der Bewerberinnen und Bewerber schlagen die Fraktionen erstens die Alevitische Gemeinde Deutschland e. V., Landesverband NRW, vor. Über diesen ersten Vorschlag lasse ich jetzt abstimmen und mache noch einmal darauf aufmerksam, dass jeder Kollege, jede Kollegin fünf Stimmen für die einzelnen Wahlgänge hat. Wer zustimmt, dass der erste Bewerber, die Alevitische Gemeinde Deutschland, gewählt werden soll, bitte ich um das Handzeichen. – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP. Wer stimmt dagegen? – Einzelne Piraten. Wer möchte sich enthalten? – Die – in Anführungsstrichen – restlichen Mitglieder der Fraktion der Piraten. Damit ist mit der nach dem Landesmediengesetz erforderlichen Zweidrittelmehrheit als erster Bewerber die **Alevitische Gemeinde Deutschland gewählt** und hat damit einen **Sitz** in der Medienkommission.

Ich rufe die Wahl des zweiten Bewerbers auf. Vorgesprochen ist: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion. Wer zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Mehrere Piraten. Wer möchte sich enthalten? – Weitere Piraten enthalten sich. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis als zweiter Bewerber der **DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion** mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit **gewählt** und hat einen **Sitz** in der Medienkommission erhalten.

Ich rufe die Wahl der dritten Bewerberin auf. Hier vorgeschlagen: Europa-Union NRW. Auch hier führen wir die Abstimmung durch. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP. Wer stimmt dagegen? – Piraten. Wer möchte sich enthalten? – Niemand. Dann stelle ich fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die **Europa-Union NRW** durch das festgestellte Abstimmungsergebnis erzielt wurde und auch die Europa-Union NRW einen **Sitz** in der Medienkommission **erhalten** hat.

Ich rufe den vierten Bewerber auf: Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e. V./Schwules Netzwerk NRW e. V. Auch hierüber lasse ich wie bereits zuvor abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Piraten. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die **Landesarbeitsgemeinschaft**

Lesben in NRW e. V./Schwules Netzwerk NRW e. V. nicht nur die Zweidrittelmehrheit, die erforderlich ist, erhalten hat, sondern sogar einstimmig **gewählt** wurde und einen **Sitz** in der Landesmedienkommission **erhalten** hat.

Ich lasse abstimmen über den fünften Bewerber, den Verband Deutscher Schriftsteller Landesverband NRW. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten. Wer möchte sich enthalten? – Niemand. Dann stelle ich fest, dass auch der fünfte Bewerber, der **Verband Deutscher Schriftsteller Landesverband Nordrhein-Westfalen**, die nach dem Landesmediengesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten hat und damit einen **Sitz** in der Medienkommission **bekommt**.

Damit stelle ich fest, dass alle fünf Sitze verteilt sind, die den gesetzlich relevanten Gruppen zustehen. Damit ist entschieden, dass die übrigen Bewerberinnen und Bewerber die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht mehr erreichen können. – Ich **schließe** hiermit den **Wahlvorgang**.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

2 Empfehlungen des „Runden Tisches G8/G9“

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7612

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7633

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7635

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 18. Dezember 2014 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, zu diesem Thema zu unterrichten. Die Unterrichtung erfolgt durch Frau Ministerin Löhrmann. Ich erteile ihr nun gerne für die Unterrichtung das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Vielen herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Egal, worüber wir in Schulfragen diskutieren, egal in welcher Intensität, egal mit welcher öffentlichen Beachtung – wir sollten uns immer klarmachen, auf wen unsere Entscheidungen die meisten Auswirkungen haben. Das sind die Schülerinnen und Schüler. Sie sind es, für die wir hier debattieren, streiten und entscheiden.

Denn nicht nur das Leben, sondern auch die Politik ist immer konkret.

Lassen Sie uns die Debatte heute mit dieser Stoßrichtung führen. Bei aller Auseinandersetzung in der Sache geht es ganz konkret um unsere Schülerinnen und Schüler. Sie sollen gerne und gut lernen, und sie sollen ganzheitlich gebildet werden. Dieser Anspruch gilt für alle Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen. Dieser Anspruch gilt selbstverständlich auch für die Schülerinnen und Schüler, die an den Gymnasien in einem achtjährigen Bildungsgang lernen.

(Beifall von den GRÜNEN)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, werde ich Sie jetzt über Verlauf, Stand und Ergebnisse des „Runden Tisches zur Schulzeitverkürzung“ informieren und natürlich auch über das weitere Vorgehen der Landesregierung.

Zunächst ein kurzer Rückblick: Vor einem Jahr hätte kaum jemand nochmals eine solche grundsätzliche Diskussion um den achtjährigen Bildungsgang am Gymnasium erwartet. Denn 2013 hatte der erste vollständige Jahrgang es geschafft, diesen Bildungsgang zu absolvieren, und zwar erfolgreich.

Dabei hatten die Schülerinnen und Schüler – das will ich hier schon noch einmal sagen – schwierige Startbedingungen. CDU und FDP haben die Schulzeitverkürzung auch nach der Einschätzung vieler Beteiligter erstens unnötigerweise massiv verändert – Kürzung in der Sekundarstufe I statt in der Sekundarstufe II – und dieses dann zweitens überhastet und unvorbereitet umgesetzt. Ich erinnere daran. Die Beschlussfassung war kurz vor der Sommerpause. Die Umsetzung erfolgte dann zum August danach.

Dennoch – das zeigen die Abiturergebnisse des ersten G8-Jahrgangs 2013 – haben die G8-Schülerinnen und -Schüler sogar minimal besser abgeschnitten als die Schülerinnen und Schüler mit neunjährigem Bildungsgang, wohlgernekt bei der gleichen Abiturprüfung. Dafür ein großes Lob den Gymnasien, den Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrerinnen und Lehrern, die das so gemeistert haben!

(Beifall von den GRÜNEN)

Trotz dieser Ergebnisse ist das Thema nicht befriedet. Das liegt zum einen an berechtigter Kritik an der Umsetzung, zum anderen an der Entwicklung in anderen Bundesländern, insbesondere in Niedersachsen.

Aber, meine Damen und Herren, zwischen unserem Bundesland und vielen anderen gibt es einen fundamentalen Unterschied. Nordrhein-Westfalen hat überaus vielfältige Wege zum Abitur. Ich bin Herrn Lindner dankbar, dass er das in einem Interview auch gesagt hat. So eine breite, vielfältige Schullandschaft, wie wir sie haben, mit Wegen zum Abitur

gibt es in keinem anderen Bundesland in Deutschland. In dieser Feststellung sind wir uns ausnahmsweise mal einig.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Sie müssen sich nicht erschrecken, Herr Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, nein, nein!)

Die Schulen des längeren gemeinsamen Lernens, aber auch unsere Berufskollegs ermöglichen das Abitur nahezu flächendeckend in unserem Land nach neun Jahren.

Die Debatte über G8 wurde in Ländern mit geringeren oder ohne diese Möglichkeiten stärker und schärfer geführt, und dort wurde mitunter eine teilweise oder eben, wie in Niedersachsen, eine vollständige Rückkehr zu einem neunjährigen gymnasialen Bildungsgang beschlossen. Aber auch längst nicht alle Bundesländer haben Rückkehroptionen beschlossen. Viele bleiben auch dabei, insbesondere die Länder in Ostdeutschland.

Aber die Diskussionen bei uns waren wieder entfacht, weshalb ich am 5. Mai zu einem weiteren runden Tisch mit dem Thema „Schulzeitverkürzung“ eingeladen habe mit folgenden Zielen:

Erstens. Wie steht es um die seinerzeit breit getragene Grundsatzentscheidung zur Schulzeitverkürzung in NRW?

Zweitens. Austausch über den aktuellen Stand der Umsetzung des von mir seit 2011 eingeleiteten und erarbeiteten Handlungskonzepts zur Optimierung.

Drittens. Erörterung weiterer Möglichkeiten zur Optimierung, insbesondere mit Blick auf Entlastungen für Schülerinnen und Schüler, die sich jetzt schon in G8 befinden.

An diesem runden Tisch waren alle unmittelbar im Bereich der Schulform Gymnasium organisierten Eltern- und Lehrerverbände, die Schulleitervereinigungen sowie die Landesschülerinnenvertretung beteiligt. Darüber hinaus waren weitere Elternverbände, die kommunalen Spitzenverbände, die Kirchen als Schulträger, außerschulische Partner und weitere eingeladen, natürlich auch die Bürgerinitiative „G-IB-8“ und die Elterninitiative „G9 jetzt in NRW“.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass der runde Tisch am 5. Mai 2014 im Ergebnis in der Sache kein einheitliches Meinungsbild hatte. Aber alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich – ich betone – einvernehmlich auf einen Arbeitsprozess mit folgenden drei Themenfeldern verständigt:

Erstens: das Gleichgewicht von Schulzeit und Freizeit.

Zweitens: weitere Entlastungsmöglichkeiten im achtjährigen Bildungsgang.

Drittens: gesicherte Erkenntnisse durch die Wissenschaft als Basis für Grundsatzentscheidungen.

Dem folgend sind in insgesamt sieben Sitzungen Vorschläge für die zehn Empfehlungen von Expertinnen und Experten sowie von Betroffenen erarbeitet worden. Herr Laschet – das wollte ich Ihnen noch einmal nach der gestrigen Debatte sagen –, Sie tun so, als könnte man mal eben auf den Knopf drücken und alles in Gang setzen, und dann liefе das schon. Hier haben Expertinnen und Experten intensiv gearbeitet, um verbindliche Grundlagen für die weitere Arbeit zu schaffen. Das ist eben qualitatives Herangehen an solche sensiblen Fragestellungen. Schulentwicklung braucht Zeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich an dieser Stelle allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die intensive Arbeit und das große Engagement, das dadurch zum Ausdruck gekommen ist, ausdrücklich danken. Das sind ja ehrenamtlich Tätige aus der Zivilgesellschaft, die sich da auch eingebracht haben, und denen das Ganze so wichtig war, dass sie das sehr ernsthaft gemacht haben.

Ich erlaube mir, auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses hier in den Dank einzuschließen, insbesondere Herrn Fleischhauer, der, wie mir unisono berichtet wurde, mit großer Geduld und fair diesen schwierigen Diskurs geführt hat. Der Prozess war, wie mir viele aus unterschiedlichen Blickwinkeln versicherten, anstrengend – nicht verwunderlich, weil damit auch viele Emotionen verbunden sind.

Der abschließende runde Tisch am 3. November 2014 hat dann die in den Arbeitsgruppen erstellten Vorlagen diskutiert, und zwar ergebnisoffen, wie ich auch hier noch einmal ausdrücklich betonen möchte. Das zeigt sich schon daran, dass verschiedene Beteiligte die Vorlage des runden Tisches weiter verändert haben und vor allem auch erst in jener Sitzung die abschließenden Voten zu den Ergebnissen erfolgt sind.

Da ist bis zum Schluss gerungen worden. Und das Abschlussergebnis – auch das will ich unterstreichen – zeugt von hoher Verantwortung. Alle Verbände, bis auf die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiativen, haben sich hinter die erarbeiteten Empfehlungen gestellt. Und das haben sie getan, obwohl sie im Detail damals dagegen waren – mich inbegriffen. Sie haben es getan, weil ihnen die Entwicklungsarbeit jetzt so wichtig ist. Sie haben es getan, weil sie nicht wollten, dass die Entwicklungsarbeit, die in den Schulen bereits stattgefunden hat, quasi durch eine Rolle rückwärts konterkariert würde. Das war das stärkste Motiv in der Diskussion.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich finde, das ist ein hohes Gut, und das zeugt von der Qualität der Diskussion – geprägt von unserer

Dialogorientierung –, die wir mit den Verbänden eingeleitet haben. Da waren Verbände wie die Landeschülerinnenvertretung oder die GEW beteiligt, die gesagt haben: Wir haben eigentlich ganz andere Reformvorstellungen, aber worauf es jetzt ankommt, ist, dass wir hier zusammenstehen, dass wir diesen Schulentwicklungsprozess nicht unterbrechen und die Gymnasien in eine völlig neue Linie und Strukturentwicklung wieder hineintreiben. Das ist das, was wichtig ist, und das hat eine große Rolle gespielt.

Ich finde, das ist ein starkes Signal, auch an die Verantwortlichen in der Landespolitik, über dieses Ergebnis nicht einfach hinwegzugehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe unserer Landtagspräsidentin die Empfehlungen übergeben, damit der Landtag sie beraten kann. Folgende Aspekte sind aus meiner Sicht besonders wichtig: eine veränderte stärker individuell ausgerichtete Nutzung von Ergänzungsstunden; die Entlastung von Schülerinnen und Schülern durch klarere Regelungen für Hausaufgaben, Lernzeiten und Klassenarbeiten; die Begrenzung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichts, um jungen Menschen größere Freiräume zu ermöglichen; eine bessere Abstimmung mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern, um eine bessere Balance von Schulzeit und Freizeit zu erreichen; eine stärkere Unterstützung der Gymnasien bei der Entwicklung schulinterner Lehrpläne; eine bessere Nutzung von Entlastungsmöglichkeiten in der gymnasialen Oberstufe und die verbindliche Umsetzung der Empfehlungen sowie die wissenschaftliche Erforschung von Gelingensbedingungen.

Meine Damen und Herren, wie gesagt: Es gab im Detail unterschiedliche Ansätze – das ist aus dem Dokument auch ablesbar. Ich möchte mich trotzdem für das Ringen um diese Empfehlungen ausdrücklich noch einmal bei allen Beteiligten bedanken.

(Beifall von den GRÜNEN – Beifall von Norbert Römer [SPD])

Ich bin sicher, dass dieses Zehn-Punkte-Programm Entlastungen für die Schülerinnen und Schüler bringt und eines verstärken wird – und das ist das Entscheidende –: Das, was seit 2005 im Schulgesetz steht – nämlich die individuelle Förderung – muss noch stärker zum Prinzip in unseren Gymnasien werden. Außerdem sollte die innere Qualitätsentwicklung noch weiter vorangebracht werden.

Ja, es ist richtig: Etliche dieser Punkte sind nicht völlig neu. Aber sie sind offenbar nicht überall und nicht in Gänze an unseren Schulen umgesetzt worden. Die nun formulierten Empfehlungen sind daher konkreter als bisher. Sie beinhalten quantitative, aber sie beinhalten vor allem qualitative Entwicklungsprozesse – und das ist, glaube ich, das Entscheidende, dass wir viel stärker auf die Qualität der Schulentwicklung schauen müssen als allein auf

quantitative Fragestellungen. Das ist das, was uns auch die Expertinnen und Experten aus der Schulforschung bestätigen.

Die Ergebnisse zielen vielfach darauf, dass die Gestaltungsspielräume in den Schulen vor Ort einvernehmlich genutzt werden, damit alle an einem Strang ziehen, also eine Verständigung besteht zwischen Lehrerkollegium, Elternschaft und den Schülerinnen und Schülern auf der Basis klar definierter Anforderungen und Erwartungen.

Die durch die Landesregierung wieder eingeführte Drittelparität an den Schulkonferenzen ist dafür eine wichtige Grundlage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Empfehlungen geben also im Sinne der Eigenverantwortlichkeit der Schulen einen verbindlichen Rahmen vor. Viele Gymnasien haben viele der Punkte bereits erfolgreich realisiert, etwa die Schulen, die sich im Projekt Lernpotenziale mit Lernzeiten befassen, oder die „Ganz-In“-Gymnasien, die ihren Ganzttag optimieren.

Ich habe bei meinen vielen Schulbesuchen, die ich mache, vielfach von den Gymnasien gehört: Bitte, Frau Löhrmann, bleiben Sie dabei! – Aber trotzdem mussten wir die Stimmung ernst nehmen, die auch in der Elternschaft vorhanden ist. Die Frage ist: Ist das der richtige Weg?

Insbesondere mit Blick auf die Nutzung von Ergänzungsstunden sollen nun alle Gymnasien die Handlungsspielräume erweitern. Ergänzungsstunden dienen der individuellen Förderung. Fünf solcher Stunden werden zwar allen Schülerinnen und Schülern angeboten, müssen aber je nach Leistungsstärke und Interesse nicht von allen wahrgenommen werden. Das entlastet viele Schülerinnen und Schüler und schafft neue Chancen für individuelle Förderkonzepte in den Schulen.

In diesem Zusammenhang ist klarzustellen, dass Hausaufgaben zuallererst Schulaufgaben sein sollten. Sie müssen begrenzt und pädagogisch begründet sein. Die Empfehlung, keine Hausaufgaben an Tagen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht zu erlauben, sowie im Ganzttag möglichst alle Aufgaben in Lernzeiten zu integrieren, hat ein zentrales Ziel: Schülerinnen und Schüler sollen mehr Zeit nach der Schule haben, die sie individuell ausfüllen können, etwa zur Entspannung, für Kultur, Sport oder ehrenamtliches Engagement. Das ist gut, auch für das Zusammenspiel zwischen Schule und außerschulischen Einrichtungen, die Angebote für Kinder und Jugendliche machen.

Wir wollen eine offene Schule, in die sich viele außerschulische Partnerinnen und Partner einbringen können. Gleichzeitig wollen wir genügend Freiräume, damit sich Kinder und Jugendliche außerhalb der Schule engagieren können.

Meine Damen und Herren, die Schulkonferenzen der Gymnasien haben nun die Aufgabe, die Punkte zu identifizieren, die für ihre Schule am wichtigsten sind, und wo noch Handlungsbedarf besteht. Sie sollen dies aus meiner Sicht im Rahmen eines pädagogischen Tages tun. Wir wollen sie dabei unterstützen. All das erfordert aber noch einen gewissen Vorlauf; denn die Schulen sollen eben diese Unterstützung dafür bekommen. Ich bin froh, dass wir dafür jetzt auch die Qualitäts- und Unterstützungsagentur in Soest haben, die die Schulen genau dabei wird begleiten können.

Ja, es ist viel zu tun. Bei allem Erwartungsdruck, dass sich an den Schulen, an denen die Unzufriedenheit besonders hoch ist, schnell etwas ändert, ist trotzdem ein gut strukturiertes und begleitetes Vorgehen für die Schulen sehr wichtig. Dazu gehört, dass vonseiten des Parlaments und des Schulministeriums an einigen Punkten die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, auf deren Basis eine zeitnahe und verbindliche Umsetzung der Empfehlungen in unseren Schulen erfolgen soll. In diesem Zusammenhang werbe ich um Ihre Unterstützung, denn neben Erlassen sind auch Rechtsvorschriften zu ändern, die der Mitwirkung und Beteiligung des Parlaments bedürfen.

Die Umsetzung der Empfehlungen erfordert viele Akteurinnen und Akteure. Wir werden insbesondere die mit dem Gymnasium verbundenen schulischen Verbände im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit in die kommenden Schritte einbeziehen, um die nötige Transparenz zu schaffen und – das ist wichtig – die Verbindlichkeit zu sichern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit meine ich nicht nur die vorgeschriebene Beteiligung der Verbände bei der Änderung von Rechtsverordnungen, die selbstverständlich in NRW erfolgt. Ich meine insbesondere, dass wir Handreichungen und Leitlinien, die grundsätzlicher Art sind, gemeinsam mit den Lehrer- und Elternverbänden, der LandesschülerInnenvertretung sowie weiteren Partnern erarbeiten und abstimmen. Ich will alle am Umsetzungsprozess Beteiligten mit ins Boot holen; das ist gute Tradition dieser Regierung. Dazu gehören natürlich auch die außerschulischen Partnerinnen und Partner wie der Landesmusikrat oder der Landessportbund.

Wichtig ist, dass die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahmen systematisch gesichert wird, um eine hinreichende Akzeptanz des G8-Bildungsgangs in der Fläche zu erreichen. Dabei tragen neben dem Schulministerium weitere Institutionen Verantwortung für die Umsetzung. Da sind zunächst die Schulaufsicht und die neugegründete Qualitäts- und Unterstützungsagentur in Soest zu nennen.

Diese Institutionen werden den Schulen beratend und unterstützend zur Seite stehen. So wird die Qualitätsagentur Beispiele gelungener Hausaufga-

benpraxis und schulinterne Curricula zur Verfügung stellen, die von den Schulen als Vorlage genutzt werden könnten. Regionale Qualitätszirkel, die von der Schulaufsicht zum Erfahrungsaustausch gebildet werden sollen, können die Schulen ebenfalls unterstützen.

Auch die außerschulischen Partner der Schulen können als bewährte Bildungspartner der Schulen ihren Beitrag leisten. Wir wollen auch mit ihnen vor Ort möglichst viel Konsens über die Ausgestaltung des Schulalltags der Schülerinnen und Schüler erarbeiten. Hier können etwa die regionalen Bildungnetzwerke ein geeignetes Forum sein.

Der runde Tisch schlägt vor, dass das MSW nach einem Jahr alle beteiligten Verbände zu einem Erfahrungsaustausch über die erfolgten Maßnahmen mit dem Ziel einer kontinuierlichen Weiterentwicklung einlädt. Das werde ich, wie schon in der Vergangenheit, gerne tun.

Meine Damen und Herren, auch Sie als Abgeordnete des Landtags haben Einfluss auf die Wirkung und Umsetzung der Empfehlungen zur weiteren Optimierung des achtjährigen Bildungsgangs am Gymnasium. Ein klares und verlässliches Signal des Landtags wäre – ähnlich wie beim Schulkonsens 2011 – ein wichtiger Baustein für den Erfolg, für unsere Schülerinnen und Schüler, für die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen. Deshalb bitte ich Sie herzlich um Ihre Unterstützung für diesen intensiven Arbeitsprozess. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Unterrichtung. – Ich eröffne die Aussprache, und in die startet Herr Kollege Kaiser für die CDU-Fraktion.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Beratung zum Thema „G8/G9“ macht es deutlich: Die gesellschaftlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen, die mit Schule zu tun haben, stehen hinter der Umsetzung und der Verbesserung von G8. Außerdem können wir feststellen, dass das Gymnasium auch in Zukunft die beliebteste Schulform bleiben kann.

Als CDU haben wir immer betont: Wir wollen ein starkes Gymnasium; das heißt, wir wollen auch ein gut gemachtes G8. Aber wir wollen ebenso, dass Vereinsarbeit, ehrenamtliches und kirchliches Engagement gerade auch für Gymnasiasten weiter möglich ist. Wir wollen weiterhin, dass die Gymnasialzeit – das ist der gesundheitliche Aspekt – auch ohne regelmäßige Besuche bei Ärzten erfolgreich und stressfrei gestaltet werden kann.

Werfen wir einen Blick auf die Umsetzung von G8: Bereits nach der Regierungsübernahme im Jahr

2010 hat sich die rot-grüne Landesregierung der Fortsetzung von G8 – wie Sie es damals ausgedrückt haben, Frau Ministerin – „vergewissert“. Aber – und darüber kann man nicht hinwegsehen –: Dieser „Vergewisserung“ ist kein entschlossenes Regierungshandeln gefolgt.

(Beifall von der CDU)

Die gesetzlichen Grundlagen – das heißt der Instrumentenkasten für konkretes Regierungshandeln und für konkrete Verbesserungen im System von G8 – lagen damals wie heute vor. Die Empfehlungen betonen und konkretisieren in der Regel die bestehende Rechtslage und machen konkrete Umsetzungsvorschläge für die Schulen. Das haben Sie in Ihrem Bericht sehr deutlich gemacht.

Jedoch gilt: Powerpoint-Präsentationen ersetzen keine Umsetzung im Detail; denn diese ändern noch nichts an der Notwendigkeit der Umsetzung in jedem einzelnen Gymnasium. Und das ist doch der Punkt, worum es bei vielen Gymnasien geht.

Sie wissen, dass ich ein bisschen herumkomme und dass die Opposition gelegentlich von den Schulen berichtet bekommt, was dort so alles geschieht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Von der Regierung bekommt man manchmal nämlich nur gesagt, was diese gerne hätte. Auch das ist systembedingt.

(Beifall von der CDU)

Wir hören gelegentlich, dass es viele Schulen gibt, die keine Probleme haben. Es gibt aber eben auch viele Schulen, wo konkrete Probleme vorhanden sind. Und dann nützen alle Kreise und runden Tische nichts – verantwortlich für die Umsetzung sind ganz alleine Sie als Ministerin, Frau Löhrmann, sowie Ihr Ministerium. Da können Sie auch keine Kreise als Legitimation hinzuziehen, sondern Sie müssen handeln. Damit hätten Sie im Jahr 2010 bereits beginnen können.

Wir wissen, dass es keine belegbaren Hinweise darauf gibt, dass das G9 dem G8 überlegen ist. Des Weiteren wissen wir, dass Schule dann gut ist, wenn sie gut gemacht ist. Das kann nur gelingen, wenn die Gymnasien die nötige Wertschätzung im Regierungshandeln erhalten. Dabei ist jedoch nicht Abwarten gefragt. Ich möchte nicht wissen, ob sich während des Prozesses die konkrete Wirklichkeit im Hinblick auf Elternbeschwerden oder auf Umsetzungsprobleme verbessert hat, sondern ob parallel zu dem Prozess überhaupt konstruktiv gehandelt worden oder im Detail weitergearbeitet worden ist.

Das macht doch der Moderationsprozess deutlich. Die konkreten Forderungen der betroffenen Verbände sind nach Auffassung der CDU-Fraktion durchaus richtig. Sie sind jedoch in der Tendenz nicht neu und hätten schon längst umgesetzt wer-

den können und müssen. Diesen Vorwurf, Frau Löhrmann, kann ich Ihnen nicht ersparen.

Es ist gut, wenn Sie dies jetzt mit Nachdruck angehen können. Rainer Priggen hat gestern in der Haushaltsrede gesagt: „Das machen wir jetzt auch noch“. Das reicht aber nicht; „auch noch machen“ gilt nicht. Vielmehr muss gesagt werden: Dies ist die wichtigste Bildungsaufgabe, die in den nächsten Jahren an den Gymnasien ansteht. Wir müssen es schaffen, die Akzeptanz von G8 in den Gymnasien zu umzusetzen. Dafür müssen Sie entsprechend handeln.

(Beifall von der CDU)

Das muss gelebte Wirklichkeit an jedem einzelnen Gymnasium werden, sodass man sagen kann: G8 wird hier zum Vorteil der Schülerinnen und Schüler umgesetzt. Das haben Sie eingangs ebenfalls betont, aber es muss auch entsprechend gehandelt werden.

Deshalb erhalten Sie von uns keinen Blankoscheck. Wir fordern Sie vielmehr auf, zeitnah umzusetzen, was Sie hier formulieren. Dann können wir Sie kritisch begleiten. Es reicht aber nicht aus, zu sagen: Wir schaffen neue Gremien; wir evaluieren das weiter.

Es drückt konkret vor Ort. Der Druck der Opposition, der sich gegen G8 richtet, beruht doch auf den Erfahrungen an einzelnen Schulen. Wer das nicht ernst nimmt und einfach darüber hinwegsieht, der wird dieses Problem auf Dauer nicht angehen können. Deshalb besteht bei Ihnen in der Regierung konkreter Handlungsbedarf.

(Beifall von der CDU)

Des Weiteren gilt – und dies ist eine letzte Mahnung in diesem Zusammenhang –:

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn man alles Gesagte zusammennimmt, wird deutlich, dass Sie G8 jetzt endlich zum Erfolg führen müssen. Der Tenor in Ihrem Entschließungsantrag – und das haben Sie eingangs auch selbst gesagt, auch wenn es im Ton moderater war – liest sich nach dem Motto: Das geht auf Schwarz-Gelb zurück. Aber: Sie sind jetzt seit viereinhalb Jahren an der Regierung. Es gibt somit keine Chance mehr, das Ganze auf andere abzuwälzen. Sie sind für das verantwortlich, was bei G8 umgesetzt wird!

(Beifall von der CDU)

Da können Sie sich keinen anderen Schuldigen mehr herausuchen.

Deshalb gilt: Eine Schulform wird auf Dauer nur dann akzeptiert werden – das gilt eben auch für G8 –, wenn es gelingt, dass die Elternschaft diese Schulform mitträgt. Darauf muss entsprechend hingearbeitet werden, und dafür sind sicherlich viele Verbündete erforderlich.

Ich möchte aber noch einige Bemerkungen machen, die ich mit Blick auf die Zukunft des Gymnasiums für wichtig halte. Die CDU hält eine schlechende Schlechterstellung der Gymnasien für nicht akzeptabel. Wir haben in einem eigenen Antrag – deshalb haben wir heute keinen Entschließungsantrag zu dieser Debatte eingebracht – einiges dazu formuliert, wie unserer Meinung nach die Zukunft der Gymnasien aussehen soll.

Frau Löhrmann, sorgen Sie durch eine Offensive für die Gymnasien dafür, dass die manchmal in den Medien Ihnen gegenüber geäußerten Vorwürfe, Sie würden G8 auf diese Weise laufen lassen, weil Sie eigentlich eine andere Schulform präferieren würden, entkräftet werden. Dem können Sie entgegenreten, indem Sie den Gymnasien die Wertschätzung zukommen lassen, die ihnen gebührt.

Die Eltern der Gymnasialschülerinnen und -schüler haben einen Anspruch darauf, dass ihre Schulform wirklich wertgeschätzt wird. Das haben wir im Schulkonsens auch so vereinbart. Wir haben für Nordrhein-Westfalen richtigerweise ein vielfältiges Schulsystem mit vielen Wegen festgeschrieben, aber eben substanziell mit dem Gymnasium als zentralem Element. Dieses System umfasst eben nicht nur Schulen des längeren gemeinsamen Lernens.

Eine Zwischenbemerkung: Dieser Begriff der „Schulen des längeren gemeinsamen Lernens“ steht übrigens nicht in dem Papier des Schulkonsenses. Er wird zwar heute sehr häufig von Ihnen gebraucht, vielleicht aber auch in Form eines politischen Schlagworts.

Das Schlagwort vom „längeren gemeinsamen Lernen“ vermittelt als politische Parole von Ihrer Seite häufig den Eindruck, dass sich mit der Gemeinsamkeit vermeintlich automatisch auch Gleichheit und damit Gerechtigkeit einstellen, wobei Gleichheit und Gerechtigkeit sehr häufig im gleichen Abschluss bestehen sollen, nämlich im Abitur.

Doch nicht alle Kinder und Jugendlichen haben die gleichen Interessen, Talente und Fähigkeiten. Alle Kinder und Jugendlichen über einen Kamm scheren zu wollen, schafft gerade keine Gerechtigkeit. Es ist vielmehr ungerecht, das zu tun.

(Beifall von der CDU)

Das Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen definiert den Bildungsgang des Gymnasiums ausdrücklich als eine „vertiefte allgemeine Bildung“, die die Schülerinnen und Schüler – ich zitiere hierzu § 16 Abs. 1 des Schulgesetzes –

„entsprechend ihren Leistungen und Neigungen durch Schwerpunktbildung befähigt, nach Maßgabe der Abschlüsse in der Sekundarstufe II ihren Bildungsweg an einer Hochschule, aber auch in berufsqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen.“

Aufgabe des Gymnasiums ist es also in erster Linie, Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Leistungen auf ein Hochschulstudium vorzubereiten. Entsprechend spricht die Verordnung über den Bildungsgang und die Abiturprüfung in der gymnasialen Oberstufe, die APO-GOST, von einem „wissenschaftspropädeutischen Unterricht“.

Es ist also originäre Aufgabe der Gymnasien, Leistung zu fordern und zu fördern. Sie befähigen in besonderer Weise Jugendliche durch den gymnasialen Bildungsweg, ihre Chance an den Hochschulen auf ein gelingendes Studium wahrzunehmen.

Einem Land, das einerseits in seiner Fortentwicklung auf die besten und kreativsten Köpfe angewiesen ist, und das andererseits seine Hochschulressourcen auch nicht durch überproportional hohe Abbrecherquoten vergeuden darf, muss die Ermittlung der intelligenten, talentierten und leistungsstarken Studierfähigen zur nachhaltigen Stärkung des Wissenschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen eine der dringlichsten Aufgaben sein.

(Beifall von der CDU)

Zur Erfüllung dieser anspruchsvollen Anforderungen muss das Gymnasium in besonderer Weise befähigt werden. Diese Aufgabe haben Sie jetzt als Regierung bei der Umsetzung von G8 und bei der Schaffung von Akzeptanz für G8 mit höchster Priorität umzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kaiser. Bleiben Sie bitte gleich hier, weil Frau Kollegin Pieper von den Piraten sich zu einer Kurzintervention gemeldet hat.

Klaus Kaiser (CDU): Okay! Gerne!

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Pieper, bitte.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Kaiser, Sie haben am Anfang Ihrer Rede gesagt, dass alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen hinter G8 stehen. Die LandesschülerInnenvertretung NRW hat sich für einen neunjährigen Bildungsgang ausgesprochen. 72 % aller Eltern sind laut Umfrage für G9. Die Jugendverbände haben für eine längere Lernzeit plädiert. Ich hätte jetzt gerne Folgendes gewusst, Herr Kaiser: Was sind denn für Sie „gesellschaftlich relevante Gruppen“?

(Beifall von den PIRATEN)

Klaus Kaiser (CDU): Frau Pieper, die Gruppen, die sich hier eindeutig geäußert haben, waren natürlich die Lehrervertretungen, die Gewerkschaften und die

Unternehmensverbände. Es gibt also schon einen großen Konsens.

Ich habe vielleicht unkritisch vergessen, dass die LandesschülerInnenvertretung NRW eine eigene Position vertritt, bin aber der Meinung, dass jeder Schüler – unabhängig von seiner Landesvertretung – eine dezidierte Meinung zu seinem Schulsystem hat. Das sind ja diejenigen, die in allererster Linie darüber reden können und in allererster Linie betroffen sind.

Ich habe sie nicht explizit genannt. Allerdings muss es ohnehin – da stimme ich Frau Löhrmann ausdrücklich zu – das Interesse aller Fraktionen hier im Parlament sein, dafür zu sorgen, dass im Interesse dieser Schüler gehandelt wird. Das ist unsere Aufgabe. Daher bin ich sicherlich mit Ihnen d'accord, dass wir sie auf jeden Fall ausreichend berücksichtigen.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Durch die Einsetzung des runden Tisches und der daraus resultierenden Arbeitsgruppen wurden Impulse gesetzt und Vorstellungen zur Weiterentwicklung des G8 formuliert. Nach fünf Monaten haben die Arbeitsgruppen ein Ergebnis vorgelegt, mit dem nun zehn Handlungsempfehlungen auf dem Tisch liegen.

Diese Empfehlungen sind – ich sage das noch einmal ausdrücklich auch in Richtung von Frau Pieper – dialogorientiert entwickelt worden. Es ist aber nicht so, dass alle ihnen zugestimmt haben. Die Mehrheit hat diesen Empfehlungen zugestimmt. Es ist in einem demokratischen Staat nun einmal so, dass am Ende auch die Mehrheit entscheidet.

Viele haben der Beibehaltung von G8 dann am runden Tisch zugestimmt. Das waren auch ganz wichtige Akteure – unter anderem die Landeselternschaft der Gymnasien in NRW, die für die Eltern der Gymnasiasten in Nordrhein-Westfalen steht und spricht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Mitglieder der SPD-Fraktion haben sich in den letzten Wochen, Monaten und eigentlich Jahren in vielen Gesprächen und Veranstaltungen vor Ort auch ein Meinungsbild vor Ort gemacht. Wir sind bewusst nach draußen gegangen und haben gefragt: Was möchtet ihr denn eigentlich? – Von vielen Schulen ist uns zurückgemeldet worden: Wir möchten nicht zu G9 zurück; wir möchten bei G8 bleiben.

Das hat nicht zuletzt die Ursache, dass mit der Einführung von G8 hohe Anforderungen an die Gymnasien gestellt worden sind, die sie dann umzusetzen versucht haben. Sie möchten jetzt nicht schon wieder in eine neue strukturelle Veränderung eintreten, nachdem sie gerade angefangen haben, ihre jeweilige Schule den G8-Voraussetzungen anzupassen.

Meine Damen und Herren, Herr Kaiser hat gerade in die Zukunft geblickt. Er lässt seine Argumente aber erst zu dem Zeitpunkt beginnen, zu dem wir die Regierung übernommen haben. Deswegen möchte ich noch einen Blick in die Vergangenheit werfen, um deutlich zu machen, womit wir hier eigentlich gestartet sind.

In Nordrhein-Westfalen wurde im Jahr 2004 durch die rot-grüne Landesregierung eine Reform der gymnasialen Schulzeit geplant. Das damalige Modell ging von zehn plus zwei Jahren aus, sah also keine Kürzung der Mittelstufe vor.

Nach dem Regierungswechsel wurde 2006 dann das schwarz-gelbe Modell der Schulzeitverkürzung eingeführt, das sich übrigens auch in Hessen und in Bayern wiederfindet und in Niedersachsen ebenfalls eingeführt worden ist. Die Niedersachsen haben aber bedauerlicherweise noch einen entscheidenden Fehler gemacht: Sie wollten es nämlich auch auf die Gesamtschule übertragen. Dieses Modell ist in den östlichen Bundesländern nie angewandt worden. Die Ostländer haben gesagt: Wir bleiben bei zehn Jahren Sekundarstufe I und bauen darauf eine zweijährige Oberstufe auf.

Das schwarz-gelbe Modell ist dann in einem Hauruckverfahren in Nordrhein-Westfalen umgesetzt worden. Im März 2006 gab es den Kabinettsbeschluss. Der Parlamentsbeschluss erfolgte im Juni 2006. Am 1. August 2006 trat das Gesetz dann in Kraft. Daran möchte ich nur einmal erinnern. Damals war es also ganz anders als heute, wo wir uns darüber unterhalten, ob wir bei der Frage nach einer Anhörung möglicherweise noch eine Woche oder zwei Wochen dazugeben. Damals ist das Ganze mit brachialer Gewalt umgesetzt worden. Über die Schulen und über die Eltern ist dann das neue System des G8 hereingebrochen.

Meine Damen und Herren, an dieser überhasteten Einführung und dem damit verbundenen Fehlen der organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen in Nordrhein-Westfalen hat das G8 gekrankt, gekrank, gekrank.

(Beifall von der SPD)

Es fehlten Differenzierungsräume. Es fehlten Menschen. Die Schulträger waren überfordert.

Ich erinnere auch an die Debatten, die wir hier im Landtag geführt haben, in denen wir – auch als Opposition, dazu ist die Opposition da – die Fehler

aufgezeigt haben, die Schwarz-Gelb damals gemacht hat.

An einem Punkt krankt G8 heute noch: Es gibt am Gymnasium nach wie vor keinen vernünftigen mittleren Abschluss.

(Beifall von der SPD)

Das Problem können wir zurzeit auch nicht beheben. Deshalb werden wir uns anschauen müssen, ob es mit den Zielen von G8 möglich ist, eine ausreichende Entlastung der Schüler und Schülerinnen zu erreichen und gleichzeitig Schülerbiografien ohne Brüche weiter auf den Weg zu bringen.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Mit dem von Schwarz-Gelb eingeführten G8 ist in den Schulen zugleich viel Verunsicherung und sehr viel Unmut entstanden. Das müssen wir jetzt bei der Nachbesserung der gymnasialen Schulzeit im Auge behalten. Wir dürfen das System nicht erneut überfordern; denn zum Gelingen einer guten Schule gehören zunächst einmal motivierte Lehrer und Lehrerinnen. Wenn wir sie jetzt wieder überfordern, dann würden wir genau das tun, was Schwarz-Gelb gemacht hat: Wir würden die Lehrerinnen und Lehrer gegen uns stellen. Damit hätten wir keine Chance, eine gute Schulentwicklung in Nordrhein-Westfalen weiter auf den Weg zu bringen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, begrüßen wir ausdrücklich den Dialogprozess, der im Rahmen von G8 jetzt dazu geführt hat, zu sagen: Nein, wir wollen keinen Systemwechsel, wir wollen bei G8 bleiben.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Herr Laschet, ich kann es einfach nicht verstehen. Sie haben gestern in der Debatte noch einmal sehr deutlich gemacht, welchen Politikstil die CDU verfolgt. „Machen Sie einfach“, haben Sie gesagt. – Nein, so einfach geht das nicht.

(Armin Laschet [CDU]: Doch!)

Das war Ihr Stil. Sie haben einfach gemacht. Mit der Art und Weise, wie Sie G8 eingeführt haben, haben Sie die Schulen im Hauruckverfahren konfrontiert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

– Sie haben ja unterschwellig angemerkt, dass unser ganzes Gerede sozusagen unsinnig sei.

(Klaus Kaiser [CDU]: Nein! – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Wir vergewissern uns, Herr Laschet, dass das, was wir tun, von der Mehrheit der Menschen mitgetragen wird.

(Armin Laschet [CDU]: Danke!)

Sie wissen doch genau, dass wir Schulpolitik nur im Konsens und nicht im Dissens miteinander umsetzen können. Dazu haben wir in Nordrhein-Westfalen lange genug Erfahrungen gesammelt. Das ist nicht der Weg, auf dem man das machen kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Klaus Kaiser [CDU]: Wie bei der Inklusion!)

Die Empfehlungen enthalten wichtige Hinweise zur besseren individuellen Förderung. Frau Löhrmann hat eben schon darauf hingewiesen, dass die Belastung der Schüler und Schülerinnen durch Ergänzungsstunden jetzt verringert wird, weil die verpflichtende Unterrichtszeit auf 158 Wochenstunden verringert werden konnte. Gleichzeitig ist Enrichment für Schüler und Schülerinnen möglich. Zugleich können Ergänzungsstunden auch der Profilierung von Schulen dienen.

Meine Damen und Herren, viele Schulen haben sich längst – das verkennen wir vielleicht in der Diskussion um G8 – auf den Weg gemacht. Es gibt erstaunliche Entwicklungen an den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen.

Viele haben sich vom 45-Minuten-Takt verabschiedet, weil sie damit die Lernzeit ausweiten, sozusagen ein nachhaltigeres Lernen erreichen.

137 Gymnasien arbeiten in dem Netzwerk „Individuell fördern im Gymnasien“. Es gibt 20 Netzwerke. Dort werden Teamarbeit, Tutorsysteme, individuelle Unterstützung, individuelle Lernzeiten angesprochen.

Diese Gymnasien können Vorbild für andere Gymnasien sein. Bei der Weiterentwicklung wird es sicherlich notwendig sein, den Gymnasien mehr zu ermöglichen. Sie sollten sich gute Schulen ansehen, über Partnerschaften nachdenken, über gemeinsame Lehrerkonferenzen das Profil der Schule weiter ausarbeiten; denn Best-Practice-Beispiele, so wie sie gelebt werden, geben in der Frage, wie die Dinge am Ende umgesetzt werden, doch noch mal einen Stimulus.

Mit dem Entschließungsantrag, den wir heute gemeinsam mit den Empfehlungen auf den Weg bringen, wollen wir noch einmal deutlich machen, dass die Empfehlungen nun verbindliche Grundlage für die Arbeit an den Gymnasien werden sollen. Wir hoffen, dass so alle Schulen in die Pflicht genommen sind, die Empfehlungen eigenständig und verantwortlich umzusetzen. Die Qualitätsanalyse im Jahr 2015 soll sich schwerpunktmäßig mit der Frage des Zeitmanagements und der Umsetzung an den Gymnasien beschäftigen.

Mit den Empfehlungen sind aber auch Erwartungen vonseiten der Eltern und Schüler verbunden, zu einer spürbaren Entlastung zu kommen. Daran werden wir am Ende gemessen. – Dem stellen wir uns auch, Herr Kaiser; das ist überhaupt keine Frage.

Um in den Schulen zu einer gemeinsamen Abstimmungs- und Kompetenzentwicklung zu kommen, sollen die Schulen die Möglichkeit erhalten, einen pädagogischen Tag durchzuführen, um sich noch einmal darüber zu vergewissern, dass die Fragen der Lehrpläne, der Abstimmung, der Lernzeiten und die Vorbereitung von Schulkonferenzbeschlüssen mit allen Beteiligten partizipatorisch, so wie wir es bereits am runden Tisch angelegt haben, in den Schulen umgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, die Gymnasien sind nach wie vor eine unheimlich beliebte Schulform in Nordrhein-Westfalen. Das wissen wir, darüber sind wir uns im Klaren. Trotz G8 hält die Nachfrage der Eltern nach dem Gymnasium an. Die Eltern möchten ihre Kinder aufs Gymnasium schicken.

Die Anforderungen an Schulen und an die Gesellschaft haben sich aber gleichwohl verändert.

In diesem Sinne müssen wir überlegen, ob wir die Beratung von Eltern nicht intensivieren, und zwar am Ende der Grundschulzeit und am Ende der Erprobungszeit, was die Frage der Bildungsbiografien angeht. An dem Punkt müssen wir noch einmal gemeinsam überlegen, wie wir den Eltern auch Hilfestellung geben können, die richtigen Entscheidungen für ihre Kinder zu fällen.

Ich will nun nicht im Einzelnen auf die Empfehlungen eingehen – das hat Frau Löhrmann sehr ausführlich gemacht –, möchte aber darauf hinweisen: Uns in Nordrhein-Westfalen ist daran gelegen, dass die Gymnasien am Ende in ein gutes Fahrwasser kommen, dass die Schüler und Schülerinnen entlastet werden und dass wir gute wissenschaftspropädeutische Unterweisungen im Gymnasien sichern, gute Leistungen. – Herr Kaiser, es ist nicht richtig, dass wir die Gymnasien schlechter stellen. Das ist eine Mäx, die immer von der Opposition verbreitet wird, die aber so nicht zutreffend ist.

(Klaus Kaiser [CDU]: Oh!)

Lassen Sie mich zum Schluss anmerken: Wir haben eine vielfältige Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen; das ist heute Morgen schon einmal angesprochen worden. Wir haben vielfältige Möglichkeiten, das Abitur zu erreichen: über die Gesamtschulen, über die Sekundarschulen und die Kooperation mit Schulen, die eine gymnasiale Oberstufe haben, über die Berufskollegs.

Wichtig ist aber auch, dass wir den Blick auf den Ganzttag werfen, weil wir mit dem Ganzttag insbesondere Jugendlichen, die von zu Hause nicht so gut unterstützt werden können, die Möglichkeit geben, an der Bildungsaspiration des Gymnasiums teilzuhaben. Deshalb ist der Ganzttag für uns auch am Gymnasium wichtig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit Wolfgang von Goethe schließen:

(Zurufe von der CDU: Oh!)

„Sobald der Geist auf ein Ziel gerichtet ist, kommt ihm vieles entgegen.“ Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne die Weiterentwicklung der Schulen in Nordrhein-Westfalen vorantreiben können. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Löhrmann, Sie haben vorhin die Kultur des Einladens angesprochen. Wenn ich den ersten Satz des Entschließungsantrags von SPD und Grünen lese, muss ich schon sagen: Das ist eine merkwürdige Kultur des Einladens, wie man versucht, uns mitzunehmen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die FDP-Fraktion hat sich sehr frühzeitig als einzige Fraktion zur Beibehaltung von G8 bekannt. Anders als manche, die sich nicht haben die Gelegenheit entgehen lassen, zu hören, was sich in der Welt so tut. Ich schaue eine Person an.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist immer gut!)

– Der Betroffene erkennt sich jetzt bestimmt wieder.

(Heiterkeit von Armin Laschet [CDU])

Wir haben frühzeitig gesagt, dass wir an G8 festhalten möchten.

Die Umstellung auf G8 war zweifellos alles andere als unproblematisch. Sie ist es mitunter auch noch; das kann man nicht leugnen. Aber ein Zurück zu G9 würde die Gymnasien in einen jahrlangen kräfte-raubenden Umstellungsprozess stürzen. Wie richtig diese Einschätzung von uns letztlich gewesen ist, zeigt nicht nur das überwältigende Votum, Frau Pieper, der Lehrer- und Elternverbände am runden Tisch.

Auch die gescheiterten Volksbegehren in Bayern und Hamburg machen deutlich, dass die Menschen offensichtlich nach intensivem Nachdenken bei dieser Frage der Rückkehr zu G9 abwägend und rational entscheiden. Auch das Chaos in Hessen, das nun dort auch von den Grünen zu verantworten ist, zeigt, wie destruktiv andere Wege sein können.

Denn die vermeintliche Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 an Gymnasien führt zu Chaos, zur Spaltung des Bildungsganges und auch zu rechtlichen Problemen – von den Problemen, die ein Umzug innerhalb eines Landes mit sich bringt, ganz zu schweigen. Tatsächlich wollten bereits damals, als

das Angebot bestand, nur 13 von rund 630 Gymnasien zu G9 zurückkehren.

Meine Damen und Herren, der FDP ging und geht es immer um einen Zweiklang.

Erstens. Wie können wir die Gymnasien und damit die Schüler entlasten?

Zweitens. Wie können wir gleichzeitig die Qualität des gymnasialen Bildungsganges sichern und stärken?

Dies geschieht durch eine bessere Gestaltung, um zu entlasten, und einer Stärkung der Förderqualität, um das Erreichen von Leistungsanforderungen der vertieften allgemeinen Bildung sicherzustellen. Für beide Aspekte bedeuten viele der Empfehlungen des runden Tisches wichtige Hinweise.

Vielfach geht es insbesondere darum, verbindlich sicherzustellen, dass die Stundenverteilung vernünftig erfolgt. Das kann Schülern mehr Freizeit für Hobbies und Entspannung eröffnen. Hierzu sind die Vorschläge zur besseren Stundenverteilung und zur Begrenzung von Nachmittagsunterricht in den verschiedenen Altersstufen, von mehr Doppelstunden zur fachlichen Vertiefung sowie für eine bessere Einbindung der Hausaufgaben als Lernzeiten zur Stärkung der individuellen Förderung durchaus geeignet.

Auch ist es sehr wohl angebracht, Lehrpläne noch einmal qualitativ auf Verschrankungsmöglichkeiten hin zu prüfen. Das ist übrigens eine langjährige FDP-Forderung.

(Beifall von der FDP)

Ein Irrtum in diesem Zusammenhang ist, dass eine hohe Menge vorgegebener Inhalte auch automatisch schon Wissenserwerb mit sich bringt. Es ist im Sinne einer vertieften Allgemeinbildung sinnvoller, eben nicht in das Spezialwissen tiefster Verästelungen von Orchideenthemen einzutauchen, sondern stattdessen Zusammenhänge der jeweiligen Fächer und Querverbindungen zu anderen Fächern akzentuiert herauszuarbeiten. Es geht also nicht um eine inhaltliche Verflachung, sondern um zielgerichtete Analyse der Lehrpläne und um Synergieeffekte.

(Beifall von der FDP und Sigrid Beer [GRÜNE])

Generell – Herr Kaiser hat es auch schon angesprochen – muss bei der Vielzahl der Vorschläge aus FDP-Sicht eines ganz klar sein: Es darf nicht um die Absenkung von Leistungsansprüchen gehen, sondern um eine bessere zeitliche Strukturierung und um eine Vertiefung der individuellen Förderung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn eine bessere Einbindung außerschulischer Leistungen bedeutet nicht, dass zum Beispiel durch

das Engagement bei Greenpeace eine Sechs in Mathe ausgeglichen werden darf

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU])

und dass etwa eine wissenschaftspropädeutische Facharbeit in der Sekundarstufe II gegebenenfalls durch einen Projektkurs ersetzt werden kann. Das darf nicht zu reiner zeitlicher Entspannung führen, sondern es muss weiterhin um die Vorbereitung auf ein Hochschulstudium gehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch darf ein Hinweis an Schülerinnen und Schüler, die mehr als die Pflichtkurse belegt haben, sich nicht zu überfordern, im Umkehrschluss nicht bedeuten, dass sich diese Jugendlichen dann nicht mehr zutrauen, mehr zu können, bzw. dass sie am Ende davon abgehalten werden, mehr zu tun.

Meine Damen und Herren, es geht jetzt in der Folge insbesondere um das Wie einer qualitativen Ausgestaltung. Frau Ministerin Löhrmann, wir werden weiterhin mit Argusaugen darauf achten, dass Sie die Empfehlungen des runden Tisches nicht für Leistungsneuvellierungen und eine schleichende Aushöhlung des gymnasialen Bildungsganges benutzen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das Gymnasium ist keine Schule für alle, sondern soll eine vertiefte allgemeine Bildung vermitteln. Jeder muss – das ist wichtig – die Möglichkeit haben, das Gymnasium zu besuchen. Aber derjenige bzw. diejenige muss auch den dortigen Anforderungen entsprechen. Wer das Gymnasium in Nordrhein-Westfalen nicht besuchen möchte, dem stehen im Gegensatz zu anderen Bundesländern vielfältige andere Wege zur Verfügung.

Wie notwendig es ist, insbesondere Ihnen, den Grünen, bei der Umsetzung ganz genau auf die Finger zu schauen, lehrt uns nicht nur die rot-grüne Benachteiligung der Gymnasien in den vergangenen Jahren

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Bisher war es gut!)

– Frau Beer, ich weiß, Sie können es nicht mehr hören, aber ich bringe es trotzdem immer wieder an –, sondern dass die Gymnasien auf der Hut sein müssen, zeigt auch wieder einmal der von den Grünen am vorletzten Sonntag beschlossene Antrag.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Guter Antrag!)

– Sehen Sie, Sie sagen schon gleich: Das ist ein guter Antrag. – Dementsprechend ist es ja richtig, dass ich sage, dass wir weiter auf der Hut sein müssen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Lindner hat es in seiner Rede am gestrigen Tag auch angesprochen: Dieses angebliche Friedensangebot der Grünen, wie es dort so schön heißt, stellt sich nämlich ganz deutlich als ein vergif-

tetes dar. Es ist schon merkwürdig, wenn Ihr Parteichef die Grünen dazu anhält, davon zu sprechen, dass es bei den Gymnasien um eine Eliteschmiede geht. Liebe Frau Beer, liebe Frau Ministerin Löhrmann, vielleicht sollte man Herrn Lehmann beizeiten einmal erklären, dass das Gymnasium einen schulgesetzlichen Auftrag hat, den Auftrag einer vertieften allgemeinen Bildung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Von Eliteschmiede kann auch nicht die Rede sein, wenn wir von einer Übergangsquote von über 42 % sprechen. Wenn er dann noch von „Ausieben“ spricht, dann muss ich feststellen, dass er wirklich realitätsfern ist und dem Gymnasium feindlich gegenübersteht.

Deswegen werden Sie das, Frau Beer, immer wieder von mir hören, weil Sie gerade auch gesagt haben, dass Sie den Antrag gut finden. Das heißt, Sie kennen ihn, Sie finden ihn gut. Deswegen müssen wir auch hier im Parlament immer wieder darauf achten, was Sie uns vorlegen, weil wir genau wissen, in welche Richtung Sie hier agieren.

(Vereinzelt tiefes Durchatmen von der SPD)

– Es stöhnen immer viele, aber die Vergangenheit hat uns einfach gelehrt, dass es richtig und wichtig ist, zwischen den Zeilen zu lesen

(Beifall von der FDP)

und nicht nur das, was Sie uns weiszumachen versuchen, sondern auch das, was Ihr eigentliches Ziel ist. Deswegen werden wir auch immer wieder darauf zurückkommen.

Wir haben vor zwei Monaten in einer Aktuellen Stunde bereits davor gewarnt, dass eine neue Stufe der Leistungsneuvellierung drohe und dass es einen weiteren Angriff auf die Qualität aller Schulen gebe, aber hier insbesondere des Gymnasiums. Wir haben damals davor gewarnt, einen Zwang für die Schulen einzuführen, dass jedes aufgenommene Kind zu einem Abschluss geführt werden muss. Sie, liebe Frau Löhrmann, haben damals in diesem Zusammenhang von einem „Gebräu aus Falschbehauptungen und Absurditäten“ gesprochen.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Was steht nun im Grünenantrag, den Sie so gut finden? Ich zitiere: „Jede Schule muss jedes einmal aufgenommene Kind bis zu einem qualifizierten Abschluss fördern.“

(Beifall von der FDP)

Das ist ein bisschen Semantik, aber das Ziel bleibt das Gleiche, Frau Beer. Daran sehen wir wieder genau, wohin die Reise geht. Da bin ich doch dankbar, dass ich so gut zwischen den Zeilen lesen kann und mich von Ihnen nicht beirren lasse.

Meine Damen und Herren, ich warne noch einmal davor, die Empfehlungen des runden Tisches dazu benutzen zu wollen, das Gymnasium weiter auszuhöheln.

(Beifall von der FDP)

Genau diese Befürchtungen und auch der Grünenantrag vom vorletzten Wochenende haben uns dazu veranlasst, hier und heute einen Entschließungsantrag vorzulegen, in dem wir noch einmal ganz deutlich machen, welche Erwartungen wir an die Landesregierung in Bezug auf die Umsetzung der Vorgaben des runden Tisches haben. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Ihre Zustimmung geben können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Charmant an einer Unterrichtung ist ja, dass wir Rede und Gegenrede haben und man sehr gut aufeinander antworten kann.

Liebe Frau Kollegin Gebauer, ich freue mich, welche Aufmerksamkeit grüne Parteiveranstaltungen und außerdem noch die guten Texte haben, die wir produzieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen gleich am Anfang etwas zum Thema „Elite“ sagen. Ich bin eindeutig für Elite, ganz klar,

(Kai Abruszat [FDP]: Oh!)

und zwar für Verantwortungselite in dieser Gesellschaft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diesen Auftrag haben alle Schulen zu erfüllen, für sich und andere in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, gemeinsam zum Wohle der Gesellschaft zu arbeiten. Und das ist auch der Auftrag der Gymnasien. In der Tat!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte auch noch einmal darauf verweisen, dass die Bildungskonferenz einmütig auch schon 2010 auf den Weg gebracht hat, die Kultur des Behaltens ganz nach vorne zu stellen. Das ist ein einmütiges Votum, und genau das ist auch in der zweiten Runde der Bildungskonferenz betreffend die Umsetzung des Schulkonsenses die Überschrift. Das betrifft auch die Frage, wie wir die individuelle Förderung bewerkstelligen können.

Frau Kollegin Gebauer, das ist doch die Herausforderung – das hat Herr Kollege Kaiser auch gesagt –:

dass sich bei einer Übergangsquote von im Landeschnitt 42 % an die Gymnasien Unterrichtsentwicklung ganz anders auf den Weg machen muss. Die Homogenität in den Lerngruppen am Gymnasium war immer schon eine Fiktion, aber jetzt prägt sich doch die Heterogenität immer deutlicher aus.

Deswegen ist in allen Schulformen, auch am Gymnasium, individuelle Förderung das Gebot der Stunde. Das ist der Auftrag. Und das fördert auch die Kultur des Behaltens an allen Schulformen. Diesem Anspruch haben sich natürlich auch die Gymnasien zu stellen.

Darauf bezieht sich auch der Hinweis der Kollegin Hendricks, nämlich bei den Beratungsgesprächen mit Eltern zu berücksichtigen, dass wir für diejenigen, die das Abitur anstreben, ein Land mit zwei Geschwindigkeiten sind, das heißt, dass auch der Weg zum Abitur über den G8-Bildungsgang oder den G9-Bildungsgang in verschiedenen Konstellationen über die Gesamtschulen, über die Sekundarschulen mit ihren Kooperationen mit den Oberstufen, über das Berufskolleg und den Sek.-I-Schulen im Vorfeld möglich ist.

Von daher haben wir vielfältige Wege, aber für alle muss gelten: Im Zentrum steht individuelle Förderung. Das Kind muss nicht zur Schulform passen, sondern die Schule muss das Beste für das Kind tun. Das ist genau der Paradigmenwechsel, den wir anstreben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe mich gestern gewundert, weil Herr Kollege Laschet in seiner Rede so schön gesagt hat, die Problematik sei nicht durch runde Tische zu lösen. – Lieber Herr Laschet, es wäre wichtig gewesen, wenn Sie einen runden Tisch vor Einführung der Schulzeitverkürzung eingesetzt hätten,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Denn dann wäre dieses Desaster so nicht passiert.

Ich bin daher der FDP-Fraktion sogar ein bisschen dankbar dafür, dass sie in ihrem Entschließungsantrag ein wenig Selbstreflexion zeigt.

Damals sind große Probleme verursacht worden. Wir haben die Einführung miserabel genannt. Ja, das ist zwar eine Zuspitzung, aber so war es doch auch. Sie haben die Schulzeitverkürzung im Mai verabschiedet und zum 01.08. in Kraft treten lassen. Das geschah ohne Lehrbücher, ohne Lehrpläne. Die Schulen und die Schulträger waren mit dem Mittagessen und dem Thema „Mensa“ völlig überfordert. Alles von jetzt auf gleich einzuführen, das nenne ich miserabel.

Ich will aber noch einmal deutlich sagen – das gilt auch für mich –: Wir haben hier damals als Fraktion die Verkürzung vehement kritisiert. Wir haben darüber auch im Landtagswahlkampf gesprochen. Aber wir haben jetzt nicht mehr die gleiche Zeit wie 2008

und 2009. Wir sind einen Schritt weiter. Heraklit hat einmal mit dem berühmten „panta rhei“ ausgedrückt: Man kann nicht zweimal in denselben Fluss steigen.

Die Schulen haben sich auf den Weg gemacht. Viele Schulen haben sehr gut gearbeitet und erkannt: Wir können nicht mehr weiterhin in der gleichen Taktung wie früher, im 45-Minuten-Rhythmus, arbeiten. Wir müssen zu anderen Rhythmisierungen kommen. Wir gehen in den Ganzttag hinein. Da ist sehr viel Positives passiert, weil sie sich genau dem Anspruch der individuellen Förderung gewidmet haben.

Das ist die Abwägungsentscheidung, die ich auch bei vielen Teilnehmern am runden Tisch gespürt habe. Keiner war über die damalige Entscheidung begeistert. Sie haben aber gefragt: Wohin lenken wir in den nächsten fünf Jahren die Energien – gehen sie in einen Rückabwicklungsprozess, kann das das Motto sein, oder geht es jetzt weiter, geht es jetzt darum, alle Lehrerenergien – die sind eine wertvolle Ressource – in die Schulentwicklung nach vorn hineinzugeben, damit dieser einmal begonnene Weg weitergeführt werden kann und wirklich in allen Schulen ankommt?

Herr Kollege Kaiser, ich habe mich ein bisschen über Ihre gerade gemachten Ausführungen gewundert. Ja, wir sind uns wohl sehr einig, was die Verbindlichkeit der Umsetzung der jetzigen Handlungsempfehlungen anbelangt. Aber es ist mehr als das, was wir beim ersten, von der Ministerin einberufenen runden Tisch hatten, weil das diesmal mit einer ganz anderen Vehemenz und Überzeugung auch von den Lehrerverbänden mitgetragen wird. Das ist ein wichtiger Punkt.

Wir schätzen doch gemeinsam sehr wert, dass wir die selbstständige Schule in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben. „Selbstständige Schule“ heißt, diesen Entwicklungsprozess in Schulen zu respektieren

(Klaus Kaiser [CDU]: Und weiterzuentwickeln!)

und weiterzuentwickeln. Sehr gut, Herr Kollege Kaiser.

Dazu gehört aber auch, mit in den Blick zu nehmen, dass diese Prozesse natürlich so angelegt werden, dass es nicht so aussieht, als ob jetzt der Schulschereffekt komme. Vielmehr muss der Prozess nachhaltig angelegt werden und alle müssen an einem Strang ziehen. Das ist das Signal des zweiten runden Tisches, dass genau diese Handlungsempfehlungen Verbindlichkeit einfordern, dass dies auch die Lehrerverbände tun und dass die Eltern in dem Prozess ernst genommen und natürlich auch die Schülerinnen und Schüler eingebunden werden.

Deswegen bin ich der Ministerin besonders dankbar für ihre Aussage, dass es einen pädagogischen Tag

geben muss, an dem die Eltern und die Schülerinnen und Schüler beteiligt sind, weil die Lösungen für Fragen in Bezug auf ein Lernzeitkonzept, auf eine Balance von Schul- und Hausaufgaben etc., gemeinsam entwickelt und getragen werden müssen. Das haben uns doch die Eltern vorgetragen, dass man zwar die Konzepte besprochen habe, dass das aber leider in der Schulkonferenz nicht zum Tragen gekommen sei.

Deswegen geht es jetzt um eine gemeinsame Anstrengung beider Seiten: Das Ministerium muss sämtliche unterstützenden Maßnahmen bieten, die Schulen und die Lehrverbände müssen die Hilfe annehmen, um die Umsetzung konsequent voranzubringen. Das ist mehr, als wir vorher hatten, wie ich noch einmal sehr deutlich sagen will. Ich möchte mich dafür bedanken, dass alle miteinander diesen Weg gehen.

Herr Kollege Kaiser, ich bitte noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit: Es geht um das Thema „Schulen des längeren gemeinsamen Lernens“. Das heißt doch nicht, dass alle das Abitur machen müssen, aber das bedeutet, dass alle, die das Potenzial haben, auch die Gelegenheit haben sollten, den bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist genau der Punkt. Wir müssen uns doch nichts vormachen, weil wir das doch aus den Erhebungen an den Gesamtschulen wissen: 75 % derjenigen, die im Zentralabitur das Abitur ablegen, hatten keine Gymnasialempfehlung. Das zeigt, was in den Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen steckt. Deswegen haben wir doch die unterschiedlichen Wege. Das sollten wir wertschätzen.

Leistung zu befördern, Lernfreude zu erhalten und zu stiften, ist nicht nur Aufgabe des Gymnasiums. Das gilt für alle Schulformen und für alle Schulen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Machen Sie da bitte keine Gegensätze auf.

Ja, Herr Stamp, jetzt komme ich zur FDP. Ich danke für Ihren Zuruf, weil mich das darauf hinweist, dass ich mich ihr auch einmal widmen müsste.

Gestern ist ja wieder dieser Mythos der Vernachlässigung des Gymnasiums angelegt worden. Um Himmels willen: Was wollen Sie denn noch mehr? Nach dem doppelten Abiturjahrgang haben wir im ersten Jahr zusätzlich 1.000 Stellen im System belassen und im zweiten Jahr 500 Stellen über die normale Schüler-Lehrer-Relation hinaus draufgelegt. Keine Schule, die den Ganzttag beantragt hat, ist nicht in den Ganzttag gekommen. Das ist eine etwas andere Handschrift als das, was Schwarz-Gelb mit den Gesamtschulen gemacht hat. Ich will das noch einmal deutlich unterstreichen. Deswe-

gen: Lassen Sie diese Mottenkiste der Vernachlässigung doch weg.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Nein!)

Das trägt leider nicht durch.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wollen Sie eine Schule für alle oder nicht?)

Und wir haben – daran waren Sie nicht beteiligt, Herr Stamp, denn dann wäre das gar nicht möglich gewesen, weil ein ganzer, ein gesamter Bildungsbegriff im Raum stand – 2010 gemeinsam mit der CDU einen Antrag auf den Weg gebracht, in dem es um die Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems gegangen ist. Es geht um ein inklusives Gesellschaftsverständnis und ein inklusives Bildungssystem. Das hat der Landtag beschlossen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Und eine Schule für alle?)

Genau diesem Weg wissen wir uns sehr verbunden.

Sie waren dann noch bei etwas anderem nicht dabei. Wir haben mit dem Schulkonsens – das ist ein großer Mehrwert in Nordrhein-Westfalen – ein verlässliches Fundament für Schulentwicklung mit verlässlichen Rahmenbedingungen über mehr als zwei Legislaturperioden hinweg festgelegt. Darin sind im Prinzip die zwei Wege angelegt. Das bedeutet, dass die Schulen jetzt genau für die Schulentwicklung, die ich eben angesprochen habe, die Zeit haben. Auch das ist ein Fundament des Schulkonsenses.

Wir haben im Land Situationen, Herr Stamp, die vielleicht nicht in Bonn direkt fassbar sind. Kommen Sie einmal mit mir nach Ostwestfalen. Ich mache das mit Herrn Kaiser ab und zu auch schon mal. Wir fahren dann durch den Hochsauerlandkreis und gucken uns kleine Grundschulen an.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Aber mit Herrn Stamp würde ich auch gerne fahren, um die Schulsituation im Land deutlich zu machen und zu zeigen, an welchem Ausgangspunkt wir sind. Da reicht es längst nicht mehr für das gegliederte Schulsystem. Sie sehen ja auch, in welcher Breite Eltern längeres gemeinsames Lernen in diesem Land wollen. Das ist die Grundlage, an der wir arbeiten, nämlich der Elternwille. Dafür haben wir den Weg im Schulkonsens freigemacht. Das tut dem Land gut. Deswegen haben wir diese zwei Wege im Land fest etabliert.

Also: keine Vernachlässigung, keine Benachteiligung und die Kultur des Behaltens. Es geht um die Kinder. Wir machen keine Schulformpolitik, wir machen Politik für die Kinder und Jugendlichen, Herr Stamp. Davon sind Sie schon eine Weile weg. Sie machen sich ja nur zur Gymnasialpartei, und mit dem Rest haben Sie eigentlich nicht mehr so viel am Hut. Das sieht man ja.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass im Augenblick diese gesamte Debatte um Schulzeitverkürzung begrenzt auf Schule viel zu kurz greift. Denn wenn es um gute Zeit für Bildung geht, müssen wir die Fragen an Eltern und an das gesamtgesellschaftliche Umfeld stellen. Auch das ist in der Debatte deutlich geworden:

Druck fängt nicht erst im gymnasialen Bildungsgang an. Das geht schon in der Grundschule los. Beispielsweise fragen Eltern, wenn die Klasse ihres Kindes im Wald Blätter sammeln war und die Parallelklasse bereits einen Buchstaben weiter ist: Wie soll mein Kind da Abitur machen? – Ich habe das jetzt etwas zugespitzt, aber es ist so. Welche Leistungserwartung gibt es aufseiten des Elternhauses und von der Gesamtgesellschaft? Ein „Befriedigend“ ist für manche Eltern keine gute Note mehr. Auch da kommt Druck aus dem Elternhaus. Das ist ein gesellschaftlicher Diskurs, den wir miteinander führen müssen. Dort können wir Entschleunigung hineinbringen und Druck für die Kinder und Jugendlichen herausnehmen.

Das ist im Übrigen nämlich leistungsfördernd, Herr Stamp.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: „Befriedigend“ nicht ist „Gut“!)

– Sie gehören genau zu denen, die immer mehr Druck hineingebracht haben. Was mussten wir denn als Erstes tun? – Wir mussten das Vorziehen der Einschulung zurückholen. Die Kinder immer früher in die Schule zu bringen, ist das Erste, was wir gestoppt haben. Das hat den Schulen auch gut getan. Lassen Sie doch den Kindern und Jugendlichen Zeit, sich zu entwickeln, ihre Potenziale auszu-schöpfen.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Kollegin zitieren. Sie ist Gymnasiallehrerin und hat in diesem Jahr eine fünfte Klasse übernommen. Nach zwei Wochen Eingewöhnungszeit am Gymnasium – da gab es keinen Ganztagsunterricht und nachmittags nicht viele Hausaufgaben – wurden die Schülerinnen gefragt, wie es ihnen am Gymnasium geht. Diese Fünftklässler sagten: Wir leiden unter dem G8. – Die Frage ist also: Welche Projektion wird da in die Schulen vermittelt? Wir sollten an vielen Stellen ganz genau hinschauen.

Ein letzter Satz zu der Kollegin Pieper: Es ist ja nicht ganz korrekt, wie die Dinge hier aufgemacht werden. Auf dem Weg zur Beschlussempfehlung haben die Landesschülerinnenvertretungen gesagt: Eigentlich möchten wir die inklusive Ganztags-gesamtschule für alle. – Ich sage das auch, um Herrn Stamp noch einmal darauf hinzuweisen, was die Landesschülerinnenvertretungen wollen. Das ist das Erste.

Das Zweite war, dass GEW und VBE gesagt haben: Langfristig müssten wir darüber diskutieren: Wie sieht das aus? Aber die Frage ist: Gehen wir jetzt

auf den Weg, und muten wir den Schulen das zu? Da gab es ein einmütiges Votum, zu sagen: Genau das machen wir nicht. Wir wollen die Energien jetzt in die Schulentwicklung hineingeben und sie nicht mit einem Abwickeln von Dingen beschäftigen und da einen Rollback haben.

Auch das Gesellschaftsbild derjenigen, die bei den Bürgerinitiativen die Wortführer waren, ist nicht zu teilen. Das Gymnasium wieder in eine Halbtagsform zu überführen, ist gesellschaftspolitisch der vollkommen falsche Ansatz. Dem können wir nicht folgen.

Demokratie ist nicht Demoskopie. Das müssen wir auseinanderhalten. Das sieht man sehr deutlich an den Ergebnissen der Umfragen zur Schulzeitverkürzung auf der einen Seite und den konkreten Ergebnissen in Hamburg und in Bayern auf der anderen Seite. Ich will zugestehen, dass es in Hessen nicht optimal läuft und es auch in Niedersachsen schon ganz gewaltig ruckelt. Ich bin froh, dass wir uns in der Breite für Schulentwicklung nach vorne entschieden haben und jetzt gemeinsam alles dafür tun, dass das verbindlich in den Schulen passiert.

Da ist das Haus auf dem Weg. Das sollten wir unterstützen. Deswegen bitte ich um Unterstützung für unseren Entschließungsantrag.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Besucher! Gleich vorweg: Liebe Kollegin Beer, ich habe an keiner Stelle gesagt, dass das, was die Bürgerinitiativen wollen, der Stein der Weisen ist. Ich habe immer ganz deutlich gesagt: Das ist nicht der Weg, den wir gehen wollen.

Bezüglich des runden Tisches habe ich offensichtlich eine etwas andere Wahrnehmung als alle anderen hier im Raum. Ich hatte zu keinem Zeitpunkt das Gefühl, wir würden uns dort vor Freude weinend in den Armen liegen. Das war an keiner Stelle der Fall.

Ich habe gleich in der ersten Sitzung des runden Tisches nachgefragt, wie es mit der Demokratie und den Mehrheiten aussieht. Darauf hat man mir gesagt: Nein, man würde nachher nicht sagen, es habe eine Mehrheit gegeben, sondern man würde da nur die Verbände aufführen. – Ich sage ganz klar: Die gesamte Schülerschaft aus NRW hat dort mit einer einzigen Stimme gesessen. Auf der anderen Seite saßen zig Rektorenverbände und andere. Von daher kann man nicht von Mehrheiten sprechen. Das hat mit den Proportionen in NRW gar nichts zu tun – um das ganz klar voranzustellen.

(Beifall von den PIRATEN)

Zum runden Tisch ist bereits vieles gesagt worden. Prinzipiell ging es um zwei Sachen. Zum einen: Gibt es einen Konsens für die Beibehaltung von G8? Zum anderen ging es darum, den Optimierungsprozess voranzubringen und für die jetzt im G8 befindlichen Schülerinnen und Schüler weitere Entlastungsmöglichkeiten zu finden.

Und dazu muss ich sagen: Wer will schon dagegen sein, für Schüler Entlastungsmöglichkeiten zu finden? Natürlich waren wir uns alle einig, dass wir schauen müssen, wie es besser geht.

Herr Priggen hat gestern gesagt, wir hätten dort – wenn er das denn richtig verstanden habe – einen Konsens gefunden. Herr Priggen ist heute nicht da, aber ich muss sagen: Nein, das hat er nicht richtig verstanden. Es gab am runden Tisch keinen Konsens für das G8. Das war von vornherein letztendlich auch gar nicht möglich, weil die Elterninitiativen wieder das G9 wollten. Das heißt, es stand von vornherein fest, dass die sich auf diesen Konsens gar nicht einlassen würden. Aber auch die Landeschülervertretung – das hat die Kollegin Beer gerade schon gesagt – fordert einen neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium. Langfristig ist – das haben wir gerade gehört – die inklusive Gesamtschule das Ziel.

Eine Regelung, die sowohl ein G8 als auch ein G9 ermöglicht, wurde von der Landeselternkonferenz und vom Landesjugendring befürwortet. Auch der Landesjugendring als Vertretung der Jugendlichen hier in NRW ist, finde ich, eine sehr gewichtige Stimme, die man nicht einfach links liegen lassen darf.

(Beifall von den PIRATEN)

Landeschülervertretung, Landeselternschaft Grundschule, Landeselternkonferenz, VBE, GEW und DGB sind für eine verbesserte Anschlussfähigkeit und Erreichbarkeit der Abschlüsse am Ende der Sekundarstufe I. Das sollte in den Blick genommen werden. Von „langfristig“ habe ich da nichts gehört. Dass wir das nicht morgen umsetzen können, weiß ich auch. Aber die Diskussion an der Stelle im Moment zu schließen und zu sagen „Damit werden wir uns in ein paar Jahren beschäftigen“, das ist mir zu wenig.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das sind aber zwei verschiedene Dinge, Frau Kollegin!)

VBE, GEW, Landeschülervertretung, Landeselternschaft Grundschule und DGB haben sich perspektivisch für eine sechsjährige Sekundarstufe I ausgesprochen, und zwar an allen Schulen. Diese Diskussion sollten wir, finde ich, weiterführen und jetzt nicht einfach sagen: Jetzt legen wir da ein Deckchen drüber und gucken in ein paar Jahren einmal, wie wir weiterkommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Es gab ebenfalls ein breites Votum dafür, mittelfristig die Umstrukturierung des Bildungsgangs am Gymnasium anzugehen, und zwar in der Oberstufe eine flexible Phase einzuführen, in der die Schüler durchaus gucken können, wie schnell sie das Abitur schaffen. Die GEW hat in dem Zusammenhang vorgeschlagen, die Oberstufe im Rahmen von zwei bis vier Jahren zu gestalten. Das scheint mir durchaus Sinn zu machen, um eine individuelle Lebensplanung zu haben und zu gucken: Mache ich einen Auslandsaufenthalt? Engagiere ich mich sonst wo? Oder aber man sagt: Ich ziehe das einfach in zwei Jahren durch, dann habe ich das G8. – Das alles kann möglich sein.

Dann haben wir über die Maßnahmen gesprochen, die zu einer Verbesserung der Situation im G8 führen. Die Maßnahmen in den unterschiedlichen Feldern – wie die Entlastung von Schülerinnen und Schülern oder die Begrenzung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichts – wurden hier heute Morgen schon ausführlich dargestellt.

Auch wenn ich einzelne Maßnahmen durchaus sinnvoll finde, bestehen bei mir doch erhebliche Zweifel, ob sie denn wirklich zum gewünschten Ziel führen. Ich möchte dazu anhand eines Beispiels etwas zu den Ergänzungsstunden sagen. Ich war wirklich überrascht, was man mit diesen paar Stunden alles anfangen kann. Unglaublich! Lernzeiten werden für die verschiedensten Zwecke genutzt: Es gibt keine Hausaufgaben mehr, also machen wir das in den Lernzeiten. Auch individuelle Förderung machen wir in den Lernzeiten. Die Förderung von besonders Begabten machen wir ebenfalls in den Lernzeiten. – Ich weiß gar nicht, wie lang diese Ergänzungsstunden sein sollen, keine Ahnung.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich weiß auch nicht, wie ein Lehrer es leisten können soll, das alles in diesen paar Stunden unterzubringen. Da kam dann die Idee: Wir nennen das Schulministerium in „Hogwarts“ um und bilden jetzt Zauberer aus. Ich weiß aber nicht, wie Lehrer das noch hinkriegen sollen.

Genau das Gleiche gilt für den einen Pädagogischen Tag. Ich finde das super. Dann wird gesagt: Da müssen auch die Eltern und die Schüler beteiligt werden. Was soll denn an einem Gymnasium mit 1.500 Schülern und mit Hunderten Lehrern an einem Tag geleistet werden? Da ist doch ein Tag einfach nicht genug. Das alles sind doch nur kleine Pflasterchen, die hier wirklich niemanden nach vorne bringen.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer zulassen?

Monika Pieper (PIRATEN): Ja, gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön. – Liebe Frau Pieper, ist Ihnen bekannt, dass es in der Schule Mitwirkungsgruppen – wie die Schülermitverwaltung, die Schülervertretung, die Eltern und die Schulpflegschaft – gibt, die an solchen Tagen auch eingebunden sind, die ihre eigenen Organe in den Klassenpflegschaften haben und die in den Fachkonferenzen beteiligt sind? Ist Ihnen das bekannt? Und halten Sie es für unmöglich, dass eine Einbindung in einen Pädagogischen Tag mit den Gruppen erfolgen kann?

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Beer. – Nein, das halte ich natürlich nicht für unmöglich. Das habe ich auch an keiner Stelle gesagt. Ich habe nur gesagt, dass gerade dieser Pädagogische Tag hier so in den Vordergrund geschoben wurde, als wolle man damit sagen: An diesem Tag richten wir das Leben. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall von den PIRATEN)

Selbst wenn wir all diese Fragen beantworten und uns gestatten, wirklich Verbesserungen zu bekommen, wird das die strukturellen Probleme, die mit G8 einhergehen, absolut nicht lösen.

Durch das G8 in NRW wird das ganze Gymnasium nicht mehr durchlässig. Wir haben lange darüber diskutiert, dass es schwierig ist, von einer anderen Schule auf ein Gymnasium zu wechseln. Wie sieht es mit Schülern aus anderen Bundesländern aus, in denen es G9 gibt, wenn die hierherkommen? Müssen die dann ein Jahr wiederholen? Wie sieht es mit zieldifferenter Förderung am Gymnasium aus? Wo machen die die Klasse 10? Gehen die dann mit in die Oberstufe? Ich weiß es nicht. Ich glaube, das G8 macht einfach viel mehr Probleme, als dass es sie lösen kann.

Natürlich löst ein Wechsel zu G9 – das ist schon klar – auch nicht alle Probleme des Bildungssystems. Wir glauben aber schon, dass ein G9 auch am Gymnasium den individuellen Begabungen besser entgegenkommt als das G8, und zwar in jeder Schulform.

(Beifall von den PIRATEN)

Wer wirklich für eine Erhöhung des Bildungsniveaus und für Chancengleichheit ist, der kann eigentlich nur für eine möglichst lange Schulzeit sein, um allen Schülern diese Chancen zu geben. Warum dann dieses Beharren?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was ist denn mit der Qualität des Unterrichts? Was ist mit den Schulen, die das gut machen können?)

– Frau Beer, wenn Sie eine Frage stellen möchten, klinken Sie sich doch bitte einfach ein. Dann machen wir das.

Warum dies Beharren? Das Gymnasium ist von seiner Schülerschaft her durchaus heterogener geworden. Wir haben mehr Inklusion, mehr Integration im Gymnasium. Deshalb verstehe ich nicht, wie all diese zusätzlichen Herausforderungen, die jetzt auch aufs Gymnasium zukommen, in dieser kürzeren Zeit bewältigt werden können.

Dann muss man auch mal den Zusammenhang sehen: Diese große Diskussion um Abschulen und die Kultur des Behaltens – da frage ich mich einfach, ob nicht viele, die für G8 sind, G8 nur haben wollen, um ein bisschen in dem Elfenbeinturm für unsere Bildungseliten zu bleiben und zu sagen: Die, die sich nicht so ganz sicher sind, gehen dann lieber zur Gesamtschule, die sind wir dann einfach ganz gut los.

(Beifall von den PIRATEN und Eva Voigt-Küppers [SPD])

Das finde ich nicht richtig. Ich habe während der gesamten Diskussion nicht ein einziges pädagogisches Argument für G8 gehört.

(Beifall von den PIRATEN)

Es wird ständig nur als Begründung angegeben, dass es damals ein Fehler war, G8 einzuführen, und jetzt wäre es ein noch größerer Fehler, wieder zurückzukehren, weil das so viel Unruhe in die Schule brächte.

Erstens. Unruhe ist in Schulen immer.

Zweitens. Wir wollen nicht zurück zu G9, sondern man kann das langfristig angehen und muss auch nicht sagen: Pass mal auf, in einem halben Jahr drehen wir alles um. – Das kann man planen, das kann man vorbereiten, das kann man fließend in die Schulen einbringen.

Aber, was ich nicht verstehe: Wir halten ein nicht funktionierendes System aufrecht und behandeln es, anstatt zu sagen: Hey, das war eine Sackgasse; das war nicht richtig. Lasst uns gucken, wie wir zu einem neuen G9 nach vorne gehen, nicht mit Rolle rückwärts zu dem alten. Was für Chancen bieten sich uns? Wie können wir flexibel Schullaufbahnen organisieren? Wie können wir individuelle Förderung organisieren?

(Beifall von den PIRATEN)

Individuelle Förderung – das habe ich schon ein paar Mal hier gesagt – ist nicht nur Lernen auf unterschiedlichem Leistungsniveau, das ist Lernen in unterschiedlichen Lernzeiten, Lernschritten und Lerngeschwindigkeiten.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Mehrheit der Eltern und Schüler ist gegen G8. Aber wen juckt es?

Meine lieben Kollegen von Rot-Grün, ich finde es gut, dass man einen runden Tisch macht und sich alle anhört. Trotzdem muss man nachher klare Kante zeigen und Position beziehen.

Da sage ich ganz deutlich: Bei der FDP haben wir immer gewusst, woran wir sind. Wir wussten, die FDP steht für G8. Diese Position muss ich nicht teilen, aber dann weiß der Bürger, dann wissen alle Menschen in Nordrhein-Westfalen, woran sie sind. Das finde ich gut.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Ich weiß immer noch nicht, wofür Rot-Grün steht. Herr Geisel trägt sich bei der Bürgerinitiative ein. – Keine Ahnung. Da wird gesagt: Wir machen jetzt G8 weiter. – Ich weiß es nicht. Da muss man doch hier mal Position beziehen und sagen, wo man eigentlich perspektivisch hin will.

(Beifall von den PIRATEN)

Mir fehlt tatsächlich die Vision von einer Schule 2025. Wie schaut das dann aus? Ich finde immer, dieses hier ein bisschen Kleckern und da ein bisschen Kleckern ist nicht gut für NRW, und das ist keine nachhaltige Schulpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie noch einen Moment am Pult. Es liegt eine Kurzintervention der Frau Kollegin Beer vor.

Monika Pieper (PIRATEN): Ja.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Beer, bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön. – Monika Pieper, Ihrem Wunsch komme ich gerne nach, meinen Beitrag offiziell anzumelden und nicht zur dazwischenzurufen. – Ich bin davon überzeugt, es ist nicht richtig, pauschal von Schulen zu reden, wie das gerade wieder der Fall gewesen ist. Vielmehr ist der Blick darauf zu richten, dass vielen Schulen eine innovative Schulentwicklung gelungen ist.

Wir können auch gerne mal unterwegs sein. Das biete ich nicht nur den Herren in der Runde von CDU und FDP an.

(Zuruf von der FDP)

Fahren wir doch mal zum Clara-Schumann-Gymnasium nach Dülken! Übrigens hat auch die GEW-Zeitung „nds“ darüber berichtet, wie dort das G8 gelingt. Gerne fahren wir auch nach Alsdorf und schauen wir uns ein Gymnasium an, ausgezeichnet mit dem Deutschen Schulpreis, in dem es ohne Sitzenbleiben geht.

Das ist das Schulprogramm, und das ist die Ausrichtung. Es geht darum – das habe ich eben auch sehr deutlich gesagt –, dass sich nicht das Kind an die Schule anpassen muss, sondern das Ziel ist, die innere Schulentwicklung, die individuelle Förderung so auszurichten, dass die Schule alles zum Lernerfolg des Kindes tun kann. Das ist eine sehr klare Ausrichtung. Dazu braucht man Verlässlichkeit und Ruhe in der Schulentwicklung. Dazu braucht man Lehrerfortbildung. Dazu braucht man die Begleitung.

Das wollen wir auf den Weg bringen, anstatt wieder Schulstruktur-, Rückabwicklungsdebatten zu haben, die die Schulen belasten. Das ist die Abwägung, die bei vielen am runden Tisch gelaufen ist. Das war sehr deutlich abzulesen. Das ist die Wahrnehmung, die da ist. Wir diskutieren nicht im leeren Raum, was die Initiativen gerne gehabt hätten. Wir sind in einem Gesamtgefüge.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin.

Sigrid Beer (GRÜNE): Genau das ist die Bewegung nach vorne.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Okay. Vielen Dank. – Frau Pieper, bitte schön.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank, liebe Kollegin Beer. Ich glaube, wir haben durchaus bei sehr vielen Dingen Konsens. Natürlich bin ich für individuelle Förderung. Aber ich muss Ihnen auch ganz ehrlich sagen, in allen Feldern wird immer an drei Stellen gesagt: Best Practice. – Wir brauchen strukturelle Rahmenbedingungen und Veränderungen. Da hilft es nicht, dass wir eine Handvoll Schulen haben, an denen es so ist.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Mehr als eine Handvoll!)

– Na gut, dann sind es zwei Handvoll. Aber wir haben reichlich Schulen, an denen es nicht so ist. – Es ändert nichts daran, zu gucken und zu sagen: Wir brauchen dieses längere Lernen zur Persönlichkeitsentwicklung. Deswegen sagen wir: Wir müssen zumindest mittelfristig über eine sechsjährige Sekundarstufe I nachdenken. Wir müssen jetzt anfangen zu überlegen, wie das gehen kann, und nicht in zwei Jahren, wenn wir evaluiert haben, wie G8 gelaufen ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Pieper, ich will zunächst auf Ihren Beitrag eingehen. Ich habe, ehrlich gesagt, nicht so ganz genau verstanden, wofür Sie jetzt in dieser Situation eintreten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, man muss irgendwie gucken und alles berücksichtigen, ohne zu sagen, wie Sie mit den Empfehlungen des „Runden Tisches zu G8/G9“ umgehen wollen.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Sie regieren doch!)

Ich habe überhaupt nicht verschwiegen, dass es differenzierte Stellungnahmen gegeben hat. Ich habe das eben sogar ausdrücklich gesagt. In den Empfehlungen ist ja alles dokumentiert. Da steht, welcher Verband gesagt hat: Ich hätte eigentlich lieber dieses. – Sie haben einzelne Punkte angesprochen.

Aber dann hat es noch mal eine zentrale Frage gegeben: Sollen wir jetzt zurück, sollen wir jetzt schulstrukturell an den Gymnasien etwas anders machen? Und da haben – bis auf die beiden Bürgerinitiativen – alle Verbände gesagt: Nein, das wollen wir nicht, weil wir die Gymnasien jetzt nach diesem mühevollen Weg nicht erneut in eine Strukturdiskussion verwickeln wollen, sondern die zehn Punkte umgesetzt werden sollen.

Das ist ein breites Ergebnis, von dem ich nicht wusste, dass es in dieser Breite zustande kommt. Dieser Vergewisserungsprozess ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig, damit die Gymnasien heute hier ein Signal bekommen: Ja, diesem Weg folgt der Landtag. Diesen Weg will der Landtag.

Ich besuche sehr, sehr viele Schulen. Viele Gymnasien sagen: Das war nicht gut, wie das gelaufen ist. Aber wir wollen jetzt nicht erneut einen acht- oder neunjährigen Entwicklungsprozess. Wir wollen die Intensität unserer Arbeit auf die innere Schulentwicklung legen, weil wir da etwas angefangen haben, was gut ist. Das war vielleicht ein Crashkurs, aber zurück wäre genauso falsch. – Das haben die Kirchen gesagt. Das haben die Rektorenvereinigungen der Gymnasien gesagt. Das hat die Landeselternschaft gesagt. Die einzige Ausnahme sind die Bürgerinitiativen. Bei denen stand das Ergebnis aber vorher schon fest.

Alle anderen haben sich auf einen Diskurs eingelassen. Das will ich bei dieser Gelegenheit auch sagen. Alle anderen haben diesen Prozess gut gefunden, dass ich nicht mal eben „basta“ gesagt habe, sondern diesen Entwicklungsprozess ermöglicht habe, weil es jetzt breiter getragen ist, Empfehlungen umzusetzen. Dahinter steht auch die Landes-schülerInnenvertretung. Dahinter stehen auch die GEW, der Verband Bildung und Erziehung und all die anderen Verbände.

Es ist alles transparent dokumentiert. Sie haben ja gerade so getan, als hätten Sie detektivisch hier nachweisen müssen, dass das nicht eine Friede-Freude-Eierkuchen-Veranstaltung war. Das wissen wir. Das haben wir mitbekommen. Aber es ist gerungen worden im Interesse der Schülerinnen und Schüler

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

und im Interesse auch einer Verlässlichkeit für die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein aus meiner Sicht tragfähiges, verantwortliches Ergebnis. Da sind wir alle gemeinsam in einer Verantwortung.

Frau Pieper, ich bitte Sie, das einmal zu reflektieren. Im globalen Vergleich, international, ist ein achtjähriger Bildungsgang zu einem Hochschulabschluss in Skandinavien, in Großbritannien, in Polen und in vielen anderen Ländern dieser Welt Standard. Dort können Kinder und Jugendliche gut zu einem solchen Abschluss kommen.

Wir haben fast keine Diskussionen in den ostdeutschen Ländern. Wir haben Sachsen mit guten Ergebnissen. Wir haben dort keine Diskussion. Wir haben jetzt in Thüringen eine Regierung, die nicht schwarz-gelb ist, die das aber auch nicht infrage stellt.

Wenn andere das können, bilde ich mir ein, dass in Nordrhein-Westfalen unsere Schülerinnen und Schüler und unsere Gymnasien das auch können müssen. Dabei sollten wir sie unterstützen,

(Beifall von den GRÜNEN)

Zumal die Gymnasialverbände das selbst ja auch im Wesentlichen für sich so wollen.

Viel entscheidender als alleine die quantitative Frage ist meines Erachtens die qualitative Frage. Da geht es nicht nur um eine Handvoll Schulen, Frau Pieper. In dem Programm „Lernpotenziale“, begleitet von der Stiftung Mercator, haben wir jetzt schon rund 140 Gymnasien in Nordrhein-Westfalen, die individuelle Förderung zu ihrem Markenzeichen gemacht werden, die gut angenommen werden

(Beifall von den GRÜNEN)

und bei denen Eltern ihre Kinder auch anmelden. Das macht mich auch zuversichtlich, dass das in Nordrhein-Westfalen auch unsere Gymnasien schaffen.

Zu der Frage, ob wir den Schülerinnen und Schülern noch ein Jahr länger geben sollen: Ja, warum nehmen wir dann nicht 14 Jahre? Es kommt doch auf die Qualität an. Es kommt doch auf das Wesen des Lernens in einer Schule an, das gut und richtig sein soll. Da geht es meines Erachtens um die Qualität und nicht alleine um Quantitäten. Dafür hat der runde Tisch sehr, sehr gute Grundlagen gelegt.

Jetzt möchte ich noch etwas zur CDU sagen. Herr Kaiser, ich finde, Sie haben da eine ziemlich alte

Kamelle herausgeholt. Chancengleichheit heißt nicht Ergebnisgleichheit. Wer würde das denn hier behaupten? Chancengleichheit heißt gleiche Zugangsmöglichkeiten, gleiche Fördermöglichkeiten. Aber niemand hier in diesem Saal glaubt, dass alle Jugendlichen zu gleichen Ergebnissen kommen. Ich weiß nicht, wo Sie das hergeholt haben. Da sind Sie, finde ich, in Vor-Schulkonsens-Zeiten zurückgefallen.

An die CDU: Es wäre einfach sehr viel ehrlicher, wenn Sie sich jetzt einbringen und einmal sagen würden: Ja, damals ist etwas falsch gelaufen. Das wäre gut für die weitere Diskussion.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe Staatssekretär Winands davor gewarnt, das in diesem Schweinsgalopp durchzuziehen. Aber es wollte nicht gehört werden. – Glauben Sie gar nicht, dass ich mit Herrn Winands auch schon gesprochen habe? Ich habe ihn davor gewarnt.

(Zurufe von Armin Laschet [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

– Lieber Herr Laschet, Sie fühlen sich offenbar getroffen, weil Sie offensichtlich nicht fähig sind ...

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, Sie haben am Kabinetttisch gesessen und haben dieses überstürzte G8 hier in Nordrhein-Westfalen mit zu verantworten.

(Zurufe von Armin Laschet [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung und sagen Sie, dass da was falsch gelaufen ist!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das wäre redlich und das wäre ehrlich.

(Lachen und Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Es stimmt, gut.

(Armin Laschet [CDU]: Schönes Weihnachtsgeschenk!)

– Denken Sie an Ihren Kreislauf, Herr Laschet,

(Beifall von den GRÜNEN)

und an sonst was, ja?

(Heiterkeit – Armin Laschet [CDU]: Das sagen wir seit Jahren! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Frau Löhrmann, Oberlehrerin!)

– Das sagen Sie seit Jahren? Aber Sie haben es von hier noch nicht gesagt. Wenn Sie hier vorne stehen, beschimpfen Sie immer die jetzige Regierung. – So, Herr Laschet braucht es nicht selber von hier vorne aus zu sagen. Herr Laschet hat jetzt eingeräumt,

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

dass das damals ein großer Fehler war. Das können wir jetzt festhalten. Dann ist es für mich auch gut. Herr Laschet, dann können Sie sich auch wieder abregen.

Dann möchte ich auf einen weiteren Punkt hinweisen, Herr Kaiser. Der ist, glaube ich, wichtig für die Schulentwicklung insgesamt. Wir haben das Verständnis der selbstständigen Schule. Wir wollen eigentlich nicht so viel reinregieren, sondern setzen darauf, dass die Schulen selbstverantwortlich, eigenverantwortlich die Dinge, die wir hier parlamentarisch beschließen und in Gesetze fassen, umsetzen.

Den Fehler, den Schuh ziehe ich mir an. Das sage ich hier auch. Nach den ersten Ergebnissen des ersten runden Tisches habe ich genau auf diesen Prozess gesetzt, weil das ja auch damals schon mit breiter Mehrheit entwickelt und getragen worden ist. Es haben sich viele Schulen, aber offenbar nicht alle, genau auf diesen Weg gemacht.

Deswegen müssen wir jetzt an der Verbindlichkeit dieser Empfehlungen für die Umsetzung arbeiten, damit die Entlastungen, die wir gemeinsam wollen, bei den Schülerinnen und Schülern ankommen und es nicht ins Belieben gestellt ist, ob das umgesetzt wird, ja oder nein. Hier müssen wir klare Ansagen machen. Hier müssen wir eine klare Begleitung vornehmen.

Dann müssen wir die Schulen durch die Qualitätszirkel – wie ich das gesagt habe – dabei begleiten, dass sie ein gutes G 8 für die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen verbindlich überall umsetzen. Das ist das A und O, und dafür werbe ich um Ihre Unterstützung.

Natürlich wollen wir jetzt nicht überall Polizisten in die Schulen setzen, um zu prüfen: Macht ihr das jetzt auch alle? – Deswegen gibt es den Pädagogischen Tag – unter Einbeziehung der Schülerschaft, der Lehrer und der Elternschaft, damit das Thema vernünftig in jeder Schule besprochen wird und dann ab dem kommenden Schuljahr umgesetzt werden kann. Wir machen uns sofort an die Arbeit und werden das mit allen Beteiligten weiterhin besprechen.

Dann will ich noch einmal auf die FDP eingehen. Ich habe mich über den ersten Teil Ihres Beitrags wirklich ausdrücklich gefreut, Frau Gebauer. Sie haben Dinge gesagt, die wir von der FDP so noch nicht gehört haben. Sie haben zum Beispiel gesagt, dass man fächerübergreifend bestimmte Dinge tun sollte, um die Ziele zu erreichen, die für das Gymnasium gesetzt sind, und die trotzdem Entlastungseffekte in der pädagogischen Gestaltung schaffen sollen. Das finde ich sehr gut. Vorher haben wir das von der FDP so noch nicht gehört. Das erkenne ich ausdrücklich an.

Dann haben Sie aber zwei Aspekte genannt, denen ich deutlich widersprechen möchte. Dafür gibt es

auch keinerlei Ansatzpunkte. Erstens: ein schleichender Qualitätsverlust. Die Abituraufgaben – die im Übrigen für Gesamtschulen und Gymnasien in Nordrhein-Westfalen identisch sind; die Aufgaben sind für G8 und G9 auch gleich lang, das hat mit „Turbo“ in der Sprachgebung gar nichts zu tun – werden von unabhängigen Kommissionen gebildet. Diese haben keine Ansage bekommen, dass da irgendetwas leichter gemacht werden soll. Viele Verbände haben auch ausdrücklich betont: Ja, die Empfehlungen können umgesetzt werden ohne Qualitätsverlust. – Für mich steht das nicht zur Debatte. Das will ich hier einmal ganz deutlich sagen.

Zweitens: die Mär von einer vermeintlichen Benachteiligung des Gymnasiums. Sie hatten in Ihrem Stellenplan nicht 1.500 Stellen zusätzlich für die Gymnasien, meine Damen und Herren von CDU und FDP. Diese Regierung hat das erst gemacht, basierend auf der Demografie, um den Abschmelzprozess von neun auf acht Jahre umzusetzen und zu begleiten. Das war ein faires Angebot. Das hat auch die gesamte Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen solidarisch getragen. Hier haben wir uns nichts vorzuwerfen.

Wir begleiten die Gymnasien mit „Ganz In“ und mit dem Projekt „Individuell fördern am Gymnasium“, weil es unser Interesse ist, einen guten Bildungsgang an den Gymnasien für die Schülerinnen und Schüler anzubieten – mit klaren Zielen, mit guten Leistungen, aber auch mit sozialer Gerechtigkeit.

Abschließend will ich auf das hinweisen, was neben dem runden Tisch auch noch stattgefunden hat.

(Anhaltende Unruhe)

– Es wäre für mich leichter, wenn es ein bisschen leiser wäre, wenn ich mir diesen Hinweis erlauben darf. Ich verstehe ja, dass Sie sich auf Weihnachten freuen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, hätten Sie Freude an einer Zwischenfrage von Herrn Dr. Stamp?

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Aber sicher.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann probieren wir es mal.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Ministerin, Sie haben hier gerade noch einmal ausgeführt, dass Sie und die Landesregierung das Gymnasium keinesfalls benachteiligen wollen und dass Ihnen das wichtig sei.

Jetzt möchte ich noch einmal fragen: Ist es nicht das Ziel der Landesregierung bzw. der Parteien, die die Landesregierung tragen – also von SPD und

Grünen –, eine Schule für alle zu schaffen? Bitte stellen Sie das hier noch einmal eindeutig klar!

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Lieber Herr Stamp, diese Landesregierung hat mit der CDU einen Schulkonsens ausgearbeitet, der Grundlage für unser Handeln ist, der im Koalitionsvertrag besiegelt ist und der in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vorgetragen worden ist. Wir stehen ohne Wenn und Aber zum Schulkonsens in Nordrhein-Westfalen. Auch ich persönlich.

Die Gymnasien sind Teil dieses Schulkonsenses, ebenso die Schulen des längeren gemeinsamen Lernens. An keiner Stelle unseres Regierungshandelns können Sie uns irgendetwas anderes nachweisen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Ja oder nein?)

– Ein Ja zum Schulkonsens ist eindeutig.

Wir haben die Gymnasien nicht benachteiligt; ich nenne Ihnen die Zahlen gerne noch einmal: 1.000 Stellen im letzten Haushaltsjahr, 500 Stellen im laufenden Haushaltsjahr, um den Abschmelzprozess von G 9 zu G 8 zu unterfüttern und es nicht zu Brüchen in der Lehrerversorgung kommen zu lassen.

Für die Gymnasien gilt gleichermaßen, dass sie von Zusatzbudgets profitieren, wenn sie inklusiv arbeiten und dass sie von Zusatzbudgets profitieren, weil wir in Klasse 5 die Klassenfrequenzwerte abgesenkt haben. Die Empfehlungen und die Verabredungen des Schulkonsenses für unsere Gymnasien sind eins zu eins umgesetzt worden. Herr Kaiser hatte die Größe, das zumindest für die Zeiten der Minderheitsregierung noch einzuräumen.

Jetzt möchte ich aber auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, und diese Diskussion findet in anderen Bundesländern auch statt –, nämlich die Frage: Wieviel Verantwortung übernehmen die Gymnasien für aufgenommene Schülerinnen und Schüler? Dazu hat die Bildungskonferenz Folgendes formuliert – und auch das ist Leitschnur für das Handeln der Landesregierung –:

„Im Interesse der Schülerinnen und Schüler muss mit Blick auf die Anforderungen der fünfjährigen Sekundarstufe I des Gymnasiums ein Wechsel auf Schulen mit sechsjähriger Sekundarstufe I möglich bleiben. Eltern sollen bereits bei der Anmeldung am Gymnasium darüber informiert werden, welche Schulen dafür gegebenenfalls infrage kommen.“

Und außerdem hat die Bildungskonferenz ihre Empfehlung von 2011 bekräftigt, dass jede Schule die ihr anvertrauten Kinder unter Wahrung der Bildungsstandards zumindest zum ersten von ihr angebotenen Abschluss der Sekundarstufe I führen soll.

Das ist einstimmig von der Bildungskonferenz beschlossen worden, und das ist Richtschnur für das Handeln der Regierung. Ich würde mir wünschen, es gäbe heute ein klares Signal, dass die Empfehlungen des runden Tisches umgesetzt werden. Dann könnten sich unsere Gymnasien, wie alle anderen Schulen auch, auf die Weihnachtsferien freuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Frau Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich wollte es eigentlich gar nicht machen, aber nachdem Frau Löhrmann mich direkt angesprochen und gefragt hat, was wir eigentlich wollen, sage ich es doch noch einmal: Ich glaube, dass einzelne Maßnahmen dieses Programms durchaus sinnvoll sind, aber ich zweifle an dem Erfolg des Gesamtpakets. Deshalb lehnen wir auch den Entschließungsantrag ab.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Pieper.

Damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar sind drei Entscheidungen zu treffen. Erstens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/7612. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der Piraten, der CDU und der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 16/7612** mit der Mehrheit von Rot und Grün **angenommen**.

Zweitens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Piratenfraktion Drucksache 16/7633. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Vier Fraktionen stimmen dagegen. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Die Piratenfraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Entschließungsantrag Drucksache 16/7633** mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Drittens entscheiden wir über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7635. Wer ist für diesen Antrag? – Die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten. Wer enthält sich? – Es enthält sich die CDU. Mit diesem so festgestellten Ergebnis ist der **Entschließungsantrag Drucksache 16/7635** der FDP-Fraktion in breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Daher sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Wir kommen nun zu:

3 Mobiles Internet flächendeckend ausbauen – Nordrhein-Westfalen braucht Referenzprojekt für flächendeckende LTE-Versorgung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7473

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7627

Ich eröffne die Aussprache und erteile der CDU-Fraktion das Wort. Für diese spricht der für das Thema verantwortliche Sprecher, Herr Kollege Wüst.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun den Saal verlassen – was natürlich bedauerlich ist –, dann tun Sie das doch bitte leise, damit Herr Wüst in Ruhe seinen Wortbeitrag leisten kann. – Bitte schön, Herr Kollege.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestern wurde der Haushalt für das kommende Jahr beschlossen. Rot-Grün hat sich noch mal einen Schluck aus der Pulle genommen – und damit meine ich nicht die abendliche Weihnachtsfeier, sondern die Neuverschuldung.

Das ist nicht nur grundsätzlich verkehrt, sondern auch noch überflüssig. Denn wenn wir so stark wären, wie die Ministerpräsidentin gestern nicht müde wurde, zu behaupten, dann wäre das gar nicht nötig. Wenn wir so stark wären wie die wirtschaftsstärksten Bundesländer in Deutschland, hätten wir jedes Jahr 3,2 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen. Wir müssten nicht mehr über Verschuldung reden, sondern könnten in einen viel angenehmeren Austausch, in einen viel angenehmeren Streit darüber eintreten, wie man Überschüsse verwertet: zum Schuldentilgen, zum Investieren etc. So weit ist es mit der Stärke aber noch nicht her.

Wir wissen mittlerweile – und das ist völlig unstrittig – dass der flächendeckende Breitbandausbau ein Wachstumstreiber für die Zukunft ist. Wir haben – auch das ist unstrittig – 70 % Versorgung über 50 MBit, das heißt, wir haben 30 % mangelhafte Versorgung in dieser Kategorie. Wir könnten damit ein zusätzliches Wachstum generieren, pro 10 Prozentpunkte bis zu 1,5 % Wachstum.

Machten wir also 10 % der langsamen Internetanschlüsse zu schnellen, dann hätten wir bis zu 1,5 Prozentpunkte mehr Wirtschaftswachstum. Und

dann wäre der Schluck aus der Pulle in Sachen Neuverschuldung in Zukunft nicht mehr nötig.

(Beifall von der CDU)

Deswegen die Befassung mit diesem Thema heute, kurz vor der Weihnachtspause.

Unsere Investitionen in diesem Bereich sind, vorsichtig ausgedrückt, bescheiden: 70 Millionen € bis 2020. Das bayerische Milliardenprogramm ist bekannt. Das, was wir hier tun, ist zu wenig, um die notwendigen Wachstumspotenziale auszulösen.

Neben dem Ausbau der leitungsgebundenen Breitbandnetze ist auch die mobile Datenübertragung schon heute wichtig, und sie wird nach Expertenkenntnis aller, die man fragt, auch in Zukunft noch viel wichtiger. Es geht also nicht darum, mobiles Internet auszuspielen oder als Substitution für den Glasfaserausbau bzw. insgesamt für den kabelgebundenen Breitbandausbau zu nehmen. Es geht vielmehr um die Unterstützung beider Themen nebeneinander.

Das betrifft nicht nur den privaten Konsum, sondern es geht insbesondere um das mobile Verbinden von Maschinen – m2m, machine to machine – für „Industrie 4.0.“ Insbesondere für die Integration logistischer Prozesse in „Industrie 4.0.“ ist das ganz wichtig. Deswegen brauchen wir den Glasfaser- bzw. jede Art von kabelgebundenem Breitbandausbau und LTE, und nicht ein Gegeneinander.

Nun stellt sich die Situation – und das ist meines Erachtens ein Glücksfall für alle, die dieses Thema für wichtig halten – gerade so dar, dass viele Städte bzw. die Stadtwerke darüber nachdenken oder schon dabei sind, die Leuchtmittel in den Straßenlaternen auszutauschen, um von den traditionellen Leuchtmitteln wegzukommen und neue LED-Leuchtmittel einzubauen.

Der Landtag ist sicherlich nicht die Stätte, um über Leuchtmittel in Straßenlaternen zu diskutieren. Aber weil das gerade flächendeckend geplant bzw. teilweise schon angepackt ist, besteht für uns die Chance, diese Situation zu nutzen und in die Straßenlaternen LTE-Cabinets, also Hüllen für LTE-Technik, einzubauen. Das klingt putzig, ist aber eine ganz sinnvolle Geschichte. Das wird in den USA und Schweden schon praktiziert und ist serienreif erforscht.

Deswegen wäre das eine schöne Möglichkeit, hier entsprechend mit einer Musterkommune, der Innovation City oder einer kleineren Gemeinde, zusammenzuarbeiten. In meiner Heimatstadt mit knapp 20.000 Einwohnern werden gerade auch die Straßenlaternen ausgetauscht. Kommen Sie zu uns – wir rollen Ihnen den roten Teppich aus, bei mir gibt es eine Tasse Kaffee. Da könnte man eine Testkommune einrichten; es muss gar nicht die große Nummer sein.

Wenn Sie mich fragen: „Herr Wüst, woher wollen Sie das Geld hernehmen?“, dann gebe ich Ihnen eine Antwort, auf die Sie jetzt seit mittlerweile vier Minuten 20 Sekunden warten: Das Tariftreue- und Vergabegesetz wird mit einer teuren Evaluation überprüft, 425.000 € sind veranschlagt, sechs Prüfer für das Wirtschaftsministerium vorgesehen. Dieses Geld könnte man sich sparen und in einen solchen innovativen Feldversuch investieren.

Ich spare mir alle Hinweise zum Wirtschaftsministerium und zur Notwendigkeit, das eigene Geschäftsgesetz in Sachen Tariftreue- und Vergabegesetz zu überprüfen. Aber hier wäre das Geld schön eingesetzt. Vielleicht nehmen Sie den Gedanken mit in die Weihnachtspause. Und wenn wir uns dann im Ausschuss wiedertreffen und darüber beraten, kommen wir vielleicht zu einem fruchtbaren Ergebnis. – Vielen herzlichen Dank, frohe Festtage und gute Erholung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Vogt.

Alexander Vogt³⁾ (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wüst, wir treffen uns in diesem Saal heute zum letzten Mal in diesem Jahr und diskutieren. Wir diskutieren über Laternen. Das passt zugegebenermaßen in die dunkle Jahreszeit, ebenso wie uns der Antrag der CDU im Dunkeln tappen lässt. Denn Sie und die FDP erklären in diesem Antrag recht wenig dazu, was Sie eigentlich bezwecken wollen.

Die Landesregierung soll also ein Referenzprojekt für die Ausrüstung von Straßenlaternen mit LTE-Cabinets auflegen und mit entsprechenden Fördergeldern ausstatten. Informationen darüber, wo das geschehen soll, was es bewirken soll und woher die Glasfaser dafür kommen soll, an die die LTE-Sender angeschlossen werden, gibt es keine – da ist Fehlanzeige. Sie haben als Beschlussvorlage nur einen Satz vorgelegt.

Um erraten zu können, was Sie mit Ihrem Antrag meinen und was Sie sich darunter vorstellen, haben wir natürlich etwas recherchiert. Wir gehen davon aus, dass Sie auch auf die Information gestoßen sind, dass die Firmen Ericsson und Philips Anfang dieses Jahres an die Öffentlichkeit getreten sind und Laternen vorgestellt haben, die mit LED-Technik funktionieren, somit deutlich stromsparender sind und gleichzeitig eine Vorrichtung haben, an der LTE-Sender montieren werden können.

Das ist eine naheliegende und durchaus clevere Idee. Von daher ist der Inhalt bzw. die Grundidee Ihres Antrags auch gar nicht abzulehnen; denn LTE setzt auf eine Vielzahl von kleinen, schwächeren Sendern, um große Flächen gleichmäßig mit guten

Signalen zu versorgen. Ein Teil davon kann sicherlich auf bestehende Masten installiert werden, aber die restlichen Sender müssen natürlich ebenfalls Standorte haben. Hier lautet der Vorschlag, diese auf Laternen zu installieren.

Es ist klar, dass diese neuen Sender für Mobilfunkunternehmen eine komplizierte Angelegenheit sind. Es ist schwieriger, die Nutzungsrechte von verschiedenen einzelnen Standorten zu bekommen, als mit Kommunen Verträge darüber abzuschließen, die Sender auf Laternen zu installieren.

In diesem Zusammenhang muss man sich auch die Frage stellen: Was ist bisher geschehen? – Im Jahr 2010 wurden die LTE-Frequenzen versteigert. Das ist mittlerweile vier Jahre her. Die Telekom hat angegeben, den LTE-Ausbau bislang zu 77 % abgeschlossen zu haben; Vodafone hat bisher 70 % erreicht. Es hat sich also einiges getan.

Die Frage ist, ob gerade der LTE-Ausbau an dieser Stelle stoppt. Die Telekommunikationsunternehmen haben die Frequenzen natürlich nicht ersteigert, ohne vorher kalkuliert zu haben, ob sich der Ausbau für sie lohnt.

Schaut man sich Ihren Antrag an, findet man zwar diese eine Idee, aber in zwei Dritteln des Antrags werfen Sie der Regierung wieder einmal vor, untätig zu sein. Sie erklären zudem – das haben Sie eben auch schon getan –, Bayern liege vorne. Wenn Sie der Ministerpräsidentin gestern zugehört hätten, wüssten Sie, dass NRW bei den Flächenländern in Bezug auf den Breitbandausbau weit vor Bayern liegt.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Des Weiteren erklären Sie zum x-ten Mal Ihre Version von EFRE- und ELA-Mitteln. Wir durften hier schon mehrfach vom Wirtschaftsminister hören, dass diese Argumentation sachlich falsch ist.

Wenn wir LTE fördern möchten, dann ist Ihr Vorschlag mit den Laternen sicherlich ein Punkt, der diskutiert werden sollte. Wir müssen beim mobilen Breitbandausbau natürlich auch immer berücksichtigen, dass viele Dienste, zum Beispiel die Videotelefonie, über Breitband – und das ist durch die Telefonanbieter und die Netzbetreiber vorgegeben – nicht möglich sind. Da sind wir beim Stichwort „Netzneutralität“.

Nichtsdestotrotz haben die Piraten hierzu einen Entschließungsantrag eingebracht, der erkennen lässt, dass sie den runden Tisch des Wirtschaftsministers durchaus anerkennen, und dass dort über dieses Thema und diesen Vorschlag diskutiert werden soll.

Wir werden den Antrag auch weiter im Ausschuss diskutieren. Er ist eine kleine, gute Idee auf dem Weg hin zu mehr Breitbandausbau – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wir freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss und natürlich auch auf die

Diskussion im Rahmen des runden Tisches, wo dieses Thema sicherlich auch aufgegriffen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Vogt. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe dem Kollegen Laschet gestern in der Generaldebatte sehr aufmerksam zugehört, als er über den Breitbandausbau gesprochen hat, und war durchaus überrascht. Schließlich ist es für einen Konservativen ungewöhnlich, über die Digitalisierung als Chance zu sprechen.

Wenn die Konservativen in den letzten 20 Jahren über das Internet gesprochen haben, fielen immer auch Begriffe wie „Bedrohung“, „Terroristen“ und „Killerspiele“. Auf diese Weise wurde die Debatte von konservativer Seite eigentlich immer geführt.

(Zuruf von der CDU)

Insofern war das sicherlich ein gewisser Fortschritt.

Dann aber hat sich der Kollege Laschet hier an das Rednerpult gestellt und hat eine Karte mit den Versorgungsgebieten Nordrhein-Westfalens hochgehalten. Diese stammt aus einem „WESTPOL“-Bericht vom letzten Sonntag. Ich habe diesen Bericht gesehen, bin mir aber ziemlich sicher, dass Herr Laschet diesen Bericht nicht gesehen hat; denn sonst wüsste er, dass der Fokus dieses Berichts ein ganz anderer war.

Darin ging es nämlich nicht um eine allgemeine Bestandsaufnahme zum Breitbandausbau, sondern es ging darum, dass die Bundesregierung bzw. die Bundeskanzlerin gerade beabsichtigt, die Netzneutralität abzuschaffen. Diese Grundbedingung des freien, offenen und innovativen Internets will die Bundesregierung abschaffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen Folgendes sagen, Herr Kollege Wüst: Wenn Sie etwas für die digitale Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen tun wollen, dann sorgen Sie bitte dafür, dass die Bundeskanzlerin in dieser Frage wieder zur Vernunft kommt. Denn wir brauchen die Netzneutralität nicht nur für den Standort Nordrhein-Westfalen, sondern für die ganze Bundesrepublik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Laschet hat gestern auch auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Kretschmann im Oktober dieses Jahres verwiesen: „Heimat, High-tech, Highspeed“. Dass er das zur Kenntnis genommen hat, fand ich schon bemerkenswert. Ich denke aber nicht, dass er es verstanden hat; denn sonst hätte Herr Laschet an dieser Stelle nicht einen

billigen Lacher mitgenommen, sondern sich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt. Dann hätte er über solche Dinge wie „intelligente Dörfer“, „zukunftsfähige effiziente Technologie“ und „Sicherheit als Standortfaktor“ gesprochen.

Dass das Thema „Digitalisierung“ von der CDU gestern lieber für Klamauk genutzt wurde, anstatt über substanzielle Ideen zu reden, hat für mich gezeigt: Sie haben keine Vision davon, wie Sie den digitalen Wandel für Nordrhein-Westfalen gestalten wollen. Sie haben keine Vision von einem modernen Nordrhein-Westfalen. Sie haben keine Vision von der Zukunft unseres Landes. In Wahrheit ist es doch so, dass der digitale Wandel von Ihnen zwar vielleicht nicht mehr als Bedrohung wahrgenommen wird, dass Sie aber nicht wissen, wie Sie ihn gestalten wollen.

Das spiegelt sich auch ein Stück weit in diesem Antrag wider. Darin sind zwar nette Ideen enthalten – das kann man zugestehen –; er liest sich aber doch sehr so, als hätten Sie jetzt entdeckt, dass es LTE gibt. Offensichtlich meinen Sie, wir müssten nur – das haben Sie ganz jovial in Ihren Antrag hineingeschrieben – ein paar Hunderttausend Euro in ein entsprechendes Projekt investieren; dann sei der Breitbandausbau im ganzen Land für alle schon flächendeckend geregelt, und alles sei gut.

Das ist doch nicht die Frage, die wir stellen müssen. Wir haben uns als Land Nordrhein-Westfalen dem Ziel der Bundesregierung angeschlossen, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung auf den Weg zu bringen. Das ist ein vernünftiger Zwischenschritt. Wir müssen aber vor allem darüber reden, dass 2018 nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Wir müssen den Weg beschreiben, auf dem es zu einer flächendeckenden Glasfaserversorgung weitergehen kann. Da muss aus meiner Sicht der Schwerpunkt liegen. Das ist keine Zukunftsvision, sondern ein Schritt von zehn bis 15 Jahren, über den wir da sprechen.

Natürlich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage der Übergangstechnologie. Das kann LTE sein; unbestritten. LTE ist an vielen Stellen geeignet und schafft es auch schon jetzt, die unterversorgten Gebiete vor Ort anzuschließen.

LTE ist aber eine Technologie, die aufgrund ihrer Eigenschaften sicherlich nicht dazu geeignet ist, über lange Zeiträume und flächendeckend eine sichere Versorgung für alle darzustellen. Das wird manchmal einfach überhöht. Mir ist es an dieser Stelle wichtig, ganz klar darauf hinzuweisen, dass diese Überhöhung nicht berechtigt ist. Über einzelne innovative Ideen kann man sicherlich sprechen. Ich glaube aber nicht, dass das, was Sie heute vorgeschlagen haben, der Weisheit allerletzter Schluss ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich Ihnen eine schöne Weihnachtszeit wünsche, möchte ich

zum Abschluss noch einmal darauf hinweisen, dass uns insgesamt das Geld fehlt, was die Förderung des Breitbandausbaus angeht. Dieses Problem adressieren wir immer wieder in Richtung Bund. Der Bund macht da nichts. Der Bund hat Ziele definiert und sagt: Länder, macht mal. – An dieser Stelle muss ich unsere Forderung noch einmal bekräftigen und feststellen: Wir brauchen die Unterstützung vom Bund, wenn wir diese Ziele, auf die wir uns gemeinsam verständigt haben, dann auch erreichen wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bolte. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Guten Tag, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Beim Thema „Breitbandausbau“ gibt es hier im Haus eine relativ große Einigkeit, was die Bedeutung insbesondere für ländliche Regionen angeht. Über die wesentliche Bedeutung des Breitbandausbaus nicht nur für die gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung hier im Land besteht ebenfalls Konsens.

Umgekehrt gibt es aber auch eine relativ große Einigkeit darüber, welche großen Gefahren ein unzureichender Breitbandausbau mit sich bringt, gerade auch für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land.

Es besteht sogar eine relativ große Einigkeit darüber – auch bei der Opposition –, dass der Landeshaushalt in der vorliegenden Form – aus Gründen, die wir durchaus kritisieren – keine Räume für eine umfassende Förderung bietet, die eigentlich notwendig wäre, und zwar in der Art, wie sie woanders, etwa in Bayern, geleistet wird, und dass daher hier natürlich private Initiativen und Unternehmen gefragt sind. Diese Einigkeit in Sonntagsreden reicht aber nicht aus, um den Breitbandausbau in diesem Land zu fördern. Es sind kreative politische Lösungen gefragt, um hier Impulse zu setzen.

Schließlich ist es nun einmal Fakt – das dürfte auch unbestritten sein –, dass viele Bürgerinnen und Bürger und viele Unternehmen in diesem Land nach wie vor von der Digitalisierung abgehängt sind. Das ist keine Erfindung der Opposition. Um das zu sehen, genügt ein Blick in den Breitbandatlas. Im Rhein-Erft-Kreis, aus dem ich komme, verfügen etwa 30 % der Haushalte noch nicht einmal über einen Zugang mit mindestens 16 Mbit/s. Im Kreis Viersen sieht es ähnlich aus.

In einigen Kreisen ist die Situation sogar noch schlechter. Ich nenne hier nur den Oberbergischen Kreis und Teile Westfalen. Das geht zulasten von Innovation, zulasten der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und bei den Bürgern zulasten des Zu-

gangs zu modernen Dienstleistungen und der Möglichkeiten von Kommunikation und Partizipation.

Zum Teil ist diese Entwicklung auch auf die rot-grüne Landesregierung zurückzuführen. Ich erinnere nur an das Versagen der Landesregierung bei den Diskussionen um den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, kurz EFRE.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Und an das Tarif-treue- und Vergabegesetz NRW!)

– Dazu komme ich später; keine Sorge.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier wurde durch diese Landesregierung und durch diesen Wirtschaftsminister die große Chance vertan, den Breitbandausbau zu einer Priorität zu machen. Das hat die gesamte Opposition gefordert. Experten haben das ebenfalls unterstützt. Diesem Ansinnen wurde aber nicht Folge geleistet.

Heute liegt wieder ein Antrag der Opposition vor – diesmal der CDU-Fraktion –, der eine einfache Maßnahme vorschlägt, die nicht schwierig umzusetzen ist und eine Gewähr dafür bieten kann, dass den Defiziten, die wir in unserem Land haben, schnell und effektiv zumindest vorübergehend abzuhelpen ist. Gleichzeitig kann damit durch die Verstärkung von Funklösungen insbesondere in ländlichen Regionen dem wesentlichen Faktor des mobilen Internets, das immer wichtiger wird, auch für die Zukunft Rechnung getragen werden.

Dass die Umsetzung entsprechender Vorbereitungen für Funklösungen bei anstehenden Infrastrukturmaßnahmen vorgeschlagen wird – analog zu der von uns für sinnvoll gehaltenen Verlegung von Leerrohren beim Straßenbau –, hat der Kollege Wüst ausgeführt. Das ist ein absolut sinnvolles Ansinnen.

Ich muss mich schon ein wenig darüber wundern, dass ein solch sinnvolles Ansinnen – ein Referenzprojekt mit relativ einfachen Mitteln zu starten, das viele Kommunen mit der Erneuerung der Straßenbeleuchtung ohnehin kombinieren könnten – von den Kollegen Vogt und Bolte mit Nebelkerzen, mit Punkten, die gar nicht zur Sache gehören, direkt zur Seite zu schieben versucht wird. Das ist nach dem Motto: Wie lehne ich einen Oppositionsantrag ab, und mag er noch so sinnvoll sein? Hier fehlt lediglich der Wille der Landesregierung.

Ich bin gespannt, ob bei diesem wichtigen Zukunftsthema – vielleicht dem wichtigsten Zukunftsthema für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes in den nächsten Jahren – ein Umdenken stattfindet, und freue mich deswegen auf eine spannende Diskussion im Ausschuss.

Und falls Sie nach Gegenfinanzierungsvorschlägen fragen, Herr Bolte, bin ich selbstverständlich sofort bereit und schlage Ihnen vor, auf die Evaluierung des Tarif-treue- und Vergabegesetzes, das für das

Land völlig überflüssig und belastend ist, zu verzichten und es ersatzlos abzuschaffen.

(Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

Dann haben Sie auf jeden Fall noch einen zusätzlichen Impuls für die Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen gesetzt. – Vielen Dank und frohe Weihnachten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Schwerd.

Daniel Schwerd⁹⁾ (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher! Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, so kann man es nicht machen. Das Thema ist zu wichtig, um es in dieser Form abzukanzeln. Eine Idee aus der Zeitung, schlampig recherchiert, mit einem Begründungstext aus der CDU-Phrasendreschmaschine –

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wachstum, McKinsey, Schuldenbremse, das gelobte Land Bayern, oder auch das TVG wird immer wieder erwähnt –: Darüber müssen Sie schon selber lachen. Das hat schon etwas vorweihnachtlich Komisches.

Der Beschlussteil besteht im Wesentlichen daraus, dass die Landesregierung Geld in irgendetwas pumpen soll, das überhaupt nicht näher definiert worden ist. So geht es nicht. In der Form machen Sie es den regierungstragenden Fraktionen viel zu einfach, einen solchen Vorschlag zu übergehen.

Dabei sind die Ideen im Grunde gut. Sowohl die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED, die sich durch Energieeinsparungen von selbst refinanzieren kann, als auch die Verbindung des Netzausbaus mit dem Ausbau anderer Infrastruktur sowie das Evaluieren neuer Ausbaukonzepte für mobiles und leitungsgebundenes Internet sind ja sinnvoll.

Ein kurzer Einschub sei mir an der Stelle erlaubt, um Missverständnissen vorzubeugen: Der Ausbau mit LTE kann nicht den leitungsgebundenen Breitbandausbau mit Glasfaser auch auf der letzten Meile ersetzen.

(Beifall von den PIRATEN)

Er ist immer nur eine Ergänzung und Erweiterung der Breitbandversorgung, auf die die Menschen in unserem Land ein Grundrecht haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Zu den Fakten der beiden vorliegenden Anträge:

Auf der Mobilfunkmesse „Mobile World Congress“ in Barcelona wurde in diesem Frühjahr erstmals eine

LED-Straßenlaterne durch die Hersteller Philips und Ericsson vorgestellt, welche eine Hülle enthält, in die man einen Mobilfunksender integrieren kann. Die reduzierten Stromkosten der LED-Beleuchtung sollen die Kosten der Umrüstung selbst innerhalb von acht bis zehn Jahren wieder einspielen, sagen die Hersteller. Die ersten Laternen sollen laut Anbietern noch in diesem Jahr in den USA aufgestellt werden. Ein bereits weitflächiger Einsatz in den USA, wie der Antrag der CDU suggeriert, ist eine recht optimistische Beschreibung. Aber sei's drum.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Die stehen da gar nicht!)

Natürlich aber hat die Technologie eine nähere Betrachtung durch das Land NRW verdient. Die Verengung auf das Produkt eines einzelnen Herstellers jedoch in einem politischen Antrag ist allerdings kritisch zu sehen. Und pauschal Geld für ein solches Projekt zur Verfügung zu stellen, damit ist es nicht getan. Das Land betreibt weder selbst Mobilfunknetze noch baut es Straßenlaternen oder unterhält sie. Für ein solches Projekt braucht es Partner. Ein korrekter Antrag würde die Landesregierung auffordern, die Partner für ein solches Projekt mithilfe der Instrumente, die ihr zur Verfügung stehen, zu finden und zusammenzubringen.

Der Wirtschaftsminister hat doch den viel gerühmten runden Tisch eingerichtet. Genau da sitzen doch die Protagonisten eines solchen Projektes beisammen: Hersteller, Netzbetreiber und Kommunen. Die Landesregierung hat einige weitere Stellen eingerichtet, die mit der Aufgabe betraut werden können, ein solches Projekt zusammenzustellen und zu unterstützen. Fordern wir doch genau das ein!

Wir haben uns daher entschlossen, den vorliegenden Entschließungsantrag zu stellen. Wir nehmen die gute Begründung, warum der Ausbau des mobilen Internets so wichtig für unser Land ist, ergänzen sie um die notwendige Recherche und formulieren einen Beschlussteil, der hinreichend konkret ist, so dass er umgesetzt werden kann, der aber auch andere Technologien und Ideen in den Blick nimmt, die für Pilotprojekte geeignet wären. Inhaltlich kann man an unserem Entschließungsantrag dann nichts mehr aussetzen.

„Den Fortschritt verdanken die Menschen den Unzufriedenen“, bemerkte einst Aldous Huxley. Wir alle hier im Haus sind unzufrieden: unzufrieden mit dem gegenwärtigen Zustand des mobilen Internets in Nordrhein-Westfalen. Unzufrieden darüber sind auch die Bürger. Eigentlich sollte das Grundlage genug sein, Einvernehmen über unseren Entschließungsantrag herzustellen, auch über Parteigrenzen hinweg. Also: Springen Sie ausnahmsweise mal über Ihren Schatten und stimmen Sie unserem Entschließungsantrag während der Ausschussberatung zu, weil er einfach vernünftig ist, weil er unserem Land, den Menschen und Unternehmen dient. – Herzlichen Dank und eine schöne Weihnachtszeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ganz herzlichen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Wüst, ganz herzlichen Dank für die Einladung zu Ihnen nach Rhede. Wenn ich richtig informiert bin, haben Sie sogar einen grünen Bürgermeister.

(Hendrik Wüst [CDU]: Aber nicht mehr lange! – Beifall von der CDU)

– Dann unterstützen wir ihn vorher vielleicht noch mal und gucken uns das an. Den roten Teppich brauchen wir nicht, den Kaffee nehmen wir gerne an. Dann sehen wir, ob man auf dem Schloss, auf Habers Mühle oder auf der Kirche Sankt Gudula – in dem eher ländlichen Bereich – vielleicht noch Technik anbringen kann.

Zum Ernst der Sache, die hier mit den beiden Anträgen vorgetragen wird: Ich glaube, dass das Thema „LTE-Cabinets“ – nicht nur vor dem Hintergrund der Frage, ob in den USA schon etwas aufgebaut ist oder nicht –, dass das, was Philips und Ericsson dort auf den Weg gebracht haben, als Innovation hochspannend ist.

Ich will aber auch den Rednern ausdrücklich recht geben, die noch einmal darauf hingewiesen haben, dass wir nicht den Eindruck erwecken dürfen, dass man allein mit Funknetzen den bestehenden Notwendigkeiten würde gerecht werden können. Das gegen den Glasfaserausbau auszuspielen und auf eine kostengünstigere Variante hinzuweisen, wenn man beim Wechsel der Glühbirnen der Straßenlaternen das Richtige tut – diesen Fehler sollten wir alle gemeinsam nicht machen. Denn wir alle wissen: Wenn es um Cloud Computing, eGovernment, eHealth, WebTV usw. geht, wird diese Infrastruktur nicht ausreichen.

Gleichwohl ist klar: Es gibt eine ganze Reihe von guten Initiativen auf der kommunalen Ebene. Wenn wir uns anschauen – wir alle konnten in diesen Tagen lesen –, was in der Landeshauptstadt geplant ist, sehen wir: Das ist ein ganz hervorragendes Signal, wenn es um WLAN in der Stadt geht. Wir können uns auch beispielsweise das Freifunknetzwerk in Paderborn anschauen, wo mittlerweile der größte öffentliche Verbund von Access Points in Nordrhein-Westfalen vorhanden ist. Das alles sind Projekte, die wir in der Tat unterstützen sollten.

Ich will noch einmal hervorheben: Im nächsten Jahr findet die Versteigerung der 700-MHz-Frequenzen statt. Bund und Länder werden sich die erzielte Summe teilen. Wir werden das uns nach Königstei-

ner Schlüssel zustehende Geld in den Breitbandausbau und die Digitalisierung investieren.

Ich bin davon überzeugt, dass es neben den technischen Fragen „Welche Abdeckung bekommt man hin? Welche glasfaserbasierte Infrastruktur brauchen wir, um die Lichtmasten miteinander zu verbinden und um größere Entfernungen zu überbrücken?“ einzig und allein richtig ist, mit den zur Verfügung stehenden Partnern darüber zu reden, an welcher Stelle das zum Einsatz kommen soll.

Herr Schwerd, ich bin sehr dankbar, dass Sie – so ist es in der Debatte von Herrn Vogt schon herausgearbeitet worden – anerkennen, dass der runde Tisch kein sinnloses Gremium darstellt, sondern dass die Akteure genau dort zusammenkommen. Ich habe heute Morgen parallel zu den etwas komplizierten Abstimmungen hier die Einladung für Februar unterschrieben. Dann werden wir den runden Tisch tagen lassen, und wir werden die bereits an anderer Stelle besprochene Studie zum Thema „Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen“ vorstellen. Wir werden das mit Ihnen und den anderen Experten diskutieren. Ich bin ganz sicher: Wir werden auch den Punkt, wo wir solche Pilotprojekte Realität werden lassen können, diskutieren.

Ich bin nicht sicher – das ist der einzige Punkt, den ich in Ihrem Antrag mit einem Fragezeichen versehen will –, ob dann automatisch die finanzielle Förderung durch Landesmittel dafür wirklich erforderlich ist. Wenn sich kommunale und private Partner zur Entwicklung eines solchen Projektes finden, ist es nicht zwingend unsere Aufgabe, mit öffentlichen Landesmitteln in ein solches Projekt einzusteigen.

Die Akteure zusammenzubringen, sie zu motivieren und ihr Bewusstsein dafür zu schärfen, dass dies einer der Bausteine ist, die wir für die Digitalisierung dieses Landes brauchen, halte ich für vernünftig. Dann sollte mit allen darüber gesprochen werden, wo das stattfinden kann. Ob das in Rhede, in Düsseldorf oder an irgendeiner anderen Stelle in Nordrhein-Westfalen stattfindet, müssen wir jeweils den Akteuren überlassen. Das muss sich nicht nur auf einen einzigen Ort beschränken.

Insofern: Dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen, ist ein richtiger und konstruktiver Vorschlag. Über die weiteren Details werden wir sowohl im Ausschuss als auch am „Runden Tisch Breitband“ weiter diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Duin. – Damit kommen wir zur Abstimmung über die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/7473** der CDU. Der **Entschließungsantrag Drucksache 16/7627** der Piraten wird mit überwiesenen. Wer möchte dem zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/7473 und

der Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7627 einstimmig an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Mittelstand, Industrie und Handwerk** – federführend – und den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen**. Dort wird weiter beraten und dann entschieden.

Wir kommen zu:

4 Jungen fit für die Zukunft machen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7493

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Kopp-Herr das Wort.

Regina Kopp-Herr^{*)} (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuschauerinnen und Zuschauer! Die meisten Debatten, die wir in diesem Hohen Hause führen, verlaufen meistens kontrovers. Der Allparteienantrag „Jungen fit für die Zukunft machen“ bildet die berühmte Ausnahme von der Regel. Konkret geht es um den Boys'Day, das männliche Pendant zum Girls'Day, der einen wichtigen Beitrag zur geschlechtersensiblen Berufswahl und Lebensplanung darstellt.

Der Antrag beschreibt sehr gut die Ausgangslage und begründet die Wichtigkeit einer politischen Initiative für den Boys'Day. Daher kann ich mich kurzfassen. Folgendes möchte ich jedoch ganz besonders herausstellen: Jungen gehören überdurchschnittlich oft zu den sogenannten Bildungsverlierern. Das ist kein schöner Ausdruck; ich habe allerdings noch keinen besseren gefunden.

Das können und dürfen wir uns allein schon im Interesse der Jungen hier nicht leisten – ganz abgesehen von beschäftigungspolitischen und wirtschaftlichen Gründen. Das müssen wir durchbrechen. Hier ist der Aktionstag Boys'Day eine gute Möglichkeit, eine vielfältige Berufswelt mit dem Schwerpunkt auf sozialen, erzieherischen und pflegerischen Berufen darzustellen. Boys'Day wie Girls'Day bieten aber auch die Möglichkeit, Stereotypen bei der Berufswahl zu durchbrechen.

Beide Tage sind nicht isoliert zu betrachten, sondern als ein Baustein in den Konzepten in der Berufs- und Studienorientierung an Schulen sowie zur Neugestaltung des Übergangssystems Schule-Beruf „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Das ist also ein ganzheitlicher Ansatz.

Natürlich ist bei der Berufswahl mitentscheidend, die Neigungen, Fähigkeiten, Talente und Interessen

der Jungen herauszufinden und zu fördern. Sie sollen sich ausprobieren dürfen. Dazu bietet der Boys'Day einen prima Ansatz, einen Einblick in soziale, erzieherische und pflegerische Berufe zu bekommen. Beim Blick auf die Homepage des Boys'Days sind sehr ausführliche und genaue Infos zum Zukunftsberuf Erzieher bzw. Pfleger zu finden.

Eine nachhaltige erfolgreiche Berufsfindung stärkt die persönliche Entwicklung junger Menschen – in diesem Fall: die der Jungen bzw. der jungen Männer. Sie wirkt dem Fachkräftemangel entgegen und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Deshalb stellen wir mit dem Antrag folgende Forderungen an die Landesregierung: Praxisphasen, also Berufsfelderkundungen, Betriebspraktika in den Sekundarstufen I und II, Praxiskurse in erzieherischen, pflegerischen und sozialen Berufen vermehrt gegenüber Jungen und jungen Männern zu bewerben, den Aktionstag Boys'Day – Jungen-Zukunftstag – zu einem Wettbewerb um beste Konzepte analog zum Girls'Day weiterzuentwickeln, geschlechterstereotypes Berufswahlverhalten in Unterricht und Berufsberatung zu thematisieren, die hierfür erforderlichen Kenntnisse insbesondere an den Schulen für studien- und berufswahlverantwortliche Lehrkräfte sicherzustellen sowie sich generell dafür einzusetzen, dass soziale, erzieherische und pflegerische Berufe eine höhere Anerkennung erfahren und aufgewertet werden.

In diesem Sinne freue ich mich sehr, dass wir wenige Tage vor Weihnachten mit diesem wichtigen Antrag eine Art vorweihnachtlicher Harmonie ins Plenum bringen. Und bevor ich anfangen, vor lauter Freude jahreszeittypische Lieder zu singen, höre ich auf, nicht ohne Ihnen frohe Weihnachten und ein glückliches 2015 zu wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Kopp-Herr. – Für die CDU-Fraktion hat nun das Wort Herr Kollege Kern.

Walter Kern^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir hier bei diesem wichtigen Thema zu einem gemeinsamen Antrag kommen; die Kollegin hat gerade schon darauf hingewiesen. Es geht eben doch, dass man vernunftbegabt auch mal aufeinander zugeht.

Heute ist ein guter Tag für die Jungen und jungen Männer in Nordrhein-Westfalen, weil alle fünf im Landtag vertretenen Parteien zum Thema „Jungen fit für die Zukunft machen“ an diesem einen Strang ziehen. Das bedeutet, dass wir wirklich konkret etwas verbessern können. Mit diesem Antrag unterstreichen wir, dass Aspekte von Ausbildung und Be-

ruf frühzeitig im Schulleben gerade für Jungen Bedeutung erlangen müssen. Je eher, desto besser!

Damit es nicht zu spät ist, sollten bereits frühzeitig geschlechterbezogene Angebote zur Zukunftsplanung von Jungen und Mädchen angeboten werden. Wir müssen dabei berücksichtigen, dass bestehende Maßnahmen über Fragen der beruflichen Orientierung und Integration hinausgehen müssen und zum Beispiel jugendspezifische Belange und Aspekte von Gesundheit, Kultur, Zuwanderungsgeschichte und Beziehung berücksichtigen. Auch wenn sich der Boys' Day inzwischen etabliert hat, müssen wir gemeinsam schauen, wie die bereits angestoßenen Projekte und Entwicklungen flankiert und nachhaltig begleitet werden können.

Ziel muss es sein, Jungen eine weitergehende Unterstützung und Anerkennung zukommen zu lassen.

Ich frage mich natürlich – das fragen wir uns alle –, welche Ergebnisse der Boys' Day inzwischen produziert hat, ob es inzwischen wissenschaftlich abgesicherte Erfahrungen gibt, welche Bedeutung der Boys' Day für teilnehmende Jungen konkret produziert hat, und ob es gelungen ist, dass die betroffenen Jungen in ihrer Berufswahl vielfältiger angelegt sind. Welche Ansätze der Weiterentwicklung können wir absichern? Was müssen wir verbessern? – Da ist ständige Verbesserung angesagt.

Gerade Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen muss und kann viel dafür tun, Berufsintegration von Jungen zu verbessern. Wir müssen sehr deutlich dafür sorgen, dass Jungen mehr soziale, erzieherische, pflegerische und auch pädagogische Berufe anstreben und realisieren. Darauf zielt der Antrag ab.

Wir müssen diese Berufsfelder attraktiver gestalten. Dazu zählt insbesondere bei den pflegerischen Berufen die angemessene Bezahlung und gesellschaftliche Anerkennung. Da gibt es auch noch einiges zu tun. Und an diesem Paradigmenwechsel müssen wir arbeiten.

(Beifall von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, wir müssen uns auch darüber unterhalten, dass neue Methoden von Bewerbungsverfahren Einzug halten müssen, damit Jungen nicht frühzeitig ausgesiebt werden. Zum Beispiel sollten in der Medizin AC-Verfahren – Assessment-Center – als Lösung angeboten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besondere Jungenförderung hat nichts mit Vernachlässigung von Mädchenförderung zu tun. Hier muss es mit aller Konsequenz weitergehen. Es gibt viele Hürden abzubauen. Jungen müssen nachhaltig gefördert werden, damit die ohne Zweifel bestehende Bildungsbenachteiligung – Sie sprachen darüber – abgebaut wird. Da muss Frau Ministerin Löhrmann vielleicht

noch ein wenig dazulernen. Es fehlen nämlich die männlichen Vorbilder.

Bereits die IGLU-Studie hat 2006 festgestellt, dass Jungen bei gleichen Kompetenzen tendenziell schlechter bewertet werden als Mädchen. Ein Grund mehr, dem heutigen Antrag zuzustimmen!

Beim neuen Übergangsmanagement „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist noch viel zu tun. Seine Tragfähigkeit in der Praxis muss insbesondere in Sachen Jungenförderung noch unter Beweis gestellt werden, damit wir aus Schnittstellen Verbindungsstellen machen. Aber ich denke, darauf werden wir gemeinsam achten.

Gestatten Sie mir eine Abschlussbemerkung: Solange wir gegenüber Jungen nicht deutlich machen, dass hierzulande Familienverantwortung auch im Haushalt zu wenig von Männern übernommen wird, ist Jungenförderung noch nicht komplett. – In diesem Sinne: Schöne Weihnachten!

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kopp-Herr hat die vorweihnachtliche Harmonie bereits angesprochen. Ich finde es auch sehr schön, dass wir uns mit allen fünf Fraktionen auf diesen Antrag verständigen konnten. Es wäre natürlich bei einem so wichtigen Thema auch schön, wenn wir das nächste Mal die Beteiligung erhöhen könnten;

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

denn immerhin sprechen wir über ein Feld, das im Grunde genommen zu den entscheidenden innerhalb der Gesellschaft gehört. Kaum etwas anderes hat eine solch hohe Ordnungsfunktion innerhalb der Gesellschaft wie Geschlechterzugehörigkeit. Dementsprechend ist Geschlechtersensibilität eine entscheidende Schlüsselkompetenz bei der Begleitung von Jugendlichen im Übergang von Schule und Beruf.

Es geht nicht nur darum, Nachteile abzubauen, es geht auch darum, Möglichkeiten zu eröffnen und Potenziale zu heben. Bislang müssen wir leider feststellen, dass das Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen nach wie vor von Stereotypen geprägt ist.

Mädchen suchen immer noch aus einem relativ kleinen Spektrum aus, zum Beispiel Verkäuferin, Kauffrau im Einzelhandel, Bürokauffrau, medizinische Fachangestellte, Zahnmedizinische Fachangestellte.

Gleiches gilt für Jungs, bei denen in der Hitliste Kfz-Mechatroniker weiterhin ganz vorne liegt vor Indust-

riemechaniker, Kaufmann im Einzelhandel, Elektroniker oder Anlagenmechaniker.

Das bedeutet, mehr als die Hälfte der jungen Frauen tritt eine Ausbildung in einem Spektrum von nur zehn Berufen an. Das ist aus meiner Sicht zu wenig. Die Jungs sind da ein bisschen breiter aufgestellt. „Nur“ ein Drittel ergreift einen Beruf aus den Top Ten.

Nichtsdestotrotz gibt es so viele Berufe, aus denen man auswählen kann. Ich glaube, wir alle miteinander hoffen, dass wir es über die Maßnahmen wie beispielsweise den Boys' Day, aber auch den Girls' Day erreichen können, dass Mädchen und Jungs ihr Berufswahlspektrum erweitern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rollenzuschreibungen und Rollenerwartungen bestimmen auch weiterhin das Berufswahlverhalten von Jungen und Mädchen. Klassischerweise gehen Jungen – ich habe es gerade erwähnt – in den gewerblich-technischen Bereich, während Mädchen in den Dienstleistungsbereich gehen.

Herr Kern, ich stimme Ihnen völlig zu, dass gerade die pflegerischen und die sozialen Berufe aufgewertet werden müssen, aber – das möchte ich nur noch einmal unterstreichen; das ist gar kein Gegensatz oder Widerspruch zu Ihnen – nicht nur, um diese Berufsfelder auch attraktiver für Männer zu machen, sondern auch einfach deshalb, weil es diese Berufsfelder verdienen und weil es auch die Frauen, die in diesen Berufsfeldern arbeiten, verdienen, anständig bezahlt zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Denn für Mädchen bedeutet es, in diesen sogenannten Frauenberufsfeldern unterwegs zu sein, oftmals eine schlechte Bezahlung und mangelnde Aufstiegschancen, aber eben auch Jungen sollen hier neue Chancen und Möglichkeiten für sich entdecken. Deshalb gibt es neben dem Girls' Day seit vier Jahren auch den Boys' Day.

Und der Jungen-Zukunftstag wird sich genau mit diesen Berufsfeldern 2015 auseinandersetzen, nämlich mit „Zukunftsberuf Erzieher“, „Zukunftsberuf Pfleger“. Ich denke, das ist ein wichtiger Impuls, um dort den Jungen die Zugänge zu erklären und ihnen Vorbilder zu zeigen. Auf der Homepage vom Jungen-Zukunftstag gibt es sehr schöne Clicks mit Vorbildern, was Erzieher und Pfleger angeht.

Allerdings – das trifft für den Boys' Day genauso zu wie für den Girls' Day – darf das keine Eintagsfliege sein. Es geht nicht darum, einmal kurz irgendwo reinzuschnuppern, ein bisschen was anderes zu machen als normal in der Schule zu sitzen, sondern das muss in ein ganzheitliches Konzept zur geschlechtersensiblen Berufswahlorientierung eingebettet sein.

Unser gemeinsamer Antrag gibt dafür einige Ansätze vor. Es geht darum, in den Praxisphasen in der

Berufswahlorientierung in sozialen und pflegerischen Berufen vermehrt um Jungen und junge Männer zu werben und diese Berufsfelder für sie attraktiver darzustellen. Es geht darum, dass der Boys' Day ein guter Aufhänger ist, aber in den Unterricht eingebettet sein muss. Es muss auch darum gehen, im Unterricht Geschlechterstereotypen zu thematisieren und sie darüber auch ein Stück weit zu dekonstruieren.

Mit dem Projekt Genderkompetent.NRW unterstützt die Landesregierung ein Trägerkonsortium aus unterschiedlichen Organisationen wie FUMA Fachstelle Gender NRW, Handwerkerinnenhaus Köln e. V., FrauenForum e.V. und das Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V. mit dem Ziel, das nicht nur in der Schule zu thematisieren, sondern, was sehr richtig und wichtig ist, auch die Gendersensibilität und die Genderkompetenzen bei Beraterinnen und Beratern in den Arbeitsagenturen zu erhöhen, bei den Kammern und anderen im Prozess Beteiligten.

Wir sind uns doch wohl alle einig – das haben wir auch mit diesem Antrag zum Ausdruck gebracht –, dass geschlechtersensible Berufswahlorientierung und Begleitung von jungen Menschen Kompetenz und Qualität braucht. Ich freue mich sehr, dass wir so kurz vor Weihnachten in diesem Bereich eine so große Harmonie haben herstellen können, nachdem wir uns noch bei der letzten Sitzung über die Frage von Männern und Frauen ein bisschen gestritten haben. Heute ist uns das aber, glaube ich, sehr gut gelungen. – Vielen Dank und frohe Feiertage!

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Paul. – Die FDP-Fraktion wird nun vertreten von Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der vergangenen Plenarwoche hatten wir Gelegenheit, uns schon einmal zu einem ähnlichen Thema auszutauschen. Da konnten wir hören, dass in der Jungen- und Männerpolitik „alles in Butter“ sei. Es wurde darauf hingewiesen, dass mit Blick auf die gesetzliche Gleichstellung doch schon alles ausgefüllt sei, insbesondere im Schulwesen.

Aber „alles in Butter“ ist es definitiv nicht. Das sehen nicht nur die Liberalen so, sondern auch andere Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause und viele Praktiker.

Mit unserer Initiative wollten wir einen Anstoß in die Richtung geben, dass Gleichstellungspolitik nicht dadurch erschöpfend behandelt wird, dass Quotenregelungen festgeschrieben werden, von denen

bundesweit zum Beispiel 170 Frauen in Aufsichtsratspositionen profitieren.

Wir glauben, dass eine Gleichstellungspolitik ganzheitlich und innovativ ausgestaltet sein muss. In der vorweihnachtlichen Zeit sind wir sehr optimistisch, dass wir gemeinsam auf diesem Gebiet sehr viel erreichen können, weil uns in der Zielbeschreibung vieles eint. Das ist zum Beispiel mit dem vorliegenden Antrag gelungen, der auch auf eine Initiative meiner Kollegin Susanne Schneider und der FDP-Fraktion zurückgegangen ist, wo wir eben um eine adäquate Aufwertung des Boys' Day im Vergleich zum sehr erfolgreichen Girls' Day geworben haben.

Mit diesem Antrag insgesamt können wir einen Impuls in der Geschlechterdiskussion und beim Aufbruch der klassischen Rollenbilder setzen. Jungen und junge Männer sollen sich genau wie Mädchen und junge Frauen für Berufsfelder interessieren, die ihren Fähigkeiten und ihren Neigungen entsprechen. Sie sollen aus dem engen Rollenkorsett befreit werden und eine echte und umfassende Wahlmöglichkeit für ihren Traumberuf, ihren Neigungsberuf erhalten.

Für das Durchbrechen dieser verkrusteten Vorstellungen über das Berufswahlverhalten brauchen wir einen langen Atem und Durchhaltevermögen. Ich habe im Jahr 1985 eine Ausbildung als Werkzeugmacherin begonnen, die ich 1988 abgeschlossen habe. Deshalb kann ich durchaus einiges aus eigenem Erleben dazu beitragen, was bis heute für uns noch mit Blick auf das verkrustete Berufswahlverhalten eine Herausforderung darstellt.

Getreu dem Motto „gemeinsam sind wir stark“ setzen wir hier und heute im Landtag von Nordrhein-Westfalen das richtige Signal, dass wir auch Jungen und junge Männer unter anderem für erzieherische, pflegerische und soziale Berufe begeistern und interessieren wollen und ihnen auch den Eindruck vermitteln, dass sie in der Tat diesen Interessen auch nachgehen können, dass das in Ordnung ist, um tatsächlich diese Verkrustungen einmal zu durchbrechen.

Diese Impulse werden nach wie vor dringend gebraucht, denn es ist unbedingt erforderlich, dass die Berufe aus dem Bereich Soziales, Erziehung und Pflege anerkannt und auch aufgewertet werden, auch bei den Männern.

Wenn wir es künftig schaffen, mehr männliche Erzieher in den Kindertageseinrichtungen antreffen zu können, hätten wir die Weichen gestellt, dass wir für ein verändertes gesellschaftliches Miteinander wichtige Schritte gehen können. Wir wissen doch, dass nach wie vor viele Kinder von alleinerziehenden Müttern vielfach erst in der weiterführenden Schule Kontakt zu männlichen Personen bekommen, die eine Vorbildfunktion haben und prägend für eine Berufsneigung sein können. Das ist aus unserer

Sicht – ich glaube, aus unser aller Sicht – definitiv zu spät.

Meine Damen und Herren, unser gemeinsamer Antrag wird Bewegung auf dem Weg zu einer chancengerechten Gleichstellungspolitik bringen. Davon bin ich überzeugt.

Ich möchte mich stellvertretend für meine leider erkrankte Kollegin Susanne Schneider an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Fraktionen und den Mitarbeitern für eine sehr konstruktive Zusammenarbeit bei der Erarbeitung dieses gemeinsamen Antrages und dieses gemeinsamen Impulses bedanken. Ich bin davon überzeugt, dass sich das Ergebnis sehen lassen kann, und wünsche Ihnen allen frohe Weihnachtstage und für das nächste Jahr uns allen gemeinsam viel erfolgreiches Gestalten. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Kollege Olejak.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Marc Olejak (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Mädchen und in diesem Falle liebe Jungs! Schönen Gruß an die Tribüne; ich bin sehr erfreut, hier eine hauptsächlich maskuline Schulklasse zu sehen. – Es wurde bereits von allen alles gesagt, definitiv alles gelobt. Großartig!

Im Bereich der Pflege ist es definitiv sehr problematisch, die alten Klischees, die alten Muster, die wir alle in den Köpfen haben, zu durchbrechen. Wir hatten gerade hier die Werkzeugmacherin aus den 80ern. Ich selber habe in den 90ern meinen Zivildienst im Bereich der Pflege, in der Kinderbetreuung, absolviert. Meine Frau ist eine Goldschmiedin, also im Handwerk. Die Durchbrechung der Muster tut der Gesellschaft insgesamt sehr gut. Ich kann allen nur empfehlen, nachzuschauen.

Wir haben keinen Zivildienst mehr. Wir haben das Freiwillige Soziale Jahr. Auch da kann ich allen nur empfehlen, in diese Bereiche hineinzugehen. Überlegt, wie ihr euch zukünftig entscheiden möchtet, wie ihr eure Familie ausgestalten möchtet, wie offen ihr das machen wollt. Der Boys' Day und der Girls' Day sind weitere Werkzeuge. Es sind Möglichkeiten, wie wir für die Jugendlichen die Zukunft besser gestalten können.

Wir werden den bisher halben Antrag der FDP im kommenden Jahr vielleicht noch weiter vernünftig befüllen können. Von daher bleibt mir nur zu sagen: Ich wünsche allen faule Tage, egal welcher Gesinnung Sie folgen, und verabschiede mich hiermit vom Plenum. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Olejak. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Kutschaty in Vertretung für Herrn Minister Schneider.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Landesregierung begrüßt es ausdrücklich, dass in diesem Hause zu diesem wichtigen Thema ein partei- und fraktionsübergreifender Konsens herrscht. Es ist ein wichtiges Thema, auch aus Sicht der Landesregierung.

Es ist ganz entscheidend, dass jedes Mädchen, jede junge Frau und jeder Junge, jeder junge Mann die Chance hat, sich begründet für den einen oder anderen Berufsweg zu entscheiden. Dazu gibt es eine ganze Menge Hilfestellungen, die man diesen jungen Menschen mit an die Hand geben kann, beispielsweise die Berücksichtigung und das Werben für Praxisphasen in den Bereichen Erziehung, Pflege und Soziales. Aber auch im Unterricht und bei der Berufsberatung muss und sollte das Berufswahlverhalten der Jugendlichen thematisiert werden. Die Lehrkräfte in unserem Lande können entsprechende Fortbildungsangebote im Rahmen des Projektes „GenderKompetent.NRW“ wahrnehmen und die dort erworbenen Kenntnisse sinnvoll nutzen.

Selbstverständlich gehören auch solche Praxistage wie Girls' Day oder Boys' Day dazu, einen Einblick in Berufe zu gewinnen, an die man vielleicht vorher noch nicht gedacht hat. Sie wissen, dass ich nicht der zuständige Fachminister in diesem Bereich bin, aber meine Fachkompetenz liegt in meiner Familie. Lassen Sie mich kurz von der Aktion Boys' Day in meiner Familie berichten.

Wir haben drei Kinder, davon zwei Jungs. Vor zwei bzw. drei Jahren stand damals der Boys' Day auf der Tagesordnung. Dieser Boys' Day sorgte zunächst unter den Jungs in der Klasse für große Aufregung und Irritationen: Was mache ich denn da? Wo gehe ich da hin? Aber ich kann Ihnen berichten: Alle Jungs – das war in der Klasse übergreifend – haben aus dem Boys' Day – meine Kinder waren in einer Kindertagesstätte bzw. in einer Senioreneinrichtung – sehr positive Erfahrungen mitgenommen und gesagt: An diese Berufsfelder habe ich vorher noch nicht gedacht. Es könnte durchaus etwas sein, dem weiter nachzugehen.

Ich finde, meine Damen und Herren, das ist genau der richtige Ansatz, den jungen Menschen über die klassischen Berufsrollen und -bilder hinaus Anreize zu geben. Ich bin sehr dankbar, dass das hier einvernehmlich gestützt wird.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Punkt erwähnen. Soziale, erzieherische und pflegerische

Berufe verdienen unsere allseitige Anerkennung und Aufwertung, aber nicht deshalb, weil sich neuerdings Jungs dafür begeistern sollen.

(Allgemeiner Beifall)

Das ist etwas, was generell gültig sein muss, weil in diesen Bereichen, egal ob von Frauen oder Männern, schwerste und wichtige Arbeit gemacht wird, die in dieser Gesellschaft hoch wertgeschätzt werden muss.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne freue ich mich über diesen großen Konsens. Ich bitte allseits um Zustimmung. Natürlich wünsche auch ich Ihnen fröhliche Weihnachten.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty, insbesondere für Ihre sehr persönliche Rede. Ich glaube, das darf ich im Namen des Hohen Hauses so feststellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Alle im Landtag vertretenen Fraktionen haben die direkte Abstimmung über diesen Antrag beantragt. Dazu kommen wir jetzt. Möchte jemand gegen den Inhalt des Antrags Drucksache 16/7493 stimmen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass wir einstimmig den **Antrag Drucksache 16/7493 beschlossen** haben. Ich bedanke mich ganz herzlich und wünsche weiter guten Umgang mit den Inhalten des Antrags.

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – BauGB-AG NRW

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6131 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7642

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr
Drucksache 16/7561

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Philipp von der SPD-Fraktion das Wort.

Sarah Philipp^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Aussetzung der Sieben-Jahres-Frist bei ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden ist und bleibt hier in diesem Hohen Hause ein politischer Dauerbrenner. CDU und FDP fordern hier heute die endgültige Aussetzung dieser Frist.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Darf ich erst einmal anfangen? – Danke schön.

Grundsätzlich sehen wir zurzeit auch keine Notwendigkeit für diese Sieben-Jahres-Frist. Gleichwohl ist es aus unserer Sicht trotzdem wichtig, dass wir eventuelle Folgen dieser Aussetzung nicht aus den Augen verlieren. Wir möchten deswegen, dass die Landesregierung nach vier Jahren die Auswirkungen auf den ländlichen Raum genau evaluiert und diese Folgen darstellt. Daher können wir heute diesem CDU/FDP-Gesetzentwurf so nicht zustimmen und werben in dieser Debatte heute für unseren Änderungsantrag.

Um es ganz klar zu sagen: Unsere Entscheidung, die wir in dem Änderungsantrag vorschlagen, tut niemandem weh, und in der Praxis wird erst einmal alles so weiterlaufen wie bisher.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Für eine seriöse Politik gilt es, alle Umstände und Wirkungen abzuwägen und nicht hinterher andere eventuell auf den Folgen einer Entscheidung sitzen zu lassen.

(Beifall von der SPD)

Wir betrachten auch in diesem Änderungsantrag das Allgemeinwohl.

(Josef Hovenjürgen [CDU] spricht mit einem anderen Abgeordneten.)

– Ich rede gerade hier vorne, kann aber gerne weitermachen. – Wir betrachten das Allgemeinwohl und lassen uns nicht für klientelpolitische Interessen vor den Karren spannen. Da hilft die Empörung jetzt auch nicht weiter. Sie haben sich im Ausschuss schon ausgiebig dazu ausgelassen. Aber, wie gesagt, es tut heute keinem weh, und in der Praxis ist das auf jeden Fall zu tragen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine Fraktion besinnt sich lieber auf eine differenzierte Auseinandersetzung und beleuchtet dann eben auch die verschiedenen Perspektiven, die mit dieser Aussetzung der Frist zu tun haben. Ich gestehe Ihnen gerne zu: Wir liegen da in der Sache gar nicht so weit auseinander; aber hier ist eben Sorgfalt vor Eile geboten.

(Beifall von der SPD)

Von der Tendenz her waren die Meinungen in der Anhörung eindeutig. Wenn die nicht mehr benötig-

ten, ursprünglich landwirtschaftlich genutzten Gebäude umgewandelt werden können – sei es in Wohnungen, Gewerbe- oder verschiedene andere Dienstleistungsnutzungen –, stehen sie nicht leer und verkommen somit nicht zu Bauruinen. So weit, so gut. Insofern sind wir uns in der Frage erst einmal einig.

Dennoch sind auch in der Anhörung und im Ausschuss einige Aspekte offen geblieben, die unseres Erachtens langfristig beobachtet werden müssen und die wir daher nach einem Zeitraum von vier Jahren noch einmal evaluiert haben möchten.

Der erste Punkt betrifft die Fragen, die auch von Prof. Dr. Kötter vom Institut für Geodäsie und Geoinformation der Uni Bonn angestoßen wurden: Inwiefern müsste mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zum Beispiel im ländlichen Raum gerechnet werden? Was passiert, wenn dort plötzlich anstatt zwei vier Wohneinheiten entstehen? Wie viele Pkw pro Kopf müssen dann kalkuliert werden?

Zweitens ging es um die offene Frage der Einbindung des öffentlichen Personennahverkehrs in diesen Außenbereichen. Das konnte auch nicht abschließend erklärt werden. Wir haben uns mit der Frage auseinandergesetzt, was dies in Bezug auf den demografischen Wandel für Familien mit Kindern und Jugendlichen bedeutet. Also, was passiert dort in diesem Bereich? Es gibt – auch das ist in der Anhörung deutlich geworden – keine klaren Regelungen für die Standards von Versorgung und Entsorgung.

Zu guter Letzt konnte ebenfalls nicht geklärt werden, wie Kommunen fortan mit den Hofstellen im Außenbereich katastermäßig umgehen sollen, wie das Ganze erfasst werden soll.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wer schreibt Ihnen so etwas auf?)

– Das ist in der Anhörung alles genannt worden. Sie können das im Protokoll nachlesen. – In Anbetracht all dieser Aspekte steht für uns heute fest, dass der von uns ins Plenum eingebrachte Vorschlag vollkommen ausreicht. Wir wollen hier heute keinen Persilschein ausstellen, wie es mit dem Gesetzentwurf passieren würde, sondern wir wollen eine solide Lösung, die dann vor allem auch rechtssicher ist.

Die Aussetzung der Sieben-Jahres-Frist muss aus unserer Sicht nach vier Jahren noch einmal ausgewertet werden, um rechtzeitig auf unabsehbare und ungewollte Konsequenzen eventuell reagieren zu können. Das hat etwas mit Gründlichkeit und auch mit langfristiger Umsicht zu tun.

Deswegen können wir heute Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen, können diesen nicht unterstützen. Am Ende werbe ich noch einmal für unseren gerade eingebrachten Änderungsantrag. – Recht herzlichen Dank für die teilweise geteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Philipp. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Frau Philipp hat nach halbjähriger Beratung immer noch nicht erkannt, dass die Regelungen für Versorgung und Entsorgung bei ungenutzten Gebäuden die gleichen sind wie bei allen anderen Gebäuden,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

dass es überhaupt keinen Unterschied gibt, ob die Gebäude fünf oder sieben Jahre oder wie lange auch immer nicht genutzt waren. Dass sie das alles evaluieren will, zeigt doch, dass sie gar nicht im Stoff steht.

Ich kann es auch andersrum sagen: Wir haben die Diskussion darüber seit 1999 geführt. 2004 geschah das ganz extrem. Auch 2009 wurde darüber diskutiert. Da haben wir alles abgehandelt, was es abzuhandeln gibt. Im Übrigen ist die Umnutzung an sieben Regeln angebunden, die im Baugesetzbuch beschrieben sind. Dabei geht es um all das, was abgecheckt werden muss.

Hier wird ja so getan, als wenn wir neues Recht schaffen wollten. Nein, wir wollen kein neues Recht schaffen, sondern nur denen helfen, die das Problem haben, umzunutzende Gebäude zu besitzen. Damit beschäftigen wir uns.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Machen wir auch!)

– Ja, wenn Sie auch dazu kommen, will ich doch noch einmal sagen: Sie unterscheiden nicht einmal bei den Fragen: Was ist planungsrechtlich ein Landwirt? Was ist sozialversicherungspflichtig ein Landwirt? Was ist steuerrechtlich ein Landwirt? Was sagt uns das in Bezug auf die Frage der Siebenjahresfrist? Das alles wird doch von Ihnen negiert; und dann kommen Sie hier an und erklären uns, was Sie alles noch evaluieren müssen.

Ich mache Ihnen einmal einen Vorschlag: Rufen Sie beispielsweise in Baden-Württemberg an. Da regiert Rot-Grün, nein – Entschuldigung –, Grün-Rot, damit Sie es präzise wissen. Da ist die Frist dauerhaft ausgesetzt.

(Beifall von der CDU)

Sie können auch in Bayern anrufen. Das mögen Sie nicht so besonders, aber auch da ist die Frist dauerhaft ausgesetzt.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Wenn Sie die Parallele zu Nordrhein-Westfalen haben wollen, nehmen Sie Niedersachsen! In Niedersachsen unter Rot-Grün ist die Sieben-Jahres-Frist auch dauerhaft ausgesetzt. Nur in Nordrhein-Westfalen muss das alles anders laufen.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Gehen wir doch mal in die Historie unseres Antrags! Wir haben ihn im Juni eingebracht. Sie hatten Zeit genug, darüber zu beraten. Ich hätte Ihnen im Übrigen empfohlen, die Vorlage 16/2031 dieser Landesregierung Ende Juni zu lesen. Ich zitiere die Landesregierung – das sind quasi die Worte von Minister Groschek –:

„Die Regelung soll verlängert werden. Es wird eine rechtzeitige Entfristung angestrebt.“

(Zuruf von der SPD: Sie kommt ja! – Zuruf: Wann war das?)

– Das war in diesem Sommer, Ende Juni 2014. Sie hatten Zeit genug. Die erste Lesung war auch nicht von tiefgreifenden Erkenntnissen bei Rot und Grün geprägt. In der Anhörung – ich sage es ganz schlicht – sind Sie von den Gutachtern ein bisschen klug gemacht worden. Im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ war dann zu lesen: Alle hatten offensichtlich erkannt, dass die Frist keinen Sinn mehr macht. Das äußerte Bauerntochter Annette Watermann-Krass. Ich glaube, die ist nicht bei uns, sondern woanders politisch zu Hause.

(Minister Michael Groschek: Bauernschlau!)

Dann kommt das große Chaos am 11. Dezember im Ausschuss. Rot-Grün lehnt unseren Gesetzentwurf nur aus parteipolitischen Gründen ab, lässt die Landwirtschaft im Stich,

(Beifall von der CDU und der FDP)

ist nicht bereit, sich einmal wirtschaftsfreundlich zu zeigen,

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Investitionen in Wohnen und Gewerbe voranzubringen, und lässt natürlich auch den Bauminister im Stich. Denn der Bauminister hatte vorher diese andere Vorgabe gemacht.

(Zuruf von der SPD: Der arme Kerl!)

Abschließend: Wir haben eine sehr gute Regelung gemacht, und das Verschlimmbessern, was Sie jetzt machen, hilft uns nicht weiter. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Entscheidend ist, was hinten rauskommt!)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Schemmer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss gestehen, dass ich die Aufregung

bei den Kollegen der CDU nicht ganz nachvollziehen kann. Die Dinge entwickeln sich doch in Ihrem Sinne.

Sie wollten, dass die Siebenjahresfrist ausgesetzt wird. Es liegt Ihnen ein rot-grüner Änderungsantrag zu Ihrem Gesetz vor, der, wie ich finde, eine kluge Linie vorschlägt. Denn es wurden auch Bedenken geäußert, dass man bei einer kompletten Abschaffung der Sieben-Jahres-Frist jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzen kann, welche Folgen das für die räumliche Entwicklung in ländlichen Räumen hat.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Schneckenburger, Entschuldigung. Herr Kollege Hovenjürgen möchte Ihnen jetzt schon eine Zwischenfrage stellen. – Es ist Ihre Entscheidung.

Daniela Schneckenburger^{*)} (GRÜNE): Wir können vielleicht noch warten, bis ich am Ende meines Beitrags bin. Dann würde ich die Frage des Kollegen Hovenjürgen gerne zulassen. Zunächst darf ich zumindest ein paar Sätze sagen, bevor Kollege Hovenjürgen sich äußert.

Der Antrag schlägt eine kluge Linie vor. Denn man muss sich doch klarmachen: Wir haben als Flächenland Nordrhein-Westfalen ein gemeinsames Interesse daran, Innenentwicklung vor Außenentwicklung zu stärken – auch weil wir in Nordrhein-Westfalen Kommunen mit schwerwiegenden finanziellen Problemen haben. Schon allein deswegen macht es Sinn, darauf zu gucken, welche Infrastrukturaufgaben Kommunen angesichts des demografischen Wandels künftig noch bewältigen müssen. Welche Dimension hat der demografische Wandel insgesamt? Und wie können sich Kommunen angesichts des Schrumpfens ihrer eigenen Bevölkerung mit ihren Infrastrukturaufgaben künftig auseinandersetzen?

Daher schlagen wir Ihnen zweierlei vor: Wir schlagen Ihnen nicht nur vor, jetzt wiederum bis 2018 auszusetzen. Eigentlich müssten Sie jetzt Hurra rufen. Dass Sie es nicht tun, verstehe ich nicht. Es ist ein Sachverhalt, den man relativ schnell überblicken kann,

(Zuruf von der SPD: Nicht alle!)

sodass ich die Klage, man habe ihn nicht genügend prüfen können, nicht verstehe. Gleichzeitig schlagen wir Ihnen vor, sorgfältig zu evaluieren.

Jetzt Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen^{*)} (CDU): Herzlichen Dank, Frau Schneckenburger, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ist es für Sie nicht nachvollziehbar – Sie haben ja auch an der Ausschusssitzung teilgenommen und müssten die Begründung der Sozialdemokraten, aber auch Ihre eigene zur Ablehnung unseres

Gesetzesentwurfs noch in Erinnerung haben –, dass es im parlamentarischen Umgang relativ ungewöhnlich ist, eine Stunde vor dieser Debatte mit dem Änderungsantrag daherzukommen und zumindest halbwegs zu akzeptieren, die Frist letztendlich auszusetzen, obwohl Sie vorher im Ausschuss den Gesetzesentwurf abgelehnt haben, nicht zu einem geordneten Verfahren und nicht zu einer fairen parlamentarischen Debatte zu kommen,

(Beifall von Nicolaus Kern [PIRATEN])

sondern sich jetzt nur für einen halbherzigen Schritt zu entscheiden? Dass das bei denen, die den Antrag gestellt haben, auf Unverständnis stoßen muss, müsste auch für Sie nachvollziehbar sein.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Hovenjürgen, Kurzinterventionen sind Kurzinterventionen, und Fragen

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das war alles ein Fragekomplex!)

mit 20 Kommata im Satz sind schwierig zu verstehen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aber sie hat es schon verstanden!)

Daniela Schneckenburger^{*)} (GRÜNE): Ich habe Sie verstanden, Herr Hovenjürgen. – Vielleicht kann man zwei Dinge auseinanderhalten:

In der Sache sind wir relativ dicht beieinander. Der CDU-Wunsch nach einer kompletten Abschaffung wird jetzt nicht erfüllt, sondern wir sagen: Lasst uns einen anderen, differenzierteren Weg gehen, der auch in der Abwägung der Rückmeldungen zu § 35 Baugesetzbuch, wie ich finde, eine richtige Linie vorschlägt. Sie müssten eigentlich sagen: Okay, da sind wir sehr dicht beieinander. Das ist gut so. Wir freuen uns als CDU.

Was das Verfahren anbelangt, glaube ich, dass Parlamentarier, die hauptberuflich tätig sind, durchaus in der Lage sind, die Änderungsanträge, die uns auch ansonsten in dieser Plenarsitzung auf den Tisch gekommen sind, rechtzeitig zu überblicken, insbesondere wenn sie einen Sachverhalt betreffen, den man intensiv miteinander diskutiert hat.

Wir haben uns darum bemüht, Herr Hovenjürgen, einen rechtssicheren Änderungsantrag einzubringen zu einem Gesetzesentwurf der CDU, und haben das sehr sorgfältig und genau geprüft, weil wir nicht in eine Situation kommen wollten, im Verfahren jetzt noch Schwierigkeiten zu haben, denn die Frist läuft bekanntlich aus. Ich finde, dagegen kann man auch nichts haben, dass man rechtssicher miteinander prüft. Insofern verstehe ich die Klagen nicht.

Ich habe den Eindruck, die CDU hoffte, mit ihrem eigenen Gesetzesantrag auf Zustimmung zu stoßen. Das kann ich natürlich immer verstehen, wenn

es eine gewisse Enttäuschung darüber gibt, dass die inhaltlichen Argumente nicht tragen. Aber ich meine, das muss man dann auch miteinander aushalten können, dass das so ist.

Im Übrigen: Sie haben auch Ihre eigenen Widersprüche. Sie wollten mal keine Berichtspflicht. Jedenfalls Ihr damaliger Bauminister wollte keine Berichtspflicht. Jetzt haben Sie die doch ins Gesetz hineingeschrieben. Sei's drum! Das war 2009 noch alles anders. Aber ich finde, man kann ja miteinander lernen. Insofern kommt man auch als Parlament gemeinsam weiter.

Wir schlagen Ihnen jedenfalls diese Änderung vor. Sie ist in der Sache begründet. Wir wollen auch die Evaluation. Ich meine, das ist wichtig, sich noch einmal miteinander den Prozess anzugucken, was sich da eigentlich in den vergangenen Jahren getan hat. Vielleicht kommt man am Ende dann wirklich zu einer einvernehmlichen Lösung.

Aber was spricht eigentlich dagegen, sich sachlich und fachlich gemeinsam da auch noch miteinander zu verständigen? Das kann im Ergebnis doch nur hilfreich sein. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ist die Siebenjahresfrist ein entscheidendes Problem? Im ländlichen Raum: teilweise ja. Das muss man einfach deutlich sagen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, der Antrag von CDU und FDP zielt darauf, nachweisbar nicht mehr benötigte Vorschriften und Gängelungen abzuschaffen und nicht neue Hürden aufzubauen.

Selten habe ich hier in diesem Haus eine Anhörung erlebt, die so klar gesagt hat: Das brauchen wir nicht, weg!

Herr Kollege Schemmer, wenn Sie die Kollegin Philipp angreifen, muss ich mich dagegen verwehren, und zwar nicht nur weil wir einen ähnlichen Studiengang absolviert haben, sondern wir sind auch Nachbarn. Wir wohnen ungefähr einen Kilometer auseinander. Ich komme aus der Landwirtschaft selbst, Engelbrechtsche Wildnis bei Glückstadt. Da gibt es eine goldene Regel: Über Nachbarn redet man nicht schlecht. Da steht man zusammen. – Das muss ich hier auch sagen. Im Rheinland ist das ja auch bekannt. Da nennt sich diese Verfahrensweise bis zum Exzess dann „Kölscher Klüngel“, auch hochwirksam. Aber über Nachbarn redet man nicht schlecht.

Aber, Frau Kollegin, Sie sagen, jetzt muss dringend noch geklärt werden, bei wieviel Pkw pro Kopf in Einzelfällen eine zusätzliche Straßenbelastung entsteht. Ich mache es kurz: Straßen sind zum Benutzen und Befahren da und grundsätzlich nicht als Flechtenrückzugsräume definiert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das muss man hier einmal deutlich sagen.

Sie sprechen die Regelungen zur Versorgung und Entsorgung an. Kollege Schemmer hat das dargestellt. Das sind doch alles vorgeschobene Gründe.

Tatsächlich ist die Sache so: Auch Sie haben das weitestgehend erkannt. Das ist eine Regelung, die überflüssig ist. Leider hat es einen CDU/FDP-Antrag gegeben, der das aufgreift, dem Sie inhaltlich zustimmen möchten, aber er kommt von der falschen Farbe.

Ich habe ja zum Glück noch Leute wie Friedhelm Farthmann und Klaus Matthiesen miterlebt. Die hätten als Fraktionsvorsitzende gesagt: Leute, richtig ist, was richtig ist, unabhängig von der Farbe!

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Da sind wir zu spät gekommen. Das müssen wir machen.

Vor diesen Fraktionsvorsitzenden habe ich eine Menge Respekt gehabt, weil sie deutlich machten, dass es um die Sache ging, und nicht solche politischen Spielchen veranstaltet haben wie Sie, Herr Breuer, im Ausschuss. Das war des Parlamentarismus unwürdig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zum Endergebnis und zur Siegerehrung: Wir wollen weniger Bürokratie. Wir wollen eine klare Linie haben. Wir lehnen den Änderungsantrag ab ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): ... und stimmen dem dann so geänderten Gesamtantrag der Sache wegen zu.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Es ist ein unwürdiges parlamentarisches Verhalten, das hier gezeigt wird.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Ellerbrock! Herr Kollege Mostofizadeh würde Ihnen gerne noch eine Zwischenfrage stellen.

Holger Ellerbrock (FDP): Darüber freue ich mich aber.

Präsidentin Carina Gödecke: Das dachte ich mir.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Kollege Ellerbrock, danke dafür, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Würden Sie mir zustimmen, dass sich die Herren, die Sie vorhin angesprochen haben, Farthmann und Matthiesen, wenn ich mich richtig erinnere, gegen ihre Inanspruchnahme nicht mehr wehren können?

Holger Ellerbrock (FDP): Sie würden dem sachlich zustimmen. Mit Herrn Matthiesen kann ich logischerweise nicht mehr sprechen. Aber der Kollege Farthmann ist im Bereich des Jagdwesens eine ausgesprochen integre und anerkannte Figur.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, gleichwohl: Am Ende wünsche ich Ihnen nicht frohe Weihnachten, sondern ich wünsche Ihnen gerade unter Bezug auf diesen Fall die Fähigkeit, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden.

(Beifall von der CDU)

Das wünsche ich Ihnen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf den Tribünen! Ich hoffe, Sie haben mittlerweile gemerkt, worum es hier eigentlich geht. Wir haben landwirtschaftliche Betriebe, die sich nicht in sogenannten integrierten Lagen befinden. Das heißt, sie befinden sich irgendwo etwas weiter außerhalb. Wenn die dann irgendwann mal stillgelegt werden, dann stellt sich die Frage, was mit den Gebäuden passiert. Innerhalb von sieben Jahren kann man diese Gebäude umnutzen, es sei denn, man setzt diese Sieben-Jahres-Frist aus.

Wir haben jetzt eine befristete Aussetzung dieser Siebenjahresregel. Das heißt, wir haben nicht eine befristete Regelung. Ich bin immer für Befristungen. Befristungen sind erst einmal gut. Wir haben hier aber eine befristete Aussetzung der Regelung. Das heißt, eigentlich macht diese Sonderregelung am Ende alles einfacher.

(Christof Rasche [FDP]: Die Leute sollen es doch verstehen! – Heiterkeit)

– Ich habe es schlimmer gemacht, oder?

Bei der ersten Lesung – das hat Herr Schemmer gerade gesagt – fehlten noch die tiefgreifenden Erkenntnisse. Ich gebe zu, auch bei mir. Ich habe hier gesagt, ich weiß noch nicht, wovon wir eigentlich genau reden. Wir haben in der Vorbereitungszeit auch von den entsprechenden Stellen gar nicht gesagt bekommen können, wie viele Leute das denn betrifft. Ist das am Ende vielleicht einer in sieben Jahren, den das betrifft? Das ist nicht ganz der Fall. Wie ist das denn mit den integrierten Lagen und Innen- vor Außenentwicklung? Müssen wir uns da Sorgen machen?

Im Endeffekt kann ich sagen: Wir hatten eine Anhörung und hatten etwas mehr Zeit, uns mit Verbänden und anderen Leuten darüber zu unterhalten. Wir haben uns das Ganze genau angeschaut. Obwohl wir noch nicht so lange dabei sind und die unendliche Geschichte gar nicht so mitbekommen haben – das war ja in den letzten Legislaturperioden schon Thema –, haben wir es geschafft, uns dazu eine eindeutige Meinung zu bilden. Vor allem nach der Anhörung können wir sagen: Ja, es macht Sinn, diese Frist dauerhaft auszusetzen, so wie es FDP und CDU vorgeschlagen haben.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Ja, auch mir liegt die Einbindung vom ÖPNV dort am Herzen, wo gebaut wird und es noch keinen ÖPNV gibt. Das betrifft übrigens auch integrierte Lagen. Es handelt sich hier aber um einzelne Gebäude. Ich gehe nicht davon aus, dass da plötzlich in einer Scheune ein Media-Markt untergebracht wird. Das ist alles nicht der Fall.

Jetzt haben wir die Aussage von Rot-Grün, zumindest von Frau Philipp, es tue ja niemandem weh, man erkenne auch die Notwendigkeit der Aussetzung der Frist. Dann aber müsste man eigentlich auch dem Gesetzentwurf von FDP und CDU zustimmen.

Jetzt könnte man sagen: Es gibt einen guten Kompromiss – Frau Schneckenberger hat es „kluge Linie“ genannt –, weil man politisch nicht übereinkommt: Wir setzen den Gesetzentwurf noch einmal aus bis 2019; dann können wir uns im Jahre 2018 noch einmal darüber unterhalten. – Das ist zwar von meiner Seite aus nicht unbedingt notwendig, das kann man aber tun.

Leider liegt dahinter kein wirklich würdiges Verfahren. Hätte man den Änderungsantrag frühzeitig vorgelegt, so wäre das, denke ich, kein Problem gewesen. Der Änderungsantrag ist so beschaffen, dass ich ihn sofort nach der Anhörung hätte verfassen können. Wir hätten ihn auch gerne noch im Ausschuss besprechen können. Dann hätten wir sagen können: Okay, aus Kompromissgründen – alles klar, kein Problem. Vielleicht können wir uns verständigen, wir ändern das so und stimmen gemeinsam über den Antrag positiv ab. Das wäre schön gewesen.

Gut, jetzt haben wir alles auf den letzten Metern. Mark Twain würde sagen: Gäbe es die letzte Minute nicht, dann würde niemals etwas fertig werden. – Jetzt haben wir auf den letzten Metern einen Änderungsantrag. Ich würde eigentlich empfehlen, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen, weil grundsätzlich die komplette Aussetzung, die langfristige Aussetzung besser ist.

Andererseits könnte es sein, dass es der Sache auch dient, wenn der Änderungsantrag angenommen würde. Wir hätten dann ein so geändertes Gesetz. In der Sache würde es auch weiterhelfen, wenn wir dieses Gesetz geändert annehmen und dann 2018 wieder darüber sprechen würden. Egal ob das Gesetz geändert wird oder nicht, empfehle ich, dem zuzustimmen. Ich finde, das wäre auch ein weihnachtliches Ergebnis. Wir hätten etwas am letzten Tag vorzuweisen, was wir hier im Plenum verabschiedet haben. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und Josef Hovenjürgen [CDU])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Schemmer, zu Ihrem letzten Sprecherauftritt: So bärbeißig zu sein, ist nicht vorweihnachtlich. Deshalb kommt Ihnen die Schutzengelfunktion mit Unschuldsmiene, die Sie mir angeboten haben, doch nicht richtig zu. Mir fällt vieles zu Ihnen ein, auch positiv Tugendhaftes. Aber das Unschuldslamm passt überhaupt nicht zu Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Jetzt zu Herrn Farthmann: Ich glaube, bei Herrn Farthmann muss man deutlich nachfragen, ob denn seine juristische, private und jagdliche Nähe zur Familie Underberg zu einem ganz bestimmten Konsumverhalten führt, denn inzwischen jagt er seine eigenen politischen Positionen. Das, was er heute zur Steinkohle sagt, ist jedenfalls diametral das Gegenteil dessen, was er hier am Pult zur Steinkohle gesagt hat.

(Beifall von der SPD)

Deshalb frage ich mich, ob dieser Jagdinstinkt – der politische, meine ich – nicht verlorengegangen ist.

Jetzt zu unserem wunderbaren Gesetzentwurf. Zunächst: der Freiraum. Freiraum ist zu schützen – das war 1960 die gemeinsame Überzeugung, als das Bundesbaugesetz auf den Weg gebracht wurde. Heute haben wir über viele lobbyistische Einflussnahmen aus dem Bundesbaugesetz eine Privilegierungsbibel gemacht,

(Erhebliche Unruhe – Glocke)

weil § 35 für alles und jedes Ausnahmegenehmigungen zugesteht.

Das heißt, wir müssen uns hüten, willfährig weitere Ausnahmegenehmigungen zu liefern, obwohl wir aus gutem Grund bei einigen auch als Land mitgewirkt haben: beispielsweise bei der sehr sinnigen Nutzung von Windenergie im Außenbereich, beispielsweise aktuell mitgewirkt haben bei der ebenfalls sehr sinnigen vorübergehenden Errichtungsoption für Flüchtlingsunterkünfte. Sie sehen, es gibt Tatbestände, die Ausnahmestände rechtfertigen. Es gibt aber auch viele, die sehr vorgeschoben in Wirklichkeit nur individuell wirtschaftliche Interessen bemänteln.

Jetzt zur Sieben-Jahres-Frist bei den landwirtschaftlichen Gebäuden: In der Tat war das Anhörungsergebnis eindeutig. Die Universität Münster war einerseits – andererseits; aber das war 9,5 zu 0,5 und bedeutete damit eine klare Positionierung. Deshalb ist es auch gut, dass im Grunde gleich eine Aussetzung – wenn auch offensichtlich eine zeitlich befristete – beschlossen wird und so durch Gründlichkeit eine Evaluierungsoption ermöglicht wird.

Diese Evaluierung sollten wir dann auch nutzen. Wir wissen aus der Anhörung und aus eigenen Erkenntnissen, dass keine große Entsiegelungsoption besteht. Wir wissen auch, dass allenfalls noch eine Leerstandsproblematik drohen könnte, wenn wir zu engstirnig handeln würden. Deshalb ist die Aussetzung eine Chance, das Ganze dann so zu verlängern, dann man weit über vier Jahre hinausblicken kann. Die Aussetzung heute zu beschließen, wäre auf jeden Fall ein Stück Fortschritt. Und fortschrittlich sollten wir in Nordrhein-Westfalen gemeinsam sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Ich muss Sie allerdings im Hinblick auf den Kollegen Schemmer korrigieren. Die CDU-Fraktion hat noch neun Sekunden Redezeit. Die würde Herr Kollege Schemmer jetzt gerne wahrnehmen.

(Zurufe)

Dann ist wahrscheinlich sein letzter Sprecherauftritt für dieses Jahr.

Bernhard Schemmer^{*} (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Satz, den eine Dame gestern gesagt hat, lautete: Wem unser Land am Herzen liegt, eiert nicht herum. – Was wir in dem halben Jahr des Gesetzgebungsverfahrens an Herumgeeiere von Rot und Grün gesehen haben, ist ein Spitzenwert in ganz Deutschland. Eiern Sie ruhig weiter so rum – 2017 ist das Rumeiern zu Ende!

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]:
Das ist Ostern! Wir sind bei Weihnachten!
Feste vertauscht!)

Zweite Anmerkung von mir:

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit, Herr Kollege Schemmer!

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): 20 Jahre haben wir die Umnutzung, 20 Jahre evaluieren Sie! Wenn Sie noch vier Jahre brauchen, um noch einmal zu evaluieren, zeigt das, dass Sie das ganze Problem nicht verstanden haben. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich an dieser Stelle jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/7642. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/7642** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6131 in der Fassung des Neudrucks. Der Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt in Drucksache 16/7561, den Gesetzentwurf abzulehnen. Wir stimmen somit ab über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6131 unter Berücksichtigung der eben angenommenen Änderung. Wer diesem Gesetzentwurf jetzt mit der Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Piraten. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist mit diesem festgestellten Abstimmungsergebnis der **geänderte Gesetzentwurf Drucksache 16/6131 – Neudruck** – einstimmig **angenommen**. Ich schließe somit den Tagesordnungspunkt 5.

Ich rufe auf:

6 Werra- und Weserversalzung: nachhaltige Lösung zum Schutz der Umwelt

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP

Drucksache 16/7546 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7628

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Berghahn für die SPD-Fraktion das Wort.

Jürgen Berghahn (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne. Seit über 100 Jahren wird in Hessen und Thüringen Kalisalz zur Düngemittelproduktion abgebaut. Mit dem Abbau dieser Kalisalze ist der Name K+S als Aktienunternehmen verbunden. Über 14.400 Mitarbeiter weltweit und etwa 5.000 davon in Hessen und Thüringen erwirtschafteten 2013 über 4 Milliarden € Umsatz mit einem Ergebnis vor Steuern von 656 Millionen €.

Beeindruckende Zahlen, die, nimmt man die Umweltbilanz mit dem Umgang der Abbaureste hinzu, sich schnell relativieren. So rühmt sich das Unternehmen in dem Vier-Phasen-Plan, dass es mit der hessischen Landesregierung in einem Vertrag abschließen will – ich zitiere mit der Erlaubnis der Präsidentin –, den Naturraum Werra und Weser weiter zu entlasten.

Was die tatsächliche Entlastung der Weser angeht, ist es schon eine Dreistigkeit von K+S, hier von einer Entlastung zu sprechen. Steht doch in dem gleichen Vier-Phasen-Plan, dass man sich der Produktionsabfälle, sprich der Salzlaugen, durch eine Pipeline in die Weser entledigen will. Und zwar soll die Einleiterstelle dieser Pipeline kurz vor der NRW-Grenze liegen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Man entsorgt den Müll, indem man ihn dem Nachbarn über den Zaun schmeißt!

Bereits im Jahr 2006 hat die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland zur Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie eingeleitet. Da werden die Ziele – nämlich ein guter chemisch-ökologischer Zustand der Wasserqualität in Werra und Weser – wegen der Salzeinleitung durch K+S deutlich verfehlt.

Mit dem vorgenannten Vier-Phasen-Plan werden wir die Ziele auch in Zukunft nicht erreichen können. Es ist also damit zu rechnen, dass gegen die Bundesrepublik Deutschland eine empfindliche Vertragsstrafe ausgesprochen wird, sodass die Zeche dieser hessischen Umweltpolitik vermutlich der deutsche Steuerzahler zahlen wird.

(Kai Abrusatz [FDP]: So ist es!)

Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns sicher einig, dass hier das Verursacherprinzip gilt und somit K+S als Produzent der Düngemittel verpflichtet ist, wirk-

lich alles zu tun, um seine Produktionsrückstände und die Salzlauge ordnungsgemäß zu entsorgen.

(Beifall von der SPD und Kai Abrusatz [FDP])

Das Unternehmen K+S muss sich generell fragen lassen, ob es mit seinem Vorgehen den heute gültigen Standards von Unternehmensverantwortung gerecht wird. Die kürzlich gestartete Klagewelle zeigt zudem, dass der Dialog nicht zu den Stärken des Unternehmens gehört. Sicher sind wir uns auch einig, dass wir die vorgeschlagene Oberweserpipeline vehement ablehnen.

(Beifall von der SPD, Kai Abrusatz [FDP] und Hubertus Fehring [CDU])

Alles andere wäre eine Katastrophe für die Wasserqualität und die Lebewesen in der Weser.

Was ist also zu tun? – Im März nächsten Jahres werden sich die zuständigen Umweltminister auf einen neuen Bewirtschaftungsplan verständigen müssen, mit dem eine gute Wasserqualität für Werra und Weser erreicht werden soll, und der bei Akzeptanz durch die EU das Vertragsverletzungsverfahren und die damit verbundene Geldstrafe abwenden kann.

Die Anhörung hier im Landtag hat gezeigt, dass eine ganzheitliche Betrachtung wichtig ist und dass man ein ganzes Bündel von Maßnahmen umsetzen muss, um den guten ökologischen Zustand von Werra und Weser erreichen zu können. Hierzu gehört nach unserer Meinung ein Haldenmanagement, was den Namen auch verdient. Ohne jede Verzögerung müssen die Abraumhalden komplett abgedeckt werden, damit keine weiteren Ausspülungen durch den Regen erfolgen können.

Ein Bündel technischer und chemischer Maßnahmen muss dazu führen, dass aus der Salzlauge die bisher ungenutzten Rohstoffe herausgewonnen und wirtschaftlich genutzt werden können. Daran sollte auch K+S ein großes Interesse haben, geht es doch schließlich um den Erhalt der Arbeitsplätze.

Die verbleibenden Reststoffe sind durch geeignete Klärverfahren zu reinigen und dann einer fachgerechten Entsorgung zuzuführen.

Wir müssen uns aber auch darüber im Klaren sein, dass K+S und das Land Hessen von diesem Maßnahmenpaket nicht begeistert sein werden. Aus diesem Grund ist es auch notwendig, die bisher gefassten Beschlüsse zu der Nordseepipeline aufrechtzuerhalten. Es macht einen großen Unterschied, ob man ein Salzwasser wie die Nordsee mit Salzlauge belastet oder diese in einen Süßwasserfluss wie die Weser einleitet.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Gutachten und Untersuchung zusammenzutragen und eventuell neue Gutachten zu beauftragen, die untersuchen, welche Auswirkungen die Salzlaugeeinleitung und deren Bestandteile auf unser Grundwasser so-

wie die Trinkwasser- und Mineralwasserbrunnen entlang der Weser und die Weser selbst haben.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Jürgen Berghahn (SPD): Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Regionalrat Detmold in seiner Sitzung vom Montag dieser Woche folgenden Beschluss gefasst hat – mit Erlaubnis der Präsidentin lese ich diesen einmal vor – ...

Präsidentin Carina Gödecke: Nein, die Redezeit ist abgelaufen.

Jürgen Berghahn (SPD): Okay. – Der Regionalrat unterstützt ausdrücklich den Beschluss in Drucksache 16/7546. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Regionalrat springt unserem Beschluss bei, und es wäre an der Zeit, dass die CDU und die Piraten hier im Landtag dies auch tun. Es wäre ein starkes Signal in die Region. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Kai Abrusatz [FDP])

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Berghahn, Sie haben um 57 Sekunden überzogen. Ich sage das nur zur Orientierung. Die anderen Fraktionen bekommen dann dieselbe vorweihnachtliche Großzügigkeit zu spüren.

(Zuruf: Wir kennen Sie doch großzügig!)

– Wunderbar.

(Kai Abrusatz [FDP]: Nein, nein! Die müssen das wieder einsparen! Wir sparen das wieder ein!)

Als Nächstes spricht Herr Kollege Markert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aristoteles schrieb in seiner „Metaphysik“, Thales von Milet habe das Wasser als Ursprung allen Lebens bezeichnet. Ob das Wasser nun der Ursprung von allem ist, sei dahingestellt. Auf jeden Fall ist es die Grundlage allen Lebens und unser wichtigstes Lebensmittel.

Mehr noch: Der US-Globalstratege und Berater von Präsident Obama, Brzezinski, der übrigens bereits in den 80er-Jahren Präsident Jimmy Carter die „Grenzen des Wachstums“ nahegebracht hatte, geht heute davon aus, dass sauberes Wasser und Zugang zu diesem bis Mitte dieses Jahrhunderts zu einem der wichtigsten globalen strategischen Gemeingüter wird.

Darum war und bleibt die Reinhaltung unserer Grund- wie unserer Oberflächengewässer eine

wichtige Aufgabe, wenn nicht sogar eine der wichtigsten Aufgaben einer nachhaltigen, verantwortungsvollen Umweltpolitik.

Erinnern wir uns: Noch im Jahr 1988 transportierte beispielsweise die Elbe innerhalb eines Jahres sage und schreibe 16.000 t Stickstoff, 10.000 t Phosphor, 23 t Quecksilber und 3 t des reinen Gifts Pentachlorphenol in Richtung Meer.

Bis dahin und bereits davor waren unsere Fische voller Geschwüre. Sie galten als ungenießbar. Das Baden in vielen Gewässern, insbesondere auch das Baden in Flüssen, war hochgradig gesundheitsgefährdend und deswegen auch verboten.

Die Tatsache, dass es heute anders ist, kam nicht von selbst. Diese Veränderung war nicht zuletzt das Ergebnis des anfänglichen Drucks der Menschen aus den Umweltbewegungen und der Initiativen vor Ort. Allmählich wurde gehandelt. Was unsere Flüsse letztlich wieder sauberer und das Leben an und in ihnen wieder lebenswerter gemacht hat, war die Schaffung strenger Umweltrichtlinien – das Ordnungsrecht also – und dabei die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips.

Nachhaltige Politik selbst verlangt jedoch einen langen Atem. Zwar ist der Himmel über dem Ruhrgebiet wieder blau, aber wir haben ein Feinstaubproblem. Zwar sind unsere Flüsse keine Kloaken mehr, aber wir haben jetzt in Werra und Weser ein Versalzungsproblem.

Unser Prinzip ist auch hier das bewährte, nämlich die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips. Wir sagen in dem Antrag klar und deutlich: Das Unternehmen K+S ist in der Pflicht, dem Verursacherprinzip Rechnung zu tragen und den Prozess konstruktiv, finanziell und offen in der Kommunikation zu unterstützen.

Dabei schlagen wir ein ganzes Bündel praktikabler Maßnahmen beim Verursacher vor Ort vor: ein zeitnah beginnendes Haldenmanagement, etwa die komplette Abdeckung der „Monte Kali“, und die Rohstoffrückgewinnung und -nutzung aus den Produktions- und Haldenabwässern, beispielsweise Sulfate und Magnesium.

Angesichts der sich nach oben entwickelnden Rohstoffpreise gibt es dafür durchaus einen Markt. Das hat auch die Anhörung im Landtag zu diesem Thema vor einigen Wochen belegt.

Die weitgehende Aufbereitung der Abwässer durch moderne Verfahren, vergleichbar mit der Meerwasserentsalzung auf der Grundlage von Membrantechnologie, ist übrigens „Made in NRW“. Darauf können wir durchaus stolz sein.

Dabei wollen wir dieses Umweltproblem weder örtlich noch zeitlich aus unserem Verantwortungsbereich verlagern – weder räumlich mit einer Oberweserpipeline, noch zeitlich mit einem zwischenzeitlich vorgelegten Modell bis 2075.

Auch bei solchen Vorschlägen kommt mir übrigens wieder Thales von Milet in den Sinn. Dieser nannte das Wasser zwar den Urgrund allen Lebens, er soll aber auch beim Sternegucken in den Brunnen gefallen sein, wie Platon berichtet.

Die derzeit im Verfahren befindliche Nordseepipeline bleibt eine zu prüfende Option. Allerdings sind hier die enormen rechtlichen, technischen und ökologischen Herausforderungen durchaus zu bedenken.

Grundsätzlich gilt: Gerade in der Umweltpolitik müssen wir weg vom Sankt-Florians-Prinzip, weg vom End-of-the-Pipe-Denken und – wie hier bei der Weserversalzung – gelegentlich auch weg vom parteipolitischen Klein-Klein. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sollten wir uns bei der Bewältigung dieses Problems möglichst breit und geschlossen aufstellen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Der Regionalrat in Ostwestfalen hat es vorgemacht. Bald ist Weihnachten. Wir sind es den Menschen in der Region schuldig, dass wir uns im Hinblick auf die Weserversalzung möglichst breit aufstellen, damit es unser Umweltminister bei den im März anstehenden schwierigen Verhandlungen schafft, der Weserversalzung entgegenzutreten und wir das Problem anderer Bundesländer letztendlich nicht vor die Tür gekippt bekommen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen schöne Weihnachten. Gehen Sie in sich! – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Jürgen Berghahn sehr dankbar, der deutlich gemacht hat, wie wichtig die Weser für unsere Region Ostwestfalen-Lippe ist. Ich bin auch dem Kollegen Markert sehr dankbar, der deutlich gemacht hat, welche technischen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um Probleme zu lösen, und wie wichtig es ist, ein Signal der Geschlossenheit zu senden.

Ich glaube, ich brauche es an dieser Stelle nicht zu wiederholen: Die Weser ist kein Abwasserkanal, sondern eine wichtige Lebensader in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in unserer Region Ostwestfalen-Lippe. Dieser Landtag hat zuallererst das Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen zu definieren.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Das Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen ist hier, der Landesregierung eine optimale Verhand-

lungsposition gegenüber den Landesregierungen in Hannover und in Wiesbaden zu verschaffen.

Deswegen ist es richtig, dass die Forderung nach dem Bau einer Nordseepipeline auftaucht, auch wenn wir wissen – weil Politik bekanntlich mit der Wahrnehmung der Realität beginnt –, dass die Wahrscheinlichkeit des Baus einer Nordseepipeline relativ gering ist. Sie ist aber ein Bestandteil in den Verhandlungen, die die Landesregierung zu führen hat. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir dies heute vonseiten der Sozialdemokraten, der Grünen, der Freien Demokraten und hoffentlich auch anderen Fraktionen dieses Hauses so betonen.

Die regionalen Interessen sind also wichtig. Ich habe selbst an der Sitzung des Regionalrates teilgenommen. Im Regionalrat vertreten übrigens auch die Kollegen der CDU genau diese Position. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir liegen da auch gar nicht so weit auseinander, glaube ich. Kollege Fehring wird ja gleich noch dazu vortragen.

Ein bisschen Wasser in den Wein will ich aber trotz der vorweihnachtlichen Stimmung doch noch gießen.

(Zuruf von der SPD: Salzwasser?)

Denn eines ist natürlich klar, Herr Minister Remmel: Sie sind jetzt in der Verantwortung. Sie müssen dieses Landesinteresse gegenüber Wiesbaden und Hannover auch durchsetzen.

(Beifall von der FDP)

Da wird sich am Ende erweisen, wie durchsetzungsstark diese Landesregierung ist und wie durchsetzungsstark auch der Umweltminister gegenüber seinen grünen Kolleginnen und Kollegen in Wiesbaden und in Hannover ist. Denn eines ist doch putzwunderlich: Wir haben in allen drei Landesregierungen grüne Umweltministerinnen und Umweltminister. Alle blockieren sich gegenseitig. Es ist interessant, dass ausgerechnet die „taz“ – alles andere als ein Blättchen, das im Verdacht stehen würde, für die Freien Demokraten zu schreiben –, im Oktober dieses Jahres treffend bemerkt hat: „Die Grünen verkeilen sich in einem Streit über die Entsorgung von Salzlauge aus der Kaliindustrie.“

Genau das ist der Punkt. Ganz besonders deutlich wird das, wenn man auf das schaut, was unsere Kollegen von den Grünen in Ostwestfalen-Lippe noch im letzten Jahr behauptet haben. Vor den Wahlen hat Frau Koczy, vormalige Bundestagsabgeordnete, noch erklärt:

„Mit dem Wechsel zu Rot-Grün in Niedersachsen ist es endlich möglich, mehr Druck zu machen. Falls auch Hessen rot-grün würde,“

– es ist schwarz-grün geworden –,

„ist noch mehr Bewegung möglich. Ich begrüße es daher sehr, dass wir Grünen länderübergreifend in Abstimmung stehen und an einem Strang

ziehen. Leider findet das bei anderen Fraktionen bislang nicht statt.“

Die Realität sieht leider anders aus.

Ich wünsche im Interesse der Region Ostwestfalen-Lippe und im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, dass Sie an dieser Stelle Erfolg haben, Herr Minister Remmel. Politisch trennt uns manchmal einiges. Hier wünsche ich Ihnen aber im Interesse der Sache Erfolg.

Deswegen werden wir diesem Antrag auch zustimmen. Noch einmal vielen Dank, Herr Kollege Markert. Ich wünsche mir, dass dieser Antrag aus den Fraktionen dieses Landtags breit getragen wird. Mit diesem Rückenwind können wir dann auch Erfolg haben. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abrusatz. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Fehring.

Hubertus Fehring (CDU): Liebe Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als direkt Betroffener aus dem Kreis Höxter freue ich mich natürlich darüber, dass wir dieses Thema wieder behandeln. Wir von der CDU-Fraktion waren es ja, die am 2. Juli dieses Jahres mit dem Antrag „Weserver-salzung stoppen – Rückgewinnung von Rohstoffen fördern“ dafür gesorgt haben, dass wir uns heute wieder darüber unterhalten.

(Beifall von der CDU)

Unsere damalige Bewertung ist aktueller denn je. Der zwischenzeitlich vorgelegte Vier-Phasen-Plan von K+S und der hessischen Umweltministerin Frau Priska Hinz ist allerdings eine Kampfansage an die Weseranrainer, und hier insbesondere an die Menschen im Kreis Lippe und im Kreis Höxter.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer hätte jemals geglaubt, dass eine grüne Umweltministerin einer solchen Vereinbarung zustimmen würde? Wer hätte sich vorstellen können, dass vier grüne Landesumweltminister keine einvernehmliche Lösung zum Schutz der Menschen und der Natur hinbekommen?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wer ist da der Ministerpräsident?)

Hier im Haus haben wir das Thema bisher relativ gemeinsam behandelt.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Fehring ...

Hubertus Fehring (CDU): Das war im Interesse der Sache sicherlich gut so. Wir sind bei den vorliegenden Anträgen auch gar nicht ganz weit auseinander.

Das Einzige, was uns unterscheidet, ist die Option der Nordseepipeline. Da haben gerade wir als CDU und die betroffenen Abgeordneten aus der Region im Besonderen viele Gespräche vor Ort mit den Betroffenen geführt – bis hin zu Gesprächen mit Menschen, die an der Nordsee wohnen. Wir haben auch die gemeinsame Anhörung hier erlebt. Überall haben wir das Signal bekommen, dass es mit der Nordseepipeline nichts wird. Der Hauptbetroffene, das Land Niedersachsen, lehnt die Einleitung ab. Übrigens hat auch früher schon ...

Präsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Kollege Fehring; Herr Kollege Markert würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Hubertus Fehring (CDU): Das kann er gleich machen.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Lieber Kollege Hubertus Fehring, herzlichen Dank für die Möglichkeit zu dieser Zwischenfrage. Ich hatte mich eben schon gemeldet, als Sie einen Ausflug nach Wiesbaden unternommen haben. Ich habe da eine kleine Erinnerungslücke festgestellt.

Glauben Sie allen Ernstes, dass ein Vertrag mit K+S von einer solchen Tragweite, den wir hoffentlich durch unseren gemeinsamen Widerstand in Nordrhein-Westfalen verhindern werden, ohne den Ministerpräsidenten des Landes Hessen zustande käme?

Das ist meiner Erinnerung nach übrigens noch kein Grüner – in anderen Bundesländern sind wir da weiter –, sondern das ist Herr Bouffier von der CDU. Oder liege ich da falsch?

(Heiterkeit von Kai Abrusatz [FDP])

Hubertus Fehring (CDU): Herr Markert, die Antwort kennen Sie. In der Vergangenheit haben die das immer gemeinsam gemacht, und das wird auch diesmal so kommen – leider.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist nicht nur die grüne Umweltministerin, das ist auch der schwarze Ministerpräsident!)

Der vorgestellte Vier-Phasen-Plan – um da wieder anzuknüpfen – ist für uns nicht hinnehmbar, damit können wir nicht leben; das haben auch meine Vorredner zu Recht gesagt. Dass man eine Oberweserpipeline so legt, dass die Abwässer den Schaden im Kreis Höxter und in Lippe verursachen – weiter nördlich wird es weniger sein –, das können wir nicht hinnehmen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Berghahn zulassen?

Hubertus Fehring (CDU): Ja, bitte

(Kai Abrusatz [FDP]: Gefragter Mann!)

Jürgen Berghahn (SPD): Sie sagten eben, Sie seien in zahlreichen Gesprächen mit den Menschen in der Region zu der Entscheidung gekommen, dass die Nordseepipeline dort nicht gewünscht und nicht umsetzbar sei. Jetzt habe ich doch eine Frage an Sie: Meinen Sie, dass der Regionalrat in Detmold mit all den Parteien, die darin vertreten sind, so weit weg von den Menschen ist, dass er nicht erkannt hat, was er machen muss?

Hubertus Fehring (CDU): Bei meinen Gesprächen mit den Regionalratsmitgliedern habe ich festgestellt, dass deren Kenntnisse nicht ausreichen. Die haben keine vertieften Kenntnisse. Die sind etwas zu weit weg.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Aber aus Höxter sind da auch Vertreter drin!)

– Detmold ist ein Ende weg von Höxter.

(Minister Johannes Remmel: Die CDU im Regionalrat ist ahnungslos!)

Wenn ich von den Menschen spreche, lieber Kollege Berghahn, dann zähle ich auch die mit, die weiter an der Weser leben müssen. Das sind die Menschen in der Stadt Wittenhausen, in Bad Karlshafen, in Bodenwerder. Die habe ich ebenfalls gefragt. Da bin ich etwas anderer Ansicht als Sie.

Der gemeinsame Flussbewirtschaftungsplan wird offenbar auch nicht so laufen, wie wir uns das vorgestellt haben. Ich kann unserem Minister nur wünschen, dass er das noch hinkommt, wenn dann im März die nächste Runde in dem Verfahren ansteht. Ansonsten haben wir bei dem Ganzen sehr schlechte Karten, weil – ich sage es noch einmal – die grüne Ministerin mit den anderen grünen Ministern offenbar nicht auf einen Nenner kommt.

Herr Markert, Sie haben zu Recht gesagt, dass wir das Sankt-Florians-Prinzip doch nicht wollen. Mit der Nordseepipeline machen wir das aber. Da kippen wir es den anderen vor die Haustür. Wir beide möchten auch nicht da oben leben. Wenn Sie sich mit der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste unterhalten, dann bekommen Sie den klaren Hinweis, dass das dort oben keiner möchte. Das hat auch Frau Dr. Gerdes in der Anhörung ganz deutlich gesagt.

Ich werbe dafür, dass wir einen gemeinsamen Weg ohne Pipeline finden. Die Pipeline ist wirklich tot. Ich

kann es nur immer wiederholen. Das macht doch keiner mit.

(Beifall von der CDU)

Das Schlimme ist ja: Kali+Salz will das auch nicht bezahlen. Man muss sich nur einmal ansehen, wie die sich verhalten haben. Wir haben sechs, sieben Jahre – nicht ich persönlich, aber Ihr Haus war dabei – am runden Tisch diskutiert. Die Option war am Ende, dass man glaubte, die Pipeline sei der gangbare Weg. Und als es so weit war, sagte Kali+Salz: Bezahlen wollen wir das aber nicht. – Die haben nie vorgehabt, zu bezahlen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Markert zulassen?

Hubertus Fehring (CDU): Ja. Was hat der heute für einen Spaß?

(Kai Abruszat [FDP]: Du bist ein gefragter Redner!)

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Lieber Kollege Hubertus Fehring, Entschuldigung, dass ich noch einmal dazwischengehe. – Meine persönliche Meinung habe ich dargelegt, zum Sankt-Florians-Prinzip, genauso wie zum End-of-Pipe-Denken.

Sollten wir dann nicht auch gemeinsam zur Kenntnis nehmen, dass die Nordseepipeline im Moment das einzige Projekt ist, das – Stand jetzt – im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens rein juristisch und praktisch vom Unternehmen beantragt ist?

Würde das Unternehmen jetzt dazu veranlasst, dies ohne eine Alternative – die bis jetzt noch nicht verhandelt ist und im März hoffentlich verhandelt wird – zurückzunehmen, dann hätte K+S letztendlich zwei Alternativen: weiter illegal einzuleiten – das möge der Rechtsstaat verhindern – oder die Pforten dichtzumachen. Das müssen wir doch miteinander klar bekommen. Das ist das einzige bis jetzt beantragte Verfahren.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Kollege, das war eine längere Geschichte.

Hubertus Fehring (CDU): Herr Markert, Ihnen ist doch nicht entgangen, dass die keine ausreichenden Unterlagen vorgelegt haben. Es gibt den Antrag formal nicht. Der ist nicht angenommen worden, weil er nicht ausreichend belegt worden ist. Das ist so. Darüber brauchen wir zurzeit nicht zu diskutieren.

Es ist wirklich schade, dass wir den gemeinsamen Antrag heute insoweit nicht hinbekommen, als Sie

unbedingt die Option „Pipeline“ drin haben wollen. Wir halten das nicht für notwendig bzw. nicht für zielführend. Es hilft uns nicht.

Die anderen Dinge zur Wasserrahmenrichtlinie haben meine Kollegen ausreichend ausgeführt. Da bin ich ihrer Meinung.

Wir werden weiter gemeinsam mit den Weser-Werra-Anrainern kämpfen, mit den Gemeinden, Herr Maelzer, die ich vorhin schon mal aufgeführt habe. Nicht nur in Nordrhein-Westfalen, auch mit unseren Unterligern bzw. Oberligern an der Weser werden wir gemeinsam kämpfen, um eine Lösung vor Ort zu finden. Wir sind ja gar nicht weit auseinander, ob es um die Membrantechnologie oder andere Dinge geht. Das Geld, das Kali+Salz eventuell für eine Pipeline an irgendeiner Stelle ausgeben will oder müsste, sollen sie lieber da verwenden, sodass wir am Ende etwas für die Weser erreichen, und zwar nachhaltig und nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip.

Deshalb bitte ich Sie: Seien Sie realistisch. Unterstützen Sie – es ist Weihnachten – auch mal die Opposition. Unser Antrag liegt Ihnen vor. Ich bitte darum.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Fehring. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuschauer draußen und drinnen! Wir debattieren jetzt schon wieder, wie sehr eine Verbesserung der Zustände im Salzabbau durch K+S nötig ist. Inzwischen gab es auch eine Anhörung zum Thema. Die Antwort von K+S auf meine Frage nach deren Verhältnis zu Recht und Gesetz, zu Rechtsstaatlichkeit, zur Einhaltung von Vorschriften dort war fast schon unverschämt. Meine Zweifel daran, die ich schon in der vorigen Debatte im Sommer geäußert hatte, wurden nicht ausgeräumt. Ein paar klare Worte zum Vertragsverletzungsverfahren seitens der EU zum Beispiel wären schön gewesen.

Stattdessen hat K+S gerade jetzt der Werra-Weser-Anrainerkonferenz e. V. und ihrem Vorsitzenden, Dr. Walter Hölzel, per einstweiliger Anordnung kritische Meinungsäußerungen verbieten lassen, und das gestern auch noch stolz öffentlich verkündet. Kenner werden jetzt mit der Zunge schnalzen. Beantragt wurde die Verfügung – Überraschung – beim einschlägig bekannten Landgericht Hamburg, das weder an der Werra noch an der Weser liegt und dem das Bundesverfassungsgericht schon mehrfach ähnliche Entscheidungen um die Ohren gehauen hat.

Aber ich komme jetzt zum Antrag der regierungstragenden Fraktionen, der im Großen und Ganzen zustimmungsfähig ist – bis auf die Hauptsache, nämlich die Lösung der Probleme durch eine Pipeline in den Jadebusen. Das ist für uns und die CDU nicht zustimmungsfähig. Deshalb gibt es jetzt auch den gemeinsamen Entschließungsantrag von der CDU und von uns Piraten.

Zunächst einmal war die Pipelinelösung dem Unternehmen zu teuer. Aber das ist nur noch eine Marginalie. Denn wichtiger ist, dass naturschutzfachliche Gründe dagegenstehen. Das ergab die Anhörung in aller Deutlichkeit.

Bereits 1962, vor mehr als 50 Jahren, wurde ein großer Teil des Jadebusens unter Naturschutz gestellt. Seit 1973, seit mehr als 40 Jahren, gilt dort ein ganzjähriges Jagdverbot. Es geht also nicht nur um Brutvogelschutz, sondern der Jadebusen ist auch für Durchzügler und Wintergäste von überragender Bedeutung. Das liegt an der hohen Produktivität des Gebietes, das aktuell zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer gehört und UNESCO-Weltnaturerbe ist.

Die Salinität dort, also der Salzgehalt des Wassers, ist mit 30 Promille etwas niedriger als in der offenen Nordsee. Die Einleitung würde das massiv ändern – nicht nur den Salzgehalt, sondern auch die chemische Zusammensetzung mit einem weit höheren Kaliumchloridanteil. Kaliumchlorid ist schon in geringeren Konzentrationen für die meisten Organismen giftig. Da ist es auch egal, ob sich Sprungschichten mit einer annähernd unveränderten Wasserzusammensetzung an der Oberfläche und konzentrierter Salzlauge auf dem Grund bilden würden oder ob es zu einer guten Durchmischung durch den ständigen hohen Tidenhub dort kommen würde.

Die Gefahr besteht, dass sich Todeszonen bilden. Vielleicht kommt es auch nur zu einer großen Todeszone „Jadebusen“. Das Gebiet geht dann für die Natur und damit auch für die Menschen verloren. Das Problem würde nicht gelöst, sondern nur verlagert. Das ist nicht nachhaltig.

Herr Markert, mit Blick auf die Pipeline wird die von Ihnen geforderte konsequente Anwendung des Verursacherprinzips nicht umgesetzt. Das Unternehmen K+S hat seinen Börsenwert innerhalb weniger Jahre versechsfacht. Es hatte in den letzten Jahren mehrere Hundert Millionen Euro jährlich über, um Konkurrenten aufzukaufen. Dann kann man mehr als wiederum lediglich eine Problemverlagerung auf Kosten der Allgemeinheit erwarten. Man kann eine nachhaltige und umweltschonende Produktion erwarten. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und Rainer Deppe [CDU])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel⁹⁾, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich brauche Ihnen nicht mehr die grundsätzliche Problematik zu erläutern, denn sie ist allen Fraktionen bekannt. Ich sehe ein großes Einvernehmen zwischen allen Fraktionen, dass es das Ziel ist, die Weser möglichst salzfrei zu halten. Dieses Ziel eint Landesregierung und Landtag Nordrhein-Westfalen. Insofern haben wir hierbei eine gleiche Buchung.

Keine gleiche Buchung haben wir, wenn es darum geht, in welcher Situation wir uns jetzt befinden und was zur Grundlage des Handelns gemacht werden muss. Ich bin den Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion dankbar, dass sie die Verhandlungsposition des Landes unterstützen. Denn wir sind in einer ganz konkreten Situation. Wir müssen nämlich handeln und Entscheidungen treffen, weil das Dritte von uns verlangen – zunächst mit Blick auf die konkrete Genehmigungssituation in Hessen, weiterhin auf die Frage, inwieweit wir das Vertragsverletzungsverfahren beantworten, und ferner, welche Empfehlungen und Beschlussfassung wir hinsichtlich des Bewirtschaftungsplans abgeben.

Da kann man nicht mehr am grünen Tisch hin- und herüberlegen, was wohl unter welchen Umständen die beste Technologie wäre, sondern es muss es eine Rationalität, eine Logik aufgrund der vorhandenen Fakten geben. Da nützt es auch nichts, das Verursacherprinzip bis auf die Spitze zu treiben, Herr Rohwedder.

(Kai Abrusatz [FDP]: Richtig!)

Denn am Ende des Tages kann das Unternehmen dann seine Tätigkeiten in dieser Sache beenden. Auch das geht nicht.

(Beifall von Kai Abrusatz [FDP])

Wir müssen eine gute Abwägung treffen, die finanziell sowie ökologisch tragfähig ist und insbesondere die Interessen Nordrhein-Westfalens sichert.

(Zuruf von Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN])

Deshalb nützt es nichts, auf parteipolitische Bühnen abzudriften. Herr Abrusatz, Sie waren im ersten Teil Ihrer Rede durchaus sehr konstruktiv, konnten es dann aber im zweiten nicht lassen, auch noch die eine oder andere parteipolitische Frage anzusprechen.

(Kai Abrusatz [FDP]: Das ist Ihnen ja fremd!)

– Nein, das ist mir nicht fremd.

(Heiterkeit – Beifall von der FDP)

Das reizt zum Widerspruch. Daran zu erinnern an dieser Stelle – ich muss das tun, denn Sie haben mich im Sinne der Verantwortung, die ich wahrzunehmen habe, vor die Kanone gespannt – ...

(Zuruf von der FDP: So sieht keine Kanone aus!)

Ich nehme sie gern wahr – das ist keine Frage –, aber ich frage dann, wer fünf Jahre zuvor in Hessen regiert hat und was fünf Jahre zuvor in Hessen passiert ist. In Niedersachsen ist es genauso, denn dort waren Sie an der Regierung beteiligt. Wir sind in der heutigen Situation, weil mehr als fünf Jahre lang nichts passiert ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Sie haben in Hessen die Entscheidung mitbefördert, keine Genehmigung zu erteilen. Deshalb ist die Kollegin jetzt in der Zwangssituation, in diesem Jahr Genehmigungen zu erteilen.

(Zurufe von der FDP)

Denn sonst würde der Betrieb dort nicht weitergehen. Das gehört mit zur Wahrheit dazu. Ich bin überhaupt nicht einverstanden, was die Kollegin dort mit K+S ausgehandelt hat.

(Kai Abruszat [FDP]: Das weiß ich!)

Aber zur Wahrheit gehört eben auch, dass fünf Jahre lang nichts passiert ist.

Wir sind jetzt in einer Verhandlungssituation. Ich will durchaus dem Landtag darlegen, dass dieser Streit noch länger dauern kann. Ich hoffe, dass wir im März eine Verständigung finden. Aber wenn die Grundposition der Landtage von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gleich ist, eine Oberweserpipeline nicht zu wollen, müssen wir alles tun, die Rechtsposition zu sichern. Denn eine solche Position kann man nur glaubwürdig vertreten, wenn man eine Alternative hat. Ohne Alternative wird es nicht gehen.

(Kai Abruszat [FDP]: Richtig!)

Da reicht es nicht, nur über Haldenabdeckung zu reden – ich unterstütze sie, da kann man mehr tun – oder ein paar technische Pilotprojekte durchzuführen. Auch das wird nicht funktionieren. Dann muss man sich mit den realen Argumenten auseinandersetzen, dass neue technische Verfahren vor Ort die vollständige Umstrukturierung des derzeitigen Arbeitsprozesses bedeuten würden. Das wiederum ist eine Kostenfrage. Da muss man gegenrechnen, was das eine und was das andere kostet.

Deshalb meine herzliche Bitte: Bleiben Sie bei dieser Position. Wir müssen diese Grundlage haben, um zum einen die Rechtsposition zu sichern und um zum anderen glaubwürdig hinsichtlich späterer Verfahren zu sein, die vonseiten der EU auf uns zukommen. Ich bin nicht bereit, für das Land Nord-

rhein-Westfalen Verantwortung auch finanzieller Art zu übernehmen, wenn es darum geht, später Strafzahlungen zu verteilen.

Einen letzten Punkt will ich auch noch einwenden. – Wir haben eine Systematik der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie, die auch in Nordrhein-Westfalen greift. Wir sind auch froh darum, dass sie hier greift, weil wir 60 % unseres Trinkwassers aus Oberflächengewässern gewinnen. Würden wir der Systematik zustimmen, die derzeit an der Weser geplant ist, wäre das an der einen oder anderen Stelle bei uns nicht mehr haltbar. Das kann zum Schutz unseres Wassers, zum Schutz unserer Gewässer, unserer Flüsse niemand wollen. Deshalb brauchen wir eine klare Positionierung. – Vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, wenn Sie noch einen Moment hierbleiben würden. Es liegt eine Kurzintervention des Abgeordneten Ortgies vor.

Friedhelm Ortgies* (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident, dass ich noch einmal die Gelegenheit bekomme, zu reden. – Zunächst stelle ich fest, Herr Minister Rammel, Sie bekommen in Ihrem Laden keine Einigkeit zustande. Das ist schade, aber ich hoffe, dass das in Zukunft doch der Fall sein wird, wenn Sie im nächsten Januar praktisch die Flussgebietsgemeinschaft einberufen.

Ich habe mich noch einmal zu dem Thema „Nordseepipeline“ gemeldet. Wir sind uns in vielen Punkten weitgehend einig, wenn dieser Satz mit der völlig illusorischen Nordseepipeline nicht in Ihrem Antrag stünde. Inzwischen – mein Kollege Fehring hat das klargelegt – weiß jeder, dass wir keine Chance haben, diese dort jemals zu verwirklichen.

Ich darf an die Anhörung erinnern, die wir vor einigen Wochen hier hatten. Dabei hat die Meeresbiologin Dr. Gerdes sehr eindrucksvoll auf die Gefahren dieser Pipeline für das Weltnaturerbe Wattenmeer hingewiesen. Ich will das nicht wiederholen. Aber dass ausgerechnet ein grüner Umweltminister immer noch auf diese Option pocht, macht mich doch schon sehr nachdenklich. Sie sollten da schon in sich gehen.

Wir haben schon vor sechs Monaten darauf hingewiesen. Jetzt haben die Regierungsfaktionen Gott sei Dank fast die Kurve gekriegt, sich auf einen vernünftigen Weg zu begeben. Gehen Sie in sich! Streichen Sie diesen Passus! Dann würden wir diesem Antrag zustimmen. Ansonsten empfehle ich wirklich, die Ressourcen für Prüfung und für alles, was für die Planung einer solchen Pipeline notwendig ist, dazu zu verwenden, die Kaliabwässer vor

Ort zu entsorgen und nicht weiter an der Illusion einer Pipeline festzuhalten, die nicht kommen wird.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Herr Minister, bitte schön.

Johannes Remmel^{*)}, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ortgies, vielleicht könnten wir uns so verständigen, dass wir die brüderlichen und schwesterlichen Gespräche jeweils wechselseitig führen. Ich tue das mit meiner Kollegin in Hessen. Ich weiß nicht, ob Sie die Gespräche mit dem Ministerpräsidenten in Hessen genauso führen, wie ich das mit meiner Kollegin tue.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich würde es mir jedenfalls wünschen. Das zum einen.

Zum Zweiten: Ihre Darstellung bezogen auf die Pipeline ist nicht richtig, Herr Ortgies. Ich habe selbstverständlich noch einmal mit meinem Kollegen in Niedersachsen, der für das Raumordnungsverfahren zuständig ist, Minister Meyer, gesprochen. Das Raumordnungsverfahren bezüglich der Pipeline ist nicht eingestellt. Es läuft weiter. Selbstverständlich werden dort entsprechende Unterlagen noch angefordert. Man kann dazu ja eine politische Haltung haben, auch in Niedersachsen vonseiten der Landesregierung. Aber auch da gilt, dass ein solches Verfahren nach Recht und Gesetz durchgeführt werden muss. Wenn der Antrag dort liegt und bearbeitet wird, muss er nach Recht und Gesetz behandelt werden.

Herr Ortgies, dann wird man sicherlich selbstverständlich im Rahmen der Abwägung darüber zu reden haben, was die richtige Einleitungsstelle ist. Aber in der Abwägung sagt selbst das Gutachten, das die hessische Landesregierung mit K+S in Auftrag gegeben hat, dass das die ökologischste Variante ist. Dabei bleiben wir jedenfalls – das entnehme ich jedenfalls dem Antrag der Koalitionsfraktionen mit Unterstützung der FDP –, auch um unsere Verhandlungsposition zu sichern. Es wäre schön, wenn Sie dem beitreten könnten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen erstens ab über den Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Drucksache 16/7546 –

Neudruck. Die antragstellenden Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrages Drucksache 16/7546 – Neudruck. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7546** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Piraten **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und Piraten Drucksache 16/7628. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht eine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7628** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

7 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/7579

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7629

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7630

dritte Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Strafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – StVollzG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4155

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/7578

dritte Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Mir liegt eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Ich erteile für die Fraktion der Piraten dem Herrn Kollegen Schulz das Wort.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal. Dritte Lesung eines Gesetzentwurfs der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich will mich bemühen, schneller zu machen, allerdings finde ich die Aufforderung beim Gang zum Pult hier etwas unangemessen angesichts der Tatsache, dass wir uns in einem Gesetzgebungsverfahren befinden.

(Beifall von den PIRATEN)

Auch wenn wir hier kurz vor der Weihnachtspause sind, bleibt festzuhalten, dass wesentliche Grundzüge des zur abschließenden Beratung anstehenden Gesetzes von den Piraten durchaus mitgetragen werden, allerdings auch im Hinblick auf die von uns eingebrachten Änderungsanträge – es sind hier zwei im Umlauf –, die eben leider Gottes bisher nicht berücksichtigt worden sind, was sich im Laufe des Abstimmungsverfahrens ja auch noch ändern kann.

Ich will noch einmal die wesentlichen Punkte hervorheben:

Das ist erstens der Anspruch – dieser Anspruch ist natürlich unter Berücksichtigung der persönlichen Geeignetheit des jeweiligen Inhaftierten einzuschränken –, ein Studium durchzuführen. Ein solcher Anspruch geht nach unserer Auffassung aus dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht eindeutig hervor. Wir möchten im Rahmen der Gesetzgebung die Möglichkeit eröffnen, dass Inhaftierte in Nordrhein-Westfalen ähnlich wie bayerische Inhaftierte an der Fernuni Hagen studieren können sollen.

Unser weiterer Änderungsantrag greift in der Anhörung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf zutage getretene Kritikpunkte auf. Ich möchte die wesentlichen Punkte hier noch einmal aufführen.

Insbesondere der in dem Gesetzentwurf aufgegriffene Opferschutz bedarf aus meiner und aus unserer Sicht insofern einer Regelung, als eine Regelungskompetenz seitens des Landesgesetzgebers implementiert werden soll, um eben – wie es in den kritischen Anmerkungen deutlich geworden ist – eine kriminologische Konturierung des Gesetzes auch nachträglich eindeutig zu ermöglichen.

(Allgemeine Unruhe)

Dies ist dann eben auch mit entsprechenden Verordnungen und Regelungen mit gesetzesähnlichem Charakter festzulegen.

In dem Änderungsantrag wurde von uns weiter besonders das Recht minderjähriger Kinder von inhaf-

tierten Eltern hervorgehoben. In der Anhörung wurde deutlich, dass im Gesetzgebungsverfahren auf diesen Aspekt ein etwas stärkeres Augenmerk hätte gelegt werden können. Wir schlagen die Installation eines Kinderbeauftragten vor, der sich ausschließlich um diese Belange kümmert, natürlich in Abstimmung und Rücksprache mit den jeweiligen Jugendämtern und anderen Einrichtungen der öffentlichen Hand.

Wir sind jedoch der Auffassung, dass der Justizvollzugsbeauftragte des Landes hierzu möglicherweise weder über die erforderliche zeitlichen noch sächlichen Voraussetzungen verfügt. Vielleicht lässt sich das im Zuge des weiteren Verfahrens des Strafvollzugs dort aufpflanzen. Allerdings bevorzugen wir die Installation eines Kinderbeauftragten.

(Anhaltende allgemeine Unruhe)

Abschließend möchte ich noch einmal hervorheben, dass nach unserer Auffassung regelungstechnisch zu hinterfragen war, ist und bleibt und dementsprechend auch eine Änderung des Gesetzentwurfes vorgeschlagen wird, wonach der Landesgesetzgeber im Verhältnis zum Bundesrecht eben nicht die Kompetenz haben kann, eine Ausnahme zu § 203 StGB im Hinblick auf die zur Verschwiegenheit verpflichteten Berufsgruppen vorzusehen.

Ich werbe noch einmal insbesondere für unseren Änderungsantrag Drucksache 16/7629.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Marsching zulassen?

Dietmar Schulz (PIRATEN): Ja, selbstverständlich.

Michele Marsching^{*)} (PIRATEN): Ich möchte folgende Zwischenfrage stellen, die ich schon einmal gestellt habe und die ich wohl auch von Ihnen, Herr Kollege Schulz, habe beantworten lassen: Finden Sie nicht, dass auch in einer dritten Lesung der Redebeitrag der kleinsten Fraktion in diesem Landtag so wichtig sein könnte, dass er zumindest der Aufmerksamkeit des Großteils des Plenums bedürfte?

(Anhaltende allgemeine Unruhe)

Dietmar Schulz (PIRATEN): Lieber Kollege Michele Marsching, ja, ich pflichte Ihnen bei. Ich bin es allerdings durchaus gewohnt, dass, wenn ich an dieser Stelle spreche, nicht alle zuhören. Ich finde das deswegen bedauerlich, weil es hier um ein sehr wichtiges Gesetz für Nordrhein-Westfalen geht. Daher unterstreiche ich die mit Ihrer Zwischenfrage zum Ausdruck kommende Intention, dass das Plenum bei diesem so wichtigen Gesetzgebungsvorhaben des Landes Nordrhein-Westfalen den Rede-

beitrag vielleicht mit etwas mehr Aufmerksamkeit begleiten sollte.

Ich war ohnehin am Ende

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

meiner Ausführungen und werbe noch einmal für unsere Änderungsanträge. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Erstens stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7629. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann ihm nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/7629** mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der Piraten und Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7630. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann ihm nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten Drucksache **16/7630** mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimm-enthaltung der FDP-Fraktion und gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten **abgelehnt**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/5413 – Neudruck. Der Rechtsausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7579 zur zweiten Lesung, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5413 – Neudruck – unverändert anzunehmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5413 – Neudruck – selbst. Wer ihm seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/5413 – Neudruck** – mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten **angenommen**.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 16/4155. Der Rechtsausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7578 zur zweiten Lesung, den Gesetzentwurf Drucksache 16/4155 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/4155 selbst. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das

Handzeichen. – Wer kann ihm nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/4155** der Fraktion der CDU mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **abgelehnt**.

Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Ich rufe auf:

8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7147

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7554

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7610

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7621

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7643

dritte Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Herter das Wort.

Marc Herter^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in der dritten Lesung. Die Argumente sind unseres Erachtens in der gestrigen zweiten Lesung hinlänglich ausgetauscht worden. Deshalb bleibt mir – auch im Namen des Kollegen Mostofizadeh von den Grünen – nur, Zustimmung zum Gesetzentwurf zu empfehlen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der österreichische Dichter Ernst Ferstl hat einmal gesagt:

„Alles wird teurer, nur die Ausreden werden billiger.“

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

So ist das auch hier in Nordrhein-Westfalen. So ist das auch bei dem Thema, das wir jetzt beraten, nämlich der anstehenden Erhöhung der Grunderwerbsteuer durch Rot-Grün.

Für die Bürgerinnen und Bürger wird offensichtlich alles teurer: In den Kommunen werden die Steuersätze erhöht. Im Landtag werden die Steuersätze erhöht. Es werden immer mehr Standards und Vorgaben gemacht, die alles teurer machen, ob das nun öffentliche, private Leistungen sind, ob es Gebühren sind. Heute erhöht Rot-Grün die Grunderwerbsteuer um weitere 30 %. Eine wunderschöne Bescherung!

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Offensichtlich ist es so, dass die Krokodilstränen, mit denen gestern die Ausreden zum Teil vorgetragen worden sind, es Herrn Kollegen Herter nicht mehr ermöglichen, sie in der dritten Lesung zu wiederholen. Das heißt, die Ausreden werden auch immer kürzer.

Sie nehmen die dritte Lesung nicht ernst, weil Sie ja sowieso wissen, dass Ihr Dilemma der Haushalt ist, dass Sie die Bürger weiter belasten, statt Strukturen in diesem Land zu verändern. Sie wollen den Menschen in die Hosentasche greifen,

(Marc Herter [SPD]: Nein, bestimmt nicht!)

anstatt Strukturen im Landeshaushalt zu verändern. Herr Kollege Herter, Sie haben ja noch Redezeit. Vielleicht erklären Sie dem staunenden Volk einmal, warum Sie wieder in die Taschen der Bürger greifen, anstatt Strukturen in diesem Lande zu verändern. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bezeichnend, wie die Koalitionsfraktionen hier im Haus Debattenverweigerung betreiben.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Dabei hätten viele Aspekte eine Beleuchtung verdient.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Die Sachargumente, Herr Kollege Zimkeit, haben Sie ja von der breiten Mehrheit der Sachverständigen bei der Anhörung gehört. Alle haben sich gegen

diesen Gesetzentwurf zur weiteren Grunderwerbssteuererhöhung ausgesprochen. Es ist die Fast-Verdoppelung der Grunderwerbsteuer binnen drei Jahren.

Es ist Zeichen eines schlechten Gewissens, in Ihrem Entschließungsantrag auf einmal die Sharedeals zu geißeln. Wir wissen mittlerweile, in wie vielen Fällen Landesunternehmen ihren Kunden diese Sharedeals angeboten haben, insbesondere die Portigon AG.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Woher wissen Sie das? – Zuruf von Daniela Schneckenburger [GRÜNE])

Deshalb ist Ihr erklärter Kampf gegen Sharedeals so glaubwürdig, als ob Sie E.ON sagen würden: Bei eurer Konzernumstrukturierung dürft ihr bitte keinen Kunstverkauf betreiben!

(Beifall von der FDP)

Diese Grunderwerbsteuererhöhung hätte in diesem Parlament keine politische Mehrheit, wenn alle Abgeordneten ohne taktische Erwägungen frei abstimmen würden.

(Marc Herter [SPD]: Unverschämtheit! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die wollen zustimmen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie ist ein Kernanliegen der Grünen. Zahlreiche

SPD-Kollegen haben aber, wie mittlerweile bekannt ist, ihre Bedenken dagegen geäußert. Ihnen geben wir die Chance, dies bei einer namentlichen Abstimmung zu unterlegen. Das kann in der Tat – so kurz vor den Feiertagen – eine Sternstunde für dieses Parlament werden.

(Marc Herter [SPD]: Die von Ihnen eingeleitet wird!)

Wir haben es schon in der letzten Legislaturperiode erlebt, dass ein Staatsvertrag dieser Regierung keine Mehrheit im Parlament gefunden hat. Heute können Sie Geschichte schreiben: die erste beantragte Steuererhöhung der Regierung, die im Parlament keine Mehrheit bekommt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Was bedeutet diese 30%ige Steuererhöhung in der Praxis? Dieses zweifelhafte Weihnachtsgeschenk von Ihnen sollten wir noch einmal etwas näher beleuchten.

Es ist, wenn man sich einmal die aktuellen Steuereinnahmen anschaut, für die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in Mülheim vielleicht nicht ganz so gewichtig. Da kostet das ab nächstem Jahr eben „nur“ 5 Millionen mehr. Auch für Oberhausen, also bei Herrn Stefan Zimkeit, der sich eben mit einem Zuruf betätigt hat, sind es „nur“ 5 Millionen. Aber wie sieht es zum Beispiel in der Stadt Köln aus? – Da darf Kollege Börschel dann erklären, dass ab

1. Januar 2015 Ihr beabsichtigtes Abstimmungsverhalten die Kölner Steuerzahler mal eben zusätzlich 65 Millionen € kostet. – Wo ist er eigentlich, der Herr Börschel?

(Zurufe: Wo ist der Börschel?)

Wie sieht es in der Landeshauptstadt Düsseldorf aus? Da darf Markus Weske dann erklären, dass das die Düsseldorfer Bürger jedes Jahr mit 60 Millionen € mehr belastet. Wie das eigentlich in Bonn, Frau Hendricks oder Herr von Grünberg? Dort gibt es 20 Millionen € jährliche Mehrbelastung. Meine Essener Kollegen Britta Altenkamp, Thomas Kutschaty, Dieter Hilser und Peter Weckmann dürfen auch erklären, dass es 20 Millionen € Mehrbelastung geben wird. Das gilt ebenso für Nadja Lüders in Dortmund und für Svenja Schulze in Münster: Bei Zugrundelegung der aktuellen Steuereinnahmen ist das für die Großstädte unseres Landes überall die zusätzlich sich ergebende Belastung. In Aachen hat es Herr Schultheis etwas leichter. Da sind es dann 17 Millionen € Mehrbelastung, die er verkaufen muss. Ich könnte das beliebig so fortsetzen.

Deshalb sagen wir Ihnen: Dieser zweite Schritt einer De-Facto-Verdoppelung der Grunderwerbsteuer ist falsch. Er belastet insbesondere junge Familien, Selbstständige sowie kleinere und mittlere Unternehmen. Diese Grunderwerbsteuererhöhung ist eine Modernisierungsbremse für den Wohnungsbau. Sie ist schädlich für die städtebauliche Entwicklung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Sie ist schädlich für das Ziel, das Sozialdemokraten ansonsten häufig haben, nämlich auch Arbeitnehmerhaushalten Vermögensbildung zu ermöglichen.

Wir als FDP-Landtagsfraktion lehnen Ihren Gesetzentwurf ab. Die schönste Bescherung in den Weihnachtstagen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist, dass Sie nun gegen diesen Gesetzentwurf stimmen und ihn ablehnen. Er ist falsch, bleibt falsch und gehört deshalb abgelehnt. – Frohe Weihnachten!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal! Die Bürgerinnen und Bürger werden möglicherweise heute oder in nächster Zukunft – vielleicht aber auch später; ich sehe Schülerinnen und Schüler dort oben sitzen – von dieser erhöhten Grunderwerbsteuer, die heute hier beschlossen wird – unsozial, wie sie ist –, nicht profitieren, sondern belastet.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Die Landesregierung wird von den sie tragenden Fraktionen – ich möchte es mal so sagen – vorgeführt. Klar, 400 Millionen € Mehreinnahmen, prognostiziert für 2015 und die folgenden Jahre, helfen. Sie sind ein Tropfen auf den heißen Stein, gleichen aber letztendlich die Verluste aus, die es insbesondere auch durch dieses Desaster um die Beamtenbesoldung gab. Und sie tragen dem hehren Ziel des Herrn Finanzministers Rechnung, der eigentlich 700 Millionen € einsparen wollte. Es sind am Ende nur um die 220 Millionen € pro Jahr geworden. Da muss natürlich eine Steuererhöhung her. Etwas anderes fällt den Regierungsfractionen von Rot-Grün offenbar nicht mehr ein.

(Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Es fällt ihnen – trotz des Votums von 21 von 23 Sachverständigen – insbesondere nicht ein, in sich zu gehen und dieses Gesetz gemeinsam mit ihrem ehemaligen haushalts- und finanzpolitischen Sprecher in die Tonne zu kloppen zurückzuziehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie hätten über Wochen und Monate die Gelegenheit dazu gehabt. Offensichtlich gibt es in den Reihen der SPD noch einige Kolleginnen und Kollegen, von deren namentlicher Erwähnung wir ja wahrscheinlich gleich, im Rahmen einer Protokollnotiz oder was auch immer es sein mag, überrascht werden, die sagen: Das, was wir hier machen, ist nicht mehr Sozialdemokratie; es entspricht nicht dem Finanzkonzept, welches die Sozialdemokratie im Lande Nordrhein-Westfalen tragen möchte.

Ich habe allerdings noch nicht von Übertritten zur CDU, zur FDP oder zu den Piraten gehört. Dazu wird es wahrscheinlich auch nicht kommen. Zu wenig Gewicht scheint dieser Gesetzentwurf zu haben. Und er hat es auch – wie ich eben sagte, ist es ein Tropfen auf den heißen Stein.

Gleichzeitig stellt sich der Finanzminister immer wieder gerne vor jedes Mikrofon und verdammt die Steuervermeidungsstrategien von großen Unternehmen bzw. Konzernen. Im eigenen Land, vor der eigenen Tür kehrt er aber nicht. Er lässt es, obwohl im Aufsichtsrat von Portigon sitzend, zu, dass Portigon die Herzogterrassen – sprich: die ehemaligen WestLB-Gebäude – an einen amerikanischen Investor, einen der größten, wenn nicht gar den größten Investor weltweit, verkauft mit der Folge, dass dieser in Nordrhein-Westfalen aufgrund der nach dem Grunderwerbsteuergesetz möglichen sogenannten Sharedeals keine Grunderwerbsteuer bezahlen muss.

(Zuruf von der FDP: Nicht nur dort!)

– Nicht nur dort! Auch andere landeseigene Betriebe haben diese durchaus legalen Steuerschlupflöcher genutzt. Allerdings muss man sich fragen, ob

man dann, wenn die Landesregierung an Aufsichtsgremien dieser Unternehmungen beteiligt ist, dem, was hier oftmals gesagt wird, noch Glauben schenken kann. Ich sage: Nein, denn bisher ist im Hinblick auf das Stopfen von Steuerschlupflöchern in der Bundesrepublik Deutschland auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen nicht viel bis gar nichts passiert.

(Beifall von den PIRATEN)

Auch die im Beratungsverfahren angekündigte, durch die Landesregierung oder durch Rot-Grün nach vorne gebrachte Eliminierung von RETT-Blockern hat eben nicht dazu geführt. Zwar wurde das Grunderwerbsteuergesetz 2013 geändert. Allerdings wurde dann eine andere Variante gewählt, die im Prinzip den gleichen steuerlichen Effekt hat, von dem ich eben berichtet habe.

Die Position der Piratenfraktion in Nordrhein-Westfalen ist eindeutig. Wir lehnen diese Grunderwerbsteuererhöhung ab.

(Beifall von den PIRATEN)

Solange Steuerumgehungsmöglichkeiten nach dem Grunderwerbsteuergesetz – insbesondere nach § 1 Abs. 2a und 6a des Grunderwerbsteuergesetzes – nicht eliminiert worden sind, lehnen wir sie weiterhin ab, und zwar so lange, wie wir nur von Lippenbekanntnissen hören.

Der Entschließungsantrag von Rot-Grün ist insofern bezeichnend, als er in seiner Ziffer 2 immerhin die Eliminierung der sogenannten Sharedeals von der Landesregierung fordert. Diesem Teil des Antrags stimmen wir gerne zu. Insofern hatte ich bereits gestern gesplittete Abstimmung beantragt.

Bei dem anderen Teil werden wir uns enthalten.

Dem heute vorliegenden Entschließungsantrag der FDP werden wir selbstverständlich zustimmen, da er unserem außerordentlich ähnlich ist.

Im Übrigen empfehle ich meiner Fraktion, wie gesagt, die Grunderwerbsteuererhöhung für das Land Nordrhein-Westfalen abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Optendrenk, wenn Sie sagen, die Ausreden sind immer billiger geworden, wie das Ernst Ferstl festgestellt hat, kann ich nur sagen: Zu diesen Ausreden gehören auch Dinge, die man verschweigt, nämlich, dass Sie anstelle der Erhöhung der Grunderwerbsteuer in derselben Größenordnung Mehrbelastungen für

Studierende und für Eltern mit Kindern gebracht hätten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit Ihnen wäre es also nicht billiger, nur anders teuer geworden.

Ich lasse mich – das ist meine zweite Bemerkung – nicht diskreditieren – Herr Schulz und andere haben darauf hingewiesen, Herr Witzel tut das gerne –, dass ich mich nicht für die Schließung von Steuerschlupflöchern einsetze. Sie reden über eine Regelung, eingeführt von Schwarz-Gelb, die für Unternehmen galt, die zu 99 % verkauft werden konnten, um immer noch die Grunderwerbsteuer zu sparen. 1999 ist diese Regelung verschärft worden, dass es nur noch 95 % sein dürfen.

Ich habe gestern schon gesagt, wenn wir sehen, dass hier Missbrauch mit legalen Mitteln betrieben wird, machen wir weitere Vorstöße. Ich gehe davon aus, dass ich dann Ihre Zustimmung habe; das nehme ich von hier aus mit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund begrüße ich, dass die beiden Regierungsfractionen diesen Weg der Einnahmenverbesserung wählen und nicht den, den Sie beschritten hätten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, es gab noch eine Zwischenfrage des Kollegen Abruszat. – Bitte schön, Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herzlichen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Da die Kollegen Marc Herter und Mehrdad Mostofizadeh nicht oder nur ganz kurz versucht haben, ihren Entschließungsantrag zum eigenen Gesetz zu begründen,

(Marc Herter [SPD]: Gestern!)

habe ich eine Verständnisfrage zum Entschließungsantrag von Rot-Grün. Herr Minister, vielleicht können Sie erhellen, was die Sozialdemokraten und die Grünen fordern. Im Entschließungsantrag heißt es, dass eine Bundesratsinitiative ergriffen werden soll – das sollen Sie machen –, „um im Wege einer insgesamt aufkommensneutralen bundeseinheitlichen Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes ... den Grunderwerb“ – jetzt kommt es – „nach Zweck und Region durch Zu- und Abschläge gestaffelt zu besteuern.“

Verstehe ich das richtig, dass demnächst in einer Stadt wie Düsseldorf weniger Grunderwerbsteuer zu zahlen ist als in einer Stadt wie Porta Westfalica oder in der Gemeinde Rosendahl? Habe ich das richtig verstanden, dass das die Intention ist, die Sie

im Bundesrat mit einer entsprechenden Initiative auf den Weg bringen sollen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Sie stellen jetzt die Frage an jemanden, der sie Ihnen nicht beantworten kann, weil er nicht der Initiator ist.

(Lachen und Zurufe von der FDP)

– Ja, gerne. – Wenn Sie nicht mehr weiter wissen,

(Unruhe von der FDP)

überlegen Sie sich irgendeinen kleinen Trick! Wir sind doch hier im Parlament, in dem die Fraktionen sitzen. Reden Sie doch miteinander! Ich werde mir angucken, was in diesem Parlament beschlossen wird, und damit wird die Landesregierung umgehen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Dr. Optendrenk zulassen? – Bitte.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Minister, herzlichen Dank, dass Sie auch diese Zwischenfrage zulassen. Sie haben schon gestern das Signal mitgenommen, dass wir das Thema „Sharedeals“ genauso kritisch sehen wie Sie. Offensichtlich haben Sie sich aber mit dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen beschäftigt. Denn wie sonst kommen wir dazu, uns im Parlament überhaupt damit zu beschäftigen? Das war ja das, was die Koalitionsfraktionen gesagt haben.

Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie die weiteren Inhalte dieses Entschließungsantrags in der Sache genauso teilen, wie Sie in der „Rheinischen Post“ neulich erklärt haben, dass Sie den Gesetzentwurf zur Grunderwerbsteuererhöhung sympathisch finden?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Nein, ich habe in der „Rheinischen Post“ erklärt, dass ich diesen Vorstoß der Regierungsfaktionen nachvollziehen kann, ihn richtig finde, weil – ich habe es eben noch mal gesagt – es darum geht, dass wir die Schuldenbremse einhalten und trotzdem als Land handlungsfähig bleiben wollen. Das wollen wir bewahren.

Jedem Menschen in diesem Land wird es einleuchten, dass damit auch Kosten verbunden sind. Die werden bei uns nicht versteckt, und es wird nicht so

getan, als wenn man Einsparungen machen würde, wenn man Studierenden 500 € im Semester abnimmt oder Eltern damit belastet, dass sie für ihre Kinder bezahlen müssen. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund stimme ich dem Vorhaben gerne zu und werde mich auch sehr konstruktiv mit diesen Vorschlägen beschäftigen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat sich Kollege Zimkeit gemeldet.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Sehr geehrter Herr Abruzat, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie den Unterschied zwischen Regierungsaufgaben und Parlamentsaufgaben scheinbar noch nicht ganz nachvollzogen haben, möchte ich Ihre Frage gerne beantworten.

(Zurufe von der FDP: Oh! – Zuruf von der FDP: Bleiben Sie auf dem Teppich!)

Die Antwort auf den ersten Teil der Frage ist: Nein. Wir wollen mit diesem Entschließungsantrag die Situation des sozialen Wohnungsbaus verbessern. Sie waren schon mal dagegen. Aber wir halten das für dringend notwendig – deswegen diese Initiative.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen, dass diese Entscheidung nicht auf breiten Beifall stößt. Wir halten es aber im Interesse des Landes für notwendig, auch unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Das tun wir hier.

(Zurufe von der FDP)

Herr Schulz, in diesem Zusammenhang weise ich eines in aller Deutlichkeit zurück: Wir haben es nicht nötig, uns von Ihnen belehren zu lassen, was sozialdemokratische Politik ist. Das wissen wir immer noch selbst am besten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von den PIRATEN)

Herr Witzel, was Ihren Auftritt angeht, so verwechseln Sie sowieso immer Redelänge mit Redequalität. Aber wenn es in unserer Fraktion Zweifler gegeben haben sollte – nach Ihren Redebeiträgen werden sie davon überzeugt sein, dass wir die richtige Entscheidung treffen. Ihre Argumentation hat das Gegenteil bewiesen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Welche Krokodilstränen Sie vergießen, hat der Minister sehr deutlich gesagt. Ich fordere Sie auf, das nächste Mal, wenn Sie mit der Wiedereinführung von Kindertageseinrichtungsgebühren kommen, Ihren Kollegen genauso vorzulesen, wie Sie Familien mit einem, zwei oder drei Kindern mit diesen Ge-

bühren belasten. Das zeigt nämlich, wie unehrlich Ihre Argumentation ist.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Karlheinz Busen [FDP], Christian Lindner [FDP] und Christof Rasche [FDP] – Weitere Zurufe von der FDP)

– An Ihrer Aufregung kann ich sehr genau sehen: Das trifft Sie, und Sie wissen, wie unehrlich Ihre Argumentation ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Kollege Mostofizadeh.

(Unruhe)

– Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte jetzt um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. – Bitte schön, Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur eines deutlich machen hier in diesem Rund. Hier sitzen zwei Fraktionen und noch eine Zusammensetzung von mehreren Einzelpersonen, die in den Haushaltsberatungen Mehraufwendungen in Milliardenhöhe von diesem Landtag gefordert haben und gleichzeitig die Landesregierung dafür geißeln, dass sie den Haushaltsausgleich nicht hinbekommt!

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind bigott. Das ist nicht in Ordnung. Herr Laschet hat sich sogar gestern geschämt, zu sagen, dass er Studiengebühren einführen will. Er will Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen einführen! Die FDP sagt es offen.

(Zuruf: Blödsinn!)

Die Kollegen von den Piraten machen ja Folgendes: 2 Milliarden € wollen sie mehr ausgeben, stellen Anträge in Höhe von 400 Millionen

(Zuruf von den PIRATEN: Was?)

und werfen dann dem Finanzminister vor, dass er den Haushaltsausgleich nicht hinbekommt. Das ist doch lächerlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir schon von Berlin sprechen, Herr Kollege Lindner: Ohne diese Ausnahmeregelung bei der Erbschaftsteuer, die Sie fabriziert haben, hätten wir ein Potenzial von mindestens 1 Milliarde € für Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der FDP)

Dann bräuchten wir die Grunderwerbsteuererhöhung nicht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schulz zulassen?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Nein, das möchte ich nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen dafür sorgen, dass wir Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren schaffen, dass wir Hochschulen sanieren können, dass wir Justizvollzugseinrichtungen in Ordnung bringen.

(Zurufe von der FDP)

Und Sie helfen nicht mit! Der Kollege Kufen aus Essen zum Beispiel schafft es sogar, einerseits 18 Millionen € aus dem Stärkungspakt extra zu fordern, und dann andererseits in seiner Fraktion und hier im Landtag gegen den Stärkungspakt zu stimmen. Das ist die Bigotterie von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie so kurz vor Weihnachten Weihnachtsgeschenke einsammeln wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, dann empfehle ich Ihnen einen Rechner, und zwar möglichst ohne Programmierfunktion, damit Sie lernen, eins und eins zusammenzuzählen. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, es liegt eine Kurzintervention des Herrn Abgeordneten Schulz vor. Bitte schön, Herr Kollege Schulz. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident. – Lieber Herr Kollege Mostofizadeh, da sind, glaube ich, gerade bei Ihnen ein bisschen die Zahlen durcheinandergelassen. Wir sind weit davon entfernt, Änderungsanträge im Haushaltsberatungsverfahren von zwei Milliarden oder mehr Volumen gestellt zu haben. Unsere Anträge beliefen sich auf round about 390 Millionen €.

(Zurufe von der SPD)

Der ganz entscheidende Punkt bei dieser ganzen Angelegenheit der Haushaltsänderungsanträge ist, dass das Gesamtvolumen dem Änderungsvolumen ähnlich ist derjenigen Anträge, die Sie selbst im Laufe des Beratungsverfahrens gestellt haben. Das betrifft insbesondere den von Ihnen hier so gerne als Ei des Kolumbus präsentierten Finanzierungsaufwand in Bezug auf die Schulsozialarbeit. Da müssen wir noch einmal ganz klar betonen, dass das auch einer der Knackpunkte hier im laufenden

Beratungsverfahren wie auch schon im letzten Beratungsverfahren war.

Hinzu kommt Folgendes, da es ja hier um die Grunderwerbsteuer geht und um die Frage der Finanzierung, insbesondere um die Frage der Gegenfinanzierung von Anträgen, egal welchen Volumens: Wir haben und Sie haben im Oktober 2013 einen Antrag hier im Plenum abstimmen lassen – der wurde mit der Mehrheit der Regierungsfaktionen angenommen –, wonach Sie mit einer Steuermehraufkommenserwartung von 160 Milliarden € pro Jahr die Landesregierung aufgefordert haben, ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Dietmar Schulz (PIRATEN): ... Steuerschlupflöcher schließen zu lassen, Lizenzboxen zu bekämpfen etc.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege!

Dietmar Schulz (PIRATEN): Wollen Sie bitte doch zur Kenntnis nehmen, dass eben die Grunderwerbsteuer von Ihnen nur ein Notanker ist, um das Volumen, das Sie hier in den Haushalt eingebracht haben, ansatzweise gegenzufinanzieren?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen Beitrag muss man fast nicht kommentieren.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Dann lassen Sie es doch!)

Wenn man mitgeschrieben hätte, hätte man feststellen können: Ich habe in meinem Redebeitrag gesagt, Sie haben Forderungen von 2 Milliarden € gestellt und für 400 Millionen Anträge. Das ist exakt das, was Sie jetzt bestätigt haben.

Nur in Ihrem Beitrag ist etwas anderes deutlich geworden:

(Zuruf von den PIRATEN: Lesen Sie das Protokoll!)

Sie wollen keine Grunderwerbsteuer. Sie wollen mehr Geld für die Hochschulen. Sie wollen mehr Geld für das KiBiz. Sie wollen mehr für dieses und jenes. Sie sind aber nicht bereit, die Gegenfinanzierung auf den Tisch zu legen. Sie sind schlichtweg nicht in der Lage, eins und eins zusammenzurechnen. Deswegen wird sich Ihr Wahlergebnis auch entsprechend auswirken.

In Richtung CDU und FDP erlaube ich mir, noch einmal zu sagen: Das, was Sie machen, ist eine

Täuschung der Wählerinnen und Wähler, weil Ihre Konzepte schlichtweg nicht umsetzbar sind!

(Anhaltender lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Droste das Wort.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gerade hier gesagt worden. Niemand hier im Saal vonseiten der SPD lässt sich vortragen, was sozialdemokratische Politik ist.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

In der Tat: Das würde ich mir auch nie anmaßen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Davon haben Sie auch keine Ahnung! – Britta Altenkamp [SPD]: Das ist auch jenseits Ihrer Gedankenwelt!)

Aber wir würden uns gerne anmaßen, vorzutragen, was Sozialpolitik ist, und das haben Sie bei diesem Antrag nicht berücksichtigt.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Das, was Sie tun, ist und bleibt in hohem Maße unsozial.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich habe Ihnen die Zahlen sehr deutlich aufgezeigt. Das ist belegbar.

Ich möchte einen weiteren Aspekt anführen, Herr Minister. Zu rügen gilt es auch die Kurzfristigkeit der Ankündigung. Nehmen Sie einfach mal zur Kenntnis, wieviel tausend Menschen in diesen Tagen und Wochen – erlauben Sie bitte: der eine oder andere ist noch in der Lage, aus seiner beruflichen Tätigkeit hier zu erzählen –,

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Teilzeit-Abgeordneter!)

auch aus Verbrauchersicht ...

(Nadja Lüders [SPD]: Er verdient noch daran!)

Ich verdiene ganz sicher nicht an der Grunderwerbsteuer. So weit ist es noch nicht gekommen. Wir können darüber reden.

Der Punkt ist: Denken Sie bitte daran – ich erlebe es tagtäglich –, in dieser Kürze der Zeit – das sage ich noch einmal – wird ein Gesetz angekündigt. Über ein Jahr wäre das auch nicht gut gewesen, aber deutlich besser. Aber dieser Schnellschuss,

der jetzt passiert: Es gibt auch viele Leute, die jetzt unter einem erheblichen Druck stehen, weil sie eben nicht in das nächste Steuerjahr geraten wollen und möglicherweise jetzt – ich erlebe es, wir schicken auch Leute nach Hause – eine Kaufentscheidung fällen wollen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Sagen Sie: Ist Ihnen dieses Thema so unangenehm, dass Sie immer reinjohlen müssen? Hören Sie doch einfach nur zu!

(Lebhafter Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Ich sage nur – das trage ich völlig wertfrei vor, hören Sie sich es doch in aller Ruhe an –: Es gibt viele Menschen in diesem Lande, die jetzt eine Kaufentscheidung fällen, aus dem vermeintlichen Duck heraus, Steuern zu sparen in der Kürze dieser Zeit. Sie gehen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten ein, die sie möglicherweise zehn oder 15 Jahre an den Hacken haben, die, wenn sie besonnen entschieden hätten, nie eingegangen wären. Das kommt noch obendrauf. Wenn Sie sich wenigstens einen längeren Zeitraum ausbedungen hätten, gesagt hätten, wir machen es zum 1. April oder zum 1. September, dann wäre noch ein bisschen was gewonnen gewesen.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, die Redezeit!

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Ich sage Ihnen voraus: Dieses Gesetz wird in Kombination zu den nicht gewollten, nicht gekannten, nicht beabsichtigten Strukturveränderungen in diesem Land, die Kollege Optendrenk eben noch einmal angemahnt hat, Ihnen noch lange wie ein Mühlstein am Hals hängen. Gehen Sie einmal davon aus. Deshalb: Lassen Sie es! Das ist der letzte Appell. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Droste. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7554, den Gesetzentwurf Drucksache 16/7147 unverändert anzunehmen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Gesetzentwurf.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen von CDU und FDP haben gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** zu

dem Gesetzentwurf Drucksache 16/7147 beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder mit Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte nun den Herrn Abgeordneten Bolte, mit dem Aufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt. *[Abstimmungsliste siehe Anlage]* – Nach dem Aufruf von Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD] Zurufe von der CDU: Wo ist Herr Börschel? Matthi Bolte [GRÜNE]: Herr Börschel ist entschuldigt ... – Lautes Lachen und lebhafter Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN – ... wie 11 andere Abgeordnete auch! – Der Namensaufruf wird fortgesetzt. – Herr Hausmann und Herr Hegemann sind entschuldigt. – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von den PIRATEN: Die sind aber schon den ganzen Tag entschuldigt! – Der Namensaufruf wird fortgesetzt.)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Haben alle Abgeordneten, die sich im Hohen Haus befinden, ihre Stimme abgegeben, oder gibt es Nachmeldungen? – Ich sehe niemanden, der sich meldet.

Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein Ergebnis – je nach Perspektive eine schöne oder eine nicht schöne Bescherung.

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Das passte gerade. – Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Ihre Stimme abgegeben haben 217 Abgeordnete. Mit Ja stimmten 118 Abgeordnete, mit Nein 99 Abgeordnete; kein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/7147 in dritter Lesung angenommen und verabschiedet.**

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun kommen wir zu weiteren Abstimmungen, und zwar zunächst zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/7610.

Die Fraktion der Piraten hat gemäß § 42 unserer Geschäftsordnung Einzelabstimmung zu den beiden Ziffern des Forderungskatalogs beantragt. Die antragstellenden Fraktionen haben dem bereits zugestimmt. Gibt es Bedenken gegen die Einzelabstimmungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit stimmen wir zunächst über die Ziffer 1 des Entschließungsantrags Drucksache 16/7610 ab. Wer stimmt dieser Ziffer zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt gegen diese Ziffer? – Die FDP. Wer enthält sich bei dieser Ziffer? – CDU und Piraten enthalten sich. Damit ist die **Ziffer 1 des Entschließungsantrags Drucksache 16/7610** mit der Mehrheit von Rot und Grün **angenommen**.

Dann stimmen wir über die Ziffer 2 des Entschließungsantrags Drucksache 16/7610 ab. Wer stimmt dieser Ziffer zu? – SPD und Grüne sowie die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist die **Ziffer 2 des Entschließungsantrags Drucksache 16/7610** mit Mehrheit **angenommen**.

Nun stimmen wir insgesamt über den Entschließungsantrag Drucksache 16/7610 ab. Wer stimmt in der GesamtAbstimmung dem Entschließungsantrag zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Es enthält sich die Piratenfraktion. Damit ist so entschieden und der **Entschließungsantrag Drucksache 16/7610** mit Mehrheit **angenommen**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7621. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wie zu erwarten war, die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Es enthält sich die CDU-Fraktion

(Zurufe)

– und Teile der FDP-Fraktion? – Alle von der FDP! Das ändert nichts an dem Ergebnis, dass dieser **Entschließungsantrag Drucksache 16/7621** mit Mehrheit **abgelehnt** ist.

Jetzt kommen wir zum Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7643. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag der FDP-Fraktion zu? – Die FDP-Fraktion, die Fraktion der Piraten und die CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD und Grüne. Obwohl schon gerufen wurde, das Erstere sei die Mehrheit gewesen, sind wir uns hier oben einig: Die Mehrheit war Rot-Grün. Damit ist auch dieser **Entschließungsantrag Drucksache 16/7643** **abgelehnt**.

Das ist das Ende der heutigen Sitzung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir uns alle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hohen Hauses für die Kooperation in diesem Jahr bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

– Danke schön. – Ich bedanke mich zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen bei Ihnen für die Zusammenarbeit von hier oben nach unten und zurück. Das Präsidium wünscht Ihnen ein schönes

Weihnachtsfest, einen guten Rutsch in das neue Jahr, ohne zu verunfallen, und alles Gute für 2015.

Wir sehen uns am Mittwoch, dem 28. Januar 2015, um 10 Uhr zur nächsten Vollversammlung hier im Hohen Hause wieder.

Ich bedanke mich bei allen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:28 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 Gescho)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

Namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7147 – TOP 8 (Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer)

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
1	Herr Abel	GRÜNE	X		
2	Herr Abruszat	FDP		X	
3	Herr Dr. Adelmann	SPD	X		
4	Herr Alda	FDP		X	
5	Frau Altenkamp	SPD	X		
6	Frau Andres	SPD	X		
7	Frau Asch	GRÜNE	X		
8	Herr Bas	GRÜNE	X		
9	Herr Bayer	PIRATEN		X	
10	Herr Becker, Andreas	SPD	X		
11	Herr Becker, Horst	GRÜNE	X		
12	Frau Beer	GRÜNE	X		
13	Frau Dr. Beisheim	GRÜNE	X		
14	Herr Bell	SPD	X		
15	Frau Benninghaus	SPD	X		
16	Herr van den Berg	SPD	entschuldigt		
17	Herr Dr. Berger	CDU		X	
18	Herr Berghahn	SPD	X		
19	Herr Dr. Bergmann	CDU		X	
20	Herr Beu	GRÜNE	X		
21	Herr Bialas	SPD	X		
22	Herr Biesenbach	CDU		X	
23	Frau Birkhahn	CDU		X	
24	Herr Bischoff	SPD	X		
25	Frau Blask	SPD	X		
26	Herr Börner	SPD	X		
27	Herr Börschel	SPD	entschuldigt		
28	Freifrau von Boeselager	CDU		X	
29	Herr Bolte	GRÜNE	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
30	Herr Bombis	FDP		X	
31	Herr Prof. Dr. Bovermann	SPD	X		
32	Frau Brand	PIRATEN		X	
33	Frau Brems	GRÜNE	X		
34	Herr Breuer	SPD	X		
35	Herr Brockes	FDP		X	
36	Frau Dr. Bunse	CDU		X	
37	Herr Burkert	CDU		X	
38	Herr Busen	FDP		X	
39	Herr Dahm	SPD	X		
40	Herr Deppe	CDU		X	
41	Frau van Dinther	CDU		X	
42	Frau Dmoch-Schweren	SPD	X		
43	Frau Doppmeier	CDU		X	
44	Herr Dr. Droste	CDU		X	
45	Herr Dudas	SPD	X		
46	Frau Düker	GRÜNE	X		
47	Herr Düngel	PIRATEN		X	
48	Herr Eiskirch	SPD	X		
49	Herr Ellerbrock	FDP		X	
50	Herr Engstfeld	GRÜNE	X		
51	Frau Fasse	CDU		X	
52	Herr Fehring	CDU		X	
53	Herr Feuß	SPD	X		
54	Herr Fortmeier	SPD	X		
55	Frau Freimuth	FDP		X	
56	Herr Fricke	PIRATEN		X	
57	Herr Ganzke	SPD	X		
58	Herr Garbrecht	SPD	X		
59	Herr Gatter	SPD	abwesend		
60	Frau Gebauer	FDP		X	
61	Frau Gebhard	SPD	X		
62	Herr Geyer	SPD	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
63	Frau Gödecke	SPD	X		
64	Herr Goldmann	GRÜNE	X		
65	Herr Golland	CDU		X	
66	Frau Grochowiak-Schmieding	GRÜNE	X		
67	Herr Große Brömer	SPD	X		
68	Herr von Grünberg	SPD	X		
69	Herr Grunendahl	CDU		X	
70	Frau Güler	CDU	entschuldigt		
71	Herr Haardt	CDU	entschuldigt		
72	Herr Dr. Hachen	CDU		X	
73	Frau Hack	SPD	X		
74	Herr Hafke	FDP		X	
75	Herr Hahnen	SPD	X		
76	Frau Hammelrath, Gabriele	SPD	X		
77	Frau Hammelrath, Helene	SPD	X		
78	Frau Hanses	GRÜNE	X		
79	Herr Hausmann	CDU	entschuldigt		
80	Herr Hegemann	CDU	entschuldigt		
81	Herr Heinrichs	SPD	X		
82	Frau Hendricks	SPD	X		
83	Herr Hendriks	CDU		X	
84	Herr Herrmann	PIRATEN		X	
85	Herr Herter	SPD	X		
86	Herr Hilser	SPD	X		
87	Herr Höne	FDP		X	
88	Herr Hovenjürgen	CDU		X	
89	Frau Howe	SPD	X		
90	Herr Hübner	SPD	X		
91	Herr Jäger	SPD	X		
92	Herr Jahl	SPD	X		
93	Frau Jansen	SPD	X		
94	Herr Jörg	SPD	X		
95	Herr Jostmeier	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
96	Herr Jung	CDU		X	
97	Herr Kämmerling	SPD	X		
98	Herr Kaiser	CDU		X	
99	Herr Kamieth	CDU		X	
100	Herr Kerkhoff	CDU		X	
101	Herr Kern, Nicolaus	PIRATEN		X	
102	Herr Kern, Walter	CDU		X	
103	Herr Keymis	GRÜNE	X		
104	Frau Kieninger	SPD	X		
105	Herr Klocke	GRÜNE	X		
106	Frau Klöpper	CDU		X	
107	Herr Körfges	SPD	X		
108	Frau Kopp-Herr	SPD	X		
109	Frau Korte	CDU		X	
110	Herr Kossiski	SPD	X		
111	Frau Kraft	SPD	X		
112	Herr Kramer	SPD	entschuldigt		
113	Herr Krick	SPD	X		
114	Herr Krückel	CDU		X	
115	Herr Krüger	GRÜNE	X		
116	Herr Kruse	CDU	entschuldigt		
117	Herr Kufen	CDU		X	
118	Herr Kuper	CDU		X	
119	Herr Kutschaty	SPD	X		
120	Herr Lamla	PIRATEN		X	
121	Herr Laschet	CDU		X	
122	Herr Lienenkämper	CDU		X	
123	Herr Lindner	FDP		X	
124	Herr Löcker	SPD	X		
125	Herr Lohn	CDU		X	
126	Frau Lück	SPD	X		
127	Frau Lüders	SPD	X		
128	Herr Lürbke	FDP		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
129	Frau Lux	SPD	X		
130	Frau Maaßen	GRÜNE	X		
131	Herr Dr. Maelzer	SPD	X		
132	Herr Markert	GRÜNE	X		
133	Herr Marquardt	SPD	X		
134	Herr Marsching	PIRATEN		X	
135	Herr Meesters	SPD	X		
136	Frau Middendorf	CDU	entschuldigt		
137	Frau Milz	CDU		X	
138	Herr Möbius	CDU		X	
139	Herr Moritz	CDU		X	
140	Herr Mostofizadeh	GRÜNE	X		
141	Herr Müller, Hans-Peter	SPD	X		
142	Herr Müller, Holger	CDU		X	
143	Frau Müller-Witt	SPD	X		
144	Herr Münchow	SPD	X		
145	Herr Münstermann	SPD	X		
146	Herr Nettekoven	CDU		X	
147	Herr Nettelstroth	CDU		X	
148	Herr Neumann	SPD	X		
149	Herr Nückel	FDP		X	
150	Herr Olejak	PIRATEN		X	
151	Herr Dr. Optendrenk	CDU		X	
152	Herr Ortgies	CDU		X	
153	Herr Dr. Orth	FDP		X	
154	Herr Ott	SPD	entschuldigt		
155	Herr Dr. Papke	FDP	entschuldigt		
156	Herr Dr. Paul, Joachim	PIRATEN		X	
157	Frau Paul, Josefine	GRÜNE	X		
158	Frau Philipp	SPD	X		
159	Frau Pieper	PIRATEN		X	
160	Herr Post	CDU		X	
161	Herr Preuß	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
162	Frau Preuß-Buchholz	SPD	X		
163	Herr Priggen	GRÜNE	entschuldigt		
164	Herr Rahe	SPD	X		
165	Herr Rasche	FDP		X	
166	Herr Rehbaum	CDU		X	
167	Herr Römer	SPD	X		
168	Herr Rohwedder	PIRATEN		X	
169	Herr Rüße	GRÜNE	X		
170	Frau Ruhkemper	SPD	entschuldigt		
171	Frau Rydlewski	PIRATEN	entschuldigt		
172	Frau Schäfer, Ute	SPD	X		
173	Frau Schäffer, Verena	GRÜNE	X		
174	Frau Scharrenbach	CDU		X	
175	Herr Schatz	PIRATEN		X	
176	Herr Scheffler	SPD	X		
177	Herr Schemmer	CDU		X	
178	Herr Schick	CDU		X	
179	Herr Schittges	CDU		X	
180	Herr Schlömer	SPD	X		
181	Herr Schmalenbach	PIRATEN		X	
182	Herr Schmeltzer	SPD	X		
183	Herr Schmitz, Hendrik	CDU		X	
184	Frau Schmitz, Ingola Stefanie	FDP		X	
185	Frau Schneckenburger	GRÜNE	X		
186	Herr Schneider, Guntram	SPD	entschuldigt		
187	Herr Schneider, René	SPD	X		
188	Frau Schneider, Susanne	FDP	entschuldigt		
189	Herr Schultheis	SPD	X		
190	Herr Schulz	PIRATEN		X	
191	Frau Schulze	SPD	X		
192	Frau Schulze Föcking	CDU		X	
193	Herr Schwerd	PIRATEN		X	
194	Herr Seel	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
195	Frau Dr. Seidl	GRÜNE	X		
196	Herr Sieveke	CDU	abwesend		
197	Herr Sommer	PIRATEN		X	
198	Frau Spanier-Oppermann	SPD	entschuldigt		
199	Herr Spiecker	CDU		X	
200	Herr Dr. Stamp	FDP		X	
201	Herr Stein	CDU		X	
202	Frau Steininger-Bludau	SPD	X		
203	Frau Steinmann	SPD	X		
204	Herr Prof. Dr.Dr. Sternberg	CDU		X	
205	Herr Stotko	SPD	X		
206	Frau Stotz	SPD	X		
207	Herr Sundermann	SPD	X		
208	Herr Tenhumberg	CDU		X	
209	Herr Thiel	SPD	X		
210	Herr Töns	SPD	X		
211	Herr Tüttenberg	SPD	X		
212	Herr Ünal	GRÜNE	X		
213	Herr Uhlenberg	CDU		X	
214	Frau Velte	GRÜNE	entschuldigt		
215	Herr Vogt, Alexander	SPD	X		
216	Frau Vogt, Petra	CDU		X	
217	Frau Voigt-Küppers	SPD	X		
218	Frau Voßeler	CDU		X	
219	Herr Vossemer	CDU		X	
220	Frau Wagener	SPD	X		
221	Frau Warden	SPD	X		
222	Frau Watermann-Krass	SPD	X		
223	Herr Weckmann	SPD	X		
224	Herr Wedel	FDP		X	
225	Herr Wegner	PIRATEN		X	
226	Herr Weiß	SPD	X		
227	Herr Weske	SPD	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
228	Herr Wirtz, Axel	CDU		X	
229	Herr Wirtz, Josef	CDU		X	
230	Herr Witzel	FDP		X	
231	Herr Dr. Wolf, Ingo	FDP		X	
232	Herr Wolf, Sven	SPD	X		
233	Herr Wüst	CDU		X	
234	Herr Yetim	SPD	X		
235	Herr Yüksel	SPD	X		
236	Frau Zentis	GRÜNE	X		
237	Herr Zimkeit	SPD	X		
	Ergebnis		118	99	–